

183/KOMM XXIV. GP

Kommuniqué

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 9. Sitzung vom 14. Februar 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen, die Internetversion zu berichtigten und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
9. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 14. Februar 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
10.05 Uhr – 18.00 Uhr

Wien, 2012 02 14

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur
Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

9. Sitzung/ öffentlicher Teil

Dienstag, 14. Feber 2012

Gesamtdauer der 9. Sitzung
10.05 Uhr – 18 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(9. Sitzung; Dienstag, 14. Feber 2012)

Kurt SCHMIED	3
Arno ECCHER	56
Mag. Gabriele KRÖLL-MAIER	89
Mag. Martin FRÖHLICH	108

*(Die Beratungen des Untersuchungsausschusses beginnen um 10.05 Uhr und finden bis 10.11 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit** statt; gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil.**)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 10.12 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und macht „die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- oder Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen sowie alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig und derartige Geräte außerhalb des Saales zu lassen sind sowie Handys abgeschaltet sein müssen“.

Auskunftsperson Kurt Schmied

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich darf nun Herrn **Schmied** als **Auskunftsperson** begrüßen.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur Angabe der **Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer Falschaussage erinnern: Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wir gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Kurt Schmied. Geburtsdatum: 3. 9. 1965. Anschrift: Reisenberg. Beruf: Werbekaufmann.

Sie waren nicht als öffentlicher Bediensteter während der Zeit des Untersuchungszeitraums tätig.

Herr Schmied, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich gehe jetzt über zu den Personalien Ihrer **Vertrauensperson** über. Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. André Zankl**. Geburtsdatum: 18. Juni 1976. Wohnhaft: Wien.

Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Zankl als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, laut § 14 Abs. 2 lit. a, b der Verfahrensordnung. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze daher mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort. Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer Falschaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen können daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson

ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Wir können nun zur Befragung übergehen. Es wäre die Möglichkeit, Herr Schmied, dass Sie kurz eine Darstellung aus Ihrer Sicht innerhalb von 10 Minuten abgeben. Es ist aber aufgrund der vorgeschrittenen Zeit auch möglich, direkt mit der Befragung zu beginnen.

Auskunftsperson Kurt Schmied: Guten Morgen! Die Angelegenheit aus meiner Sicht kurz erklärt: Ich bin Geschäftsführer einer Werbeagentur, schon sehr lange, und wir haben konkret in dieser Angelegenheit schon von Anfang an für das BZÖ gearbeitet, von Gründung des BZÖ an. Ganz normale Werbejobs, die man halt als Agentur macht. Und wir waren dann auch 2006 in den Nationalratswahlkampf involviert und haben dort ganz normal, was halt eine Werbeagentur macht, gemacht: Inserate, Plakatgestaltungen, hauptsächlich graphische Dinge, Veranstaltungsgestaltung, Bühnen und all diese Dinge. Sozusagen mitten im Wahlkampf, der uns sehr beschäftigt hat; die Herren wissen, was ein Wahlkampf bedeutet, wie viel Aufwand, wie viel Arbeit das ist, vor allem in der Graphik, bis man alle Kandidaten zusammen hat, und all diese Dinge.

Dann ist Herr Wittauer auf uns zugekommen und hat gefragt, ob wir Kapazitäten haben, ob wir mehr machen möchten. Wir als Unternehmen, ich als Unternehmer habe natürlich gesagt, klar, mache ich gerne und habe begonnen, den Wahlkampf intensiver zu machen. Herr Wittauer hat uns dann gesagt, die und die Dinge sind zu tun für uns in diesem Wahlkampf, aber die Rechnung sollten wir der Telekom schicken.

In erster Linie waren wir damit beschäftigt, den Wahlkampf zu machen, und das haben wir auch so gemacht. Wir haben dann von der Telekom einen Auftrag bekommen, wir haben die Rechnung gestellt, das Geld wurde überwiesen und wir haben, genauso wie vorher den Wahlkampf, auch nachher den Wahlkampf abgewickelt. Wir haben Inserate geschalten, wir haben unsere Arbeit getan – und das war's. Es war nicht mehr und nicht weniger. Das war meine ... So war ich eben in diesen Wahlkampf involviert.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich weise darauf hin, dass ich das Reglement der Redezeit, wie vereinbart, weiterführe und die Parlamentsdirektion die Zeitnehmung durchführt, damit es zu keinen Diskussionen kommt.

Die Grünen beginnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe jetzt nur ein paar ergänzende Fragen.

Herr Schmied! Am 29. August 2006 hat Ihnen ein gewisser Andreas Krenn ein Mail geschickt.

Können Sie dem Ausschuss sagen, wer Andreas Krenn ist?

Kurt Schmied: Das kann ich insofern nicht sagen, als ich den Herrn Andreas Krenn nicht kenne, sondern das war eben dieser Auftrag, den wir von der Telekom bekommen haben. Unser Kontakt war ... Es hat keinen Kontakt gegeben, sondern wir haben dieses Mail bekommen, und das war einfach der Rechnungsinhalt. Das war es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es war ein bisschen mehr.

Herr Andreas Krenn hat die Telekom vertreten und hat Ihnen am 29. August 2006 um 11.09 Uhr ein Mail geschickt. Das Mail ist relativ kurz und lautet – ich zitiere –.

Sehr geehrter Herr Schmied! Wie mit Herrn Schieszler besprochen, sende ich Ihnen die zwei gewünschten Dokumente. Bei Fragen einfach anrufen. Liebe Grüße – Andreas Krenn. – Zitatende.

Wichtig ist: Das ist am 29. August. (**Kurt Schmied:** Ja!)

Und weiteres Zitat:

In der Beilage finden Sie Entwürfe für Angebote.

Kurt Schmied: Ach so, das kenne ich ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lege Ihnen das gerne vor.

Kurt Schmied: Ich kenne das, natürlich. Das sind ja meine Mails.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut.

Das erste Angebot: Unterstützung bei der Erweiterung der Marke Telekom Austria im Zuge der Umstrukturierung und Evaluierung der Auswirkungen auf die bestehende Marketing-Strategie. Das stammt von der Telekom, und das ist bereits tituliert mit „Sehr geehrter Herr Mag. Schieszler“, „Sehr geehrter Herr Dr. Tweraser“.

Also die Telekom entwirft ein Angebot an sich selbst. (**Kurt Schmied:** Genau!) – Das ist datiert mit 1. August 2006.

Im selben Mail wird Ihnen ein zweiter Angebotsentwurf geschickt, den die Telekom für Sie verfasst hat:

Angebot, Konzeption und Ausführung von Lobbying-Maßnahmen bezüglich der Vergabe einer österreichischen Glücksspiellizenz an die Telekom Austria:

„Sehr geehrter Mag. Schieszler ...“, und so weiter, „Wien, am 28. Juli 2006.“

Haben Sie diese Angebote dann in dieser Form, wie es Ihnen die Telekom entworfen hat, auch an die Telekom geschickt?

Kurt Schmied: Genau. Wir haben diese beiden Angebote so, wie sie eben gekommen sind, auf unser Briefpapier gegeben und dann geschickt. Das war für uns der Auftrag, auf den wir gewartet haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Schmied, es steht dann noch drinnen, bei dem einen Fixhonorar 250 000, also beim ersten, netto zahlbar nach Erhalt der Rechnung, und beim zweiten steht – das werden Sie sicherlich auch wissen –: Fixhonorar 350 000, netto zahlbar nach Erhalt der Rechnung.

Ich möchte Sie erst einmal eines fragen: Haben Sie diese Leistungen für die Telekom, die in Ihrem von der Telekom geschriebenen Anbot drinstehen und die Sie dann so an die Telekom geschickt haben, haben Sie diese im Angebot beschriebenen Leistungen erbracht?

Kurt Schmied: Wir haben diese Leistungen für die Telekom nicht erbracht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie irgendeine Leistung für die Telekom erbracht?

Kurt Schmied: Wir haben, was diese Dinge betrifft, keine Leistung an die Telekom erbracht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie die 350 000 netto beziehungsweise 250 000 netto von der Telekom erhalten?

Kurt Schmied: Haben wir erhalten, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie insgesamt 600 000 netto, das heißt 720 000 € brutto von der Telekom erhalten, ohne dafür für die Telekom irgendeine Leistung zu erbringen. – Ist das richtig?

Kurt Schmied: Unsere Aufgabe war ja, den Wahlkampf abzuwickeln. Und wie der Herr Wittauer gesagt hat: Wir sollen den Wahlkampf so machen, und für die Rechnung wird uns eine Vorlage geschickt, und die sollen wir der Telekom schicken. Das war's.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, damit haben wir das Faktum: Telekom entwirft das Angebot, Sie schicken das so der Telekom, und die Telekom bezahlt, und Sie erbringen keine Leistung.

Was war dann die wirkliche Leistung, die Sie um dieses Geld erbracht haben?

Kurt Schmied: Unsere Leistung war der Wahlkampf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, die wirkliche Leistung war Wahlkampf für das BZÖ?

Kurt Schmied: Von meiner Seite ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dieses E-Mail von Andreas Krenn an Sie vom 29. August 2006, das ich zitiert habe: Da steht drinnen ein Rechnungsentwurf, datiert mit 1. August 2006, und einer mit 28. Juli 2006. Das heißt, es geht um eine Rückdatierung von etwa einem Monat.

Haben Sie dann, so wie es die Telekom gewünscht hat, die Rechnungen rückdatiert?

Kurt Schmied: Ich habe den Text so 1 : 1 übernommen. Ich habe nichts hinzugefügt und nichts weggenommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, es ist Faktum – das entspricht auch den Dokumenten, die uns vorliegen –, dass Sie auf Wunsch der Telekom rückdatierte Angebote an die Telekom geschickt haben.

Kurt Schmied: Wie gesagt, ich habe den Text so übernommen, wie ich ihn bekommen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Das ist einmal dieser Punkt.

Kommen wir noch einmal zurück zum Auftrag. Können Sie dem Ausschuss schildern, wie der damalige BZÖ-Abgeordnete und Telekom-Sprecher Wittauer auf Sie zugekommen ist und was er im Detail von Ihnen wollte?

Kurt Schmied: Das war ein kurzes Gespräch. Dadurch, dass wir in den Wahlkampf involviert waren und bei Veranstaltungen natürlich auch vor Ort waren, hat es dann ein Treffen gegeben – ich sage jetzt gar keinen Termin, sondern ein Treffen. Sie wissen, Wahlkampf bedeutet große Hektik, es ist sehr viel zu tun, und die einzige Frage war: Macht's ihr das? Wollt ihr mehr machen? Und wir haben gesagt: Der Job ist in Ordnung für uns, machen wir! Und dann hat Wittauer gesagt: Ja, aber die Rechnung schickt's der Telekom. – Und das war's.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das entspricht allen Unterlagen, auch einer Reihe von anderen Zeugenaussagen.

Jetzt ist für mich Folgendes in diesem Zusammenhang relevant: Aus anderen Vernehmungen beim Bundesamt für Korruptionsbekämpfung geht hervor – das können Sie nicht wissen, das ist jetzt nur Vorgeschiede –, Schieszler von Telekom habe sich – ich sage das alles im Konjunktiv – mit Hochegger getroffen, und Hochegger habe ihm gesagt, für diese Verordnung, über die wir die ganze Zeit hier im Ausschuss schon

reden, würde man etwa eine Million brauchen. Das deckt sich mit den Summen, die wir heute und morgen als Gegenstand der Befragungen haben. Dann kommt Hochegger, und Wittauer gibt zu Protokoll, Hochegger habe ihn bereits gefragt, was er von der Agentur Schmied & Schmied halte, und ob er sie für geeignet halte für dieses Vorhaben.

Jetzt meine Frage in diesem Zusammenhang: Hatten Sie irgendwann – da es aufgrund der Aussage von Hochegger sehr plausibel erscheint, dass der Vorschlag, Sie einzubeziehen, zumindest auch von Hochegger gekommen ist – Kontakt mit Herrn Hochegger?

Kurt Schmied: Ich hatte nie Kontakt mit Herrn Hochegger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur zur Sicherheit: Hatten Sie Kontakt mit Herrn Schieszler? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Und auch niemand anderem aus dem Telekom-Management? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Das heißt, zu dieser Wahlkampffinanzierung, zu dieser verdeckten Wahlkampffinanzierung der Telekom für das BZÖ, ist es ausschließlich auf Initiative des Abgeordneten Wittauer gekommen. – Ist das richtig?

Kurt Schmied: Zu uns, also zu mir, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben da handschriftliche Aufzeichnungen gemacht. Da kommen alle möglichen Summen vor, da wird auch verwiesen auf eine Frau Haslinger; die wird uns später beschäftigen. Ich frage Sie nur etwas in diesem Zusammenhang. Da gibt es von Ihnen eine handschriftliche Notiz: Heinz Kaupa 06643818844.

Können Sie sagen, warum Sie diese Notiz verfasst haben?

Kurt Schmied: Was meinen Sie konkret? Die Notiz der Summen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf diesem Papier – das wird Ihnen gleich vorgelegt – machen Sie sich alle möglichen Notizen, unter anderem auch „Heinz Kaupa“, und dann steht da später: plus 90 von Kaupa für Wittauer.

Kurt Schmied: Ich weiß, was Sie meinen. Kann ich das trotzdem noch einmal sehen?
(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Okay, ich versteh'e.

Welche konkrete Frage haben Sie jetzt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sehen da – ich habe es gelb unterlegt – diese Verweise auf einen Herrn Kaupa, oben mit einer Telefonnummer, unten: plus 90, Kaupa an Wittauer.

Kurt Schmied: Das ist einfach zu beantworten. Wir haben das Budget gemacht, natürlich, wie das Budget eingesetzt werden soll, wie jedes Budget, und diese Namen, die noch dazu waren, wurden mir genannt als eventuelle Budgetreserve, falls das Budget nicht reicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Information: Die 7 Minuten sind vorbei. Das geht dann auf die zweite Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur noch diese Kaupa-Sache; das geht ganz geschwind.

Haben Sie damals gewusst oder wissen Sie inzwischen, um wen es sich bei dem Herrn Kaupa handelt? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung hat diese Telefonnummer angerufen und dann festgestellt, es

handelt sich um den Vorstand der Österreichischen Verbundgesellschaft, Herrn Kaupa. Und deswegen werden wir versuchen, auch zu überprüfen, warum Herr Wittauer Ihnen gegenüber sagen konnte, auch im Verbund gibt es eine Budgetreserve von – wie es mir daraus hervorgeht – 90 000 € für den BZÖ-Wahlkampf. Da werden wir später noch darauf zurückkommen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Schmied, ich lasse Ihnen Honorarnoten vorlegen, wo Sie auch Honorarnoten gestellt haben, die beispielsweise das BZÖ Steiermark betreffen beziehungsweise die auch den Parlamentsklub des BZÖ betreffen, wo Sie an die Werbeagentur Orange die Rechnungen stellen.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Welche Leistung lag da vor – beziehungsweise wer hat da den Auftrag gegeben? Hat zum Beispiel das BZÖ Steiermark da auch an Sie bezahlt?

Kurt Schmied: So weit ich das da sehe, sind das ganz normale Inserat-Rechnungen, die fakturiert wurden, mit Werbeabgabe, Mehrwertsteuer. Ganz normale Inserat-Rechnungen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, beispielsweise das erste, das betrifft das BZÖ Steiermark.

Kurt Schmied: Das ist „Graz im Bild“, das ist ja eine Zeitung. Da hat wer eine Zeitung ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ja, ja, das ist schon richtig. Die Frage ist nur: Wie wurde das bezahlt an die Zeitung? Haben Sie das bezahlt aus diesem sogenannten Budget? Oder hat das das BZÖ Steiermark an Sie dann zurückgezahlt?

Kurt Schmied: Wenn es an mich adressiert war, so wie es da ist, dann habe es ich auch bezahlt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben das aber nie an das BZÖ Steiermark weiterverrechnet?

Kurt Schmied: Nein, wir haben ja das Budget schon gehabt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt nicht nur für das BZÖ Tirol, sondern auch für das BZÖ Steiermark, für den Parlamentsklub des BZÖ?

Kurt Schmied: Parlamentsklub nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Naja, aber in der Mediaprint-Rechnung, die dann ...

Kurt Schmied: Man muss aufpassen. Wir haben schon für den Parlamentsklub auch Inserate geschalten, aber das hat mit dem gar nichts zu tun. Das war, wie ich gesagt hatte: Wir waren ja schon im Wahlkampf involviert als Agentur, und Rechnungen an zum Beispiel Parlamentsklub wurden ganz gesondert behandelt. Das war ein ganz eigenes Projekt: Inserate für Parlamentsklubs.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, die Mediaprint-Rechnung, die Ihnen auch vorliegt, wo also Inserate geschalten werden für das BZÖ Tirol, für den Parlamentsklub des BZÖ – also da steht, Freiheitlicher Parlamentsklub BZÖ – das wurde refundiert? Das haben Sie dann weiterverrechnet an den Parlamentsklub, und die haben Ihnen das dann bezahlt?

Kurt Schmied: Genau, genau. Ganz normal.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie können ausschließen, dass mit diesem Budget, von dem da die Rede ist, von den 600 000 €, das Ihnen vorher der

Herr Kollege Pilz vorgehalten hat, und wo Sie gesagt haben, es gab keine Leistung von Ihrer Agentur an die Telekom Austria, Sie können ausschließen, dass damit zum Beispiel der Wahlkampf des BZÖ, des BZÖ Steiermark auch finanziert worden ist? Oder das schon?

Kurt Schmied: Das kann ich nicht sagen. Es waren von meiner Seite Inserate für die Steiermark dabei, es waren ja für viele Länder Inserate dabei.

Aber weil Sie Parlamentsklub sagen: Parlamentsklub wurde extra behandelt. Das war ganz eine andere ... Da gibt es auch eine Abrechnung dazu. Da haben wir sogar noch eine sehr genaue Aufstellung für den Parlamentsklub gemacht, dass das alles natürlich in Ordnung ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie können ausschließen, dass mit diesem Geld auch der Wahlkampf des Bundes-BZÖ geführt worden ist?

Kurt Schmied: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, welche Rechnungen ich bezahlt habe, und das waren hauptsächlich Inserate. Welches Land da jetzt ... Das entzieht sich meiner Kenntnis, was damit gemacht wurde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich möchte weitergehen, und zwar nach diesen 600 000 €, die offenbar nicht ausgereicht haben.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Da kam eine Frau Haslinger ins Spiel, und da hätte ich ganz gerne von Ihnen gewusst, wer Ihnen den Auftrag gegeben hat, an die Frau Tina Haslinger eine Rechnung in der Höhe von brutto 200 449,23 € zu stellen.

Kurt Schmied: Das war eben, wie ich vorher erwähnt habe, diese mir genannte Budgetreserve, und das wurde mit dem Herrn Wittauer besprochen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und welche Leistungen sind dem zugrunde gelegen?

Kurt Schmied: Also wir waren damit für den Wahlkampf beschäftigt, und von unserer Seite haben wir festgestellt, dass zu viel Geld ausgegeben wird für diesen Wahlkampf und, was auch aus dem Mail hervorgeht, ich gesagt habe, wir müssen das ... – Wie gesagt, ich will ja nicht auf dem Geld, so oder so, sitzen bleiben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was ist mit dem Geld passiert, das von der Frau Haslinger gekommen ist?

Kurt Schmied: Das ist genauso im Wahlkampf verwendet worden wie alle anderen Inserate. Für uns war das kein Unterschied. Das ist ein Budgettopf für den Wahlkampf von der Agenturseite.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, auch da können Sie nicht ausschließen, dass mit diesem Geld der Wahlkampf des BZÖ, des Bundes-BZÖ, der Länder et cetera, finanziert worden ist.

Kurt Schmied: Das kann ich nicht beurteilen. Ich kann nur Dinge sagen, Inserate, die ich bezahlt habe. Aber ich habe den Plan nicht gemacht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hat es irgendetwas gegeben in diesem Wahlkampf, was Sie gemacht haben für eine Länderorganisation oder für das Bundes-BZÖ oder für den Parlamentsklub, das Sie auch weiterverrechnet haben, wo Sie nicht nur selbst die Zahlung vorgenommen haben an eben die Zeitungen für Inserate, für andere Dinge, sondern gab es auch etwas, dass Sie dem BZÖ weiterverrechnet haben?

Kurt Schmied: Also nicht dem BZÖ, aber der Orange Werbeagentur. Natürlich, weil wir haben das ganze Jahr gearbeitet. Wir haben ganz normal als Agentur gearbeitet, und da hat es, genauso wie an den Parlamentsklub, eine Rechnung gegeben. Dieses zusätzliche Budget war ja nur eine Aufstockung unseres Wahlbudgets.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aus Ihrer Einvernahme geht hervor – das haben Sie ausgesagt –, dass Sie nur 5 Prozent dieser 600 000 €, die Sie da bekommen haben von der Telekom Austria, als Eigenleistung gehabt haben und der Rest quasi in Inseraten aufgegangen ist. Das heißt, wie hoch war dann der Betrag, den Sie an die Orange insgesamt weiterverrechnet haben: Waren das diese 5 Prozent oder war das ein höherer Betrag?

Kurt Schmied: Nein, nein, nein. Wir haben ganz normal Inserate geschalten. Dafür haben wir die Rechnungen der Zeitungen bekommen, der Medien, und wir haben das natürlich selbstverständlich überwiesen. Und es hatte noch zwei Rechnungen gegeben der Orange Werbeagentur für den Wahlkampf, die Sie mir da auch gezeigt haben. Das wurde natürlich auch beglichen. Und das war's.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, es gibt diese drei Rechnungen der Orange Werbeagentur an Ihre Firma, und zwar einmal mit 170 400 €, einmal mit 60 000 € und einmal mit 90 000 €.

Wer hat Ihnen diese Rechnungen übermittelt?

Kurt Schmied: Die haben wir von der Orange Werbeagentur bekommen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat Ihnen die übermittelt?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht. Wenn ein Kuvert kommt von der Post, und da ist eine Rechnung drinnen, kann ich nicht sagen, wer es einkuvertiert hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, aber es muss ja irgendeinen Kontakt gegeben haben und irgendeine Leistung. Man spricht ja über so etwas. Man bekommt ja nicht ganz einfach eine Rechnung und dann sagt man, die hat man halt mit der Post gekriegt, und dann wickelt man das ab.

Kurt Schmied: Nein, nein, so ist es nicht, sondern wir haben, wie gesagt, den Wahlkampf gemacht. Unser Auftrag war, einen Teil des Wahlkampfes zu machen. Und welche Rechnungen kommen, die zu begleichen sind, was gebucht wird, ist ja nicht immer in unserem Ermessen. Ob eine viertel Seite oder eine halbe Seite irgendwo gebucht wird, ist ja nicht unbedingt meine Aufgabe. Oder ob der Wahlkampf für Burgenland oder Steiermark, oder was immer dort draufsteht, gemacht wird, das entzieht sich meiner ... – Ich bin eine Agentur, die operativ arbeitet, aber wir machen weder Strategie noch eine Planung.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn Sie operativ arbeiten, dann führen Sie mich zur nächsten Frage, nämlich: Was war dann diese Gegenleistung?

Kurt Schmied: Welche Gegenleistung?

Gabriele Tamandl (ÖVP): Was war die Gegenleistung der Orange Werbeagentur an Ihre Firma für diese Honorarnoten?

Kurt Schmied: Wir haben die Honorarnoten bekommen, haben die in unser Budget bekommen, und die haben wir bezahlt. That's it.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Und es gab keine Leistung, keine Gegenleistung?

Kurt Schmied: Es steht ja drauf, dass es für den Wahlkampf ist.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, schon. Aber was steht da konkret für eine Gegenleistung?

Kurt Schmied: Die Orange Werbeagentur hat ja für den Wahlkampf gearbeitet, meines Wissens nach.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Schmied, arbeiten Sie eigentlich ausschließlich für das BZÖ oder haben Sie noch andere ... ?

Kurt Schmied: Nein, ich arbeite seit 2006 nicht mehr für das BZÖ.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber haben Sie zu der Zeit, als Sie für das BZÖ gearbeitet haben, auch für andere Einrichtungen gearbeitet?

Kurt Schmied: Ich arbeite schon sehr lange in der Werbung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben ausgesagt, Wittauer hätte zu Ihnen gesagt, die Rechnungen gehen an die Telekom für den Wahlkampf. Wörtlich – ich habe es mitgeschrieben – haben Sie gesagt:

Die Leistung war der Wahlkampf für das BZÖ. Bezahlte von der Telekom.

Den zweiten Teil haben Sie nicht gesagt, aber den ersten Teil haben Sie gesagt: Leistung war der Wahlkampf für das BZÖ. – Ist das korrekt?

Kurt Schmied: Ja, und Ihre Frage jetzt?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ob ich das richtig verstanden habe, ist die Frage. (**Kurt Schmied:** Ja!) – So. Und jetzt würde mich interessieren: Kommt es eigentlich sehr oft vor bei Ihnen als Werbeagentur, dass jemand kommt, der mit einer Unternehmung eigentlich nichts zu tun hat, der Ihnen sagt: Sie, wir haben da einen Patzen-Auftrag für Sie, aber das zahlen nicht wir, sondern die Rechnung schicken Sie an einen **Dritten**? – Sie haben aber gleichzeitig gesagt, dass Sie mit niemandem in der Telekom je Kontakt gehabt haben. – Glauben Sie das dann?

Kurt Schmied: Es war aber so.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich verstehe, dass das so war, aber kommt Ihnen das als Unternehmer nicht eigenartig vor? Würden Sie das bei jedem machen, wenn er zu Ihnen kommt und sagt: Sie, ich hätte da einen Patzen-Auftrag für Sie, ein paar hunderttausend Euro, klasse Geschichte – und die Rechnung schicken Sie an einen Dritten!?

Kurt Schmied: Also, wenn Sie mich jetzt, sieben Jahre später, fragen, dann natürlich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das würden Sie auch heute noch so machen? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Nicht mehr? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Damals hatten Sie überhaupt keine Überlegung, dass da irgendwas nicht in Ordnung sein könnte?

Kurt Schmied: Sie wissen, welchen Stress ein Wahlkampf bedeutet oder bedeuten kann, nehme ich an.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, aber ich nehme an, Sie sind imstande, mit dem Stress umzugehen, sonst können Sie ja so einen Auftrag nicht ...

Kurt Schmied: Ja, natürlich. Aber es war so.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und Sie haben das nie irgendwie hinterfragt bei Herrn Wittauer: Gibt es irgendeine Garantie, dass die Telekom das bezahlt? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Gibt es irgendwas Schriftliches? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Sie hatten keine Kontaktperson bei der Telekom? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Sie haben Rechnung hingeschickt, und das ist erledigt worden? (**Kurt Schmied:** Genau!) – Dann darf ich noch fragen:

Welche Aufträge haben Sie vom Herrn Eccher bekommen?

Kurt Schmied: Herr Eccher war ja meines Wissens nach entweder Geschäftsführer oder Leiter der Werbeagentur. Mit dem Herrn Eccher haben wir natürlich die operativen Dinge abgewickelt. Da sind Aufträge gekommen, es sind Setkarten zu gestalten, es sind Plakate zu gestalten. Diese Dinge wurden ja bei Wahlkampfbesprechungen sozusagen besprochen, und wir haben mit dem Herrn Eccher ausschließlich operativ zusammengearbeitet.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ist Ihnen ein Volumen erinnerlich?

Kurt Schmied: Ja, es geht ja hauptsächlich um diese 700 000 €, um dieses Wahlkampfbudgetvolumen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das war alles?

Kurt Schmied: Ja, und es war natürlich noch das BZÖ, der Parlamentsklub, aber das hat mit dem Herrn Eccher nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie Kontakt zu Herrn Pöchinger oder zu Frau Gastinger? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Nie?

Kurt Schmied: Nie. Ich habe den Persönlichkeitswahlkampf nicht gemacht von der Frau Gastinger.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie mit anderen Personen aus dem BZÖ Kontakt?

Kurt Schmied: Ja, wie man halt bei einem Fotoshooting oder bei einer Veranstaltung zu tun hat. Natürlich. Oder bei einer Freigabe einer Gestaltung einer ... – Wenn ich für Sie Setkarten, Plakate machen muss, werden Sie es auch sehen wollen vorher.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Als *wen* haben Sie den Herrn Wittauer wahrgenommen, als er zu Ihnen gekommen ist und gesagt hat: Hier ein Patzen-Auftrag! Rechnung an die Telekom!?

Kurt Schmied: Als Tiroler. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das ist schön, dass Sie das bemerkt haben, aber das war wahrscheinlich auch nicht schwer anhand des Dialekts.

Kurt Schmied: Sie fragen mich ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber er muss sich ja irgendwie in einer *BZÖ-Funktion* an Sie gewandt haben, nehme ich wohl an.

Kurt Schmied: Ich kenne den Herrn Wittauer schon sehr lange. Er hat sich nicht vorgestellt bei mir in einer Funktion, sondern als der Herr Wittauer.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das ist doppelt bemerkenswert. Er kommt nicht in einer Funktion des BZÖ zu Ihnen, sagt Ihnen, Sie machen den BZÖ-Wahlkampf mit einem Patzen-Auftrag (**Kurt Schmied:** *Den habe ich mit Tirol gemacht!*), und die Rechnung schicken Sie aber an einen Dritten, und auch dort haben Sie keinerlei Garantien. (*Abg. Petzner schüttelt den Kopf.*) – Kollege Petzner, jetzt immer mit Gelassenheit.

Kurt Schmied: Wir haben ja hauptsächlich den Tiroler Wahlkampf gemacht. Und nachdem der Herr Wittauer Tiroler ist, war das für mich klar.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Schmied, eine grundsätzliche Frage am Anfang einmal: Ihre Leistung war ja für den Wahlkampf.

Wer war denn der Wahlkampfmanager dieses gesamten Wahlkampfes?

Kurt Schmied: Jetzt habe ich Sie nicht verstanden.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wer war der Wahlkampfmanager dieses gesamten Wahlkampfes, in dem Sie Ihre Leistung erbracht haben?

Kurt Schmied: Das kann ich so nicht sagen. Es hat ja Sitzungen gegeben, wo alle anwesend waren. Von der Orange Agentur, Presseagentur ...

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): „Alle“ heißt wer?

Kurt Schmied: Die Zuständigen für die Organisation, was Events betrifft, zuständig, was eine Produktion betrifft, zuständig, was operativ die Orange betrifft.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Und die Personen, die diese Zuständigkeiten gehabt haben?

Kurt Schmied: Wer zuständig war? (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Ja!*) – Es war der Eccher von der Organisation. Es war der Herr Rumpold, der die Wahlkampfleitung gehabt hat zu der Zeit. Es hat den Herrn Lukasek gegeben, glaube ich, der Presse oder PR oder so irgendwas gemacht hat. Dann hat es auch geben zum Beispiel den Herrn Watzinger, den Sie wahrscheinlich kennen, der die Jugend-Schiene gemacht hat, und je nachdem, wer notwendig war, bei der Sitzung anwesend zu sein. Ich war auch nicht immer dabei.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Waren auch die jeweiligen Spitzenkandidaten immer dabei?

Kurt Schmied: Nein, die waren bei solchen Sitzungen nicht dabei.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Für die Finanzierung hat es da immer einen Ansprechpartner gegeben oder waren das unterschiedliche? Wie hat sich das gestaltet?

Kurt Schmied: Im Prinzip hat es ... – Na ja, es gibt manchmal die Partei, es gibt manchmal die Agentur der Partei, so in dieser Form.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt aber, Sie haben aus unterschiedlichen Quellen Ihre Aufträge bekommen?

Kurt Schmied: Naja, aus ... letztendlich ...

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): „Quellen“ heißt zwar immer im Bereich BZÖ, aber ...

Kurt Schmied: Bei uns war das immer **Bereich BZÖ**.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Manchmal Einzelpersonen, manchmal Orange?

Kurt Schmied: Es kann natürlich sein, dass auch eine Bezirksorganisation etwas haben möchte. Das kann auch passieren, aber ich glaube, das wissen Sie genauso.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wem haben Sie Ihre Leistungen, die Sie aus dem Telekom-Geld erstellt haben, dann präsentiert? Wer war sozusagen Ihr innerparteilicher Kunde?

Kurt Schmied: Das war eben bei diesen Besprechungen. Da wurden die Entwürfe hergezeigt und dann für gut empfunden, oder es wurden Korrekturen gemacht. Wie halt ein Agenturjob abläuft.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Hatten Sie eigentlich auch direkt Kontakt mit den jeweiligen Spitzenkandidaten oder den Personen, die auf den Inseraten, Plakaten und Ähnlichem abgebildet wurden?

Kurt Schmied: Eigentlich nicht. Nur in Bezug zum Beispiel auf solche Dinge wie Fotoauswahl für Plakate oder so, aber nicht, was Strategie oder Inhalte betrifft, sondern eher wirklich operative Dinge. Gefällt dir das Foto? Oder ist das Foto nicht gut?

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wenn Sie so an diese Fotoauswahl denken, wer war da dabei? Wer waren die Leute auf den Fotos?

Kurt Schmied: Auf den Fotos? Na alle, die von einem Plakat heruntergelacht haben.

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, Bundesspitzenkandidat zu der Zeit war, glaube ich, Westenthaler, in Wien plakatiert auch Scheibner dazu.

Kurt Schmied: Genau, und diese Dinge, die ... – Wir haben ja nicht alle Plakate gemacht oder alle Inserate, aber für die, die wir gemacht haben, brauche ich natürlich Foto-Material.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ist klar, ja.

War auch – weil Sie zuerst Steiermark und Tirol angesprochen haben – beispielsweise in der Steiermark Grosz (**Kurt Schmied:** Genau!) damals als Kandidat?

Zur Tiroler Geschichte noch eine Frage: Soweit ich mich erinnere, war ja Wittauer auf der Landesliste der Dritte und auf der Bundesliste der Zehnte. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass er gewählt wird, war ja relativ niedrig. Jetzt hat er also sozusagen diese ganze Telekom-Geschichte aus Ihrer Sicht eingefädelt und gemanagt.

Wissen Sie, warum er das macht, wenn er dann im Endeffekt nicht gewählt wird?

Kurt Schmied: Nein, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Haben Sie Kenntnis davon, dass es möglicherweise eine Art Provisionsregelung gegeben hat, dass, wer einen Auftrag bringt (**Kurt Schmied:** Nein!) oder ein Geld bringt, auch entsprechend Provision kriegt?

Kurt Schmied: Nein. Von meiner Seite keine Wahrnehmungen in dieser Richtung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Kennen Sie in anderen Geschäften, die nicht mit Partei oder anderen Sachen zu tun haben, Regelungen, dass, wenn jemand Aufträge bringt, er eine Provision dafür kriegt?

Kurt Schmied: Also ich denke schon, dass das so passiert.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Dass das üblich ist.

Eine Frage noch einmal zur Fixierung: An wen haben Sie die Telekom-Rechnungen geschickt: an welche Person oder an welche Stelle?

Kurt Schmied: Das müsste ich nachschauen, an wen genau, aber an die Telekom einfach. Das ist ja auch auf dieser Vorlage gestanden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, Herr Schmied, Grüß Gott!

Ich fange so an: Wir müssen daher genau unterscheiden – denn ich darf Sie auch darauf hinweisen, Sie müssen immer ein bissel vorsichtig sein beim Herrn Pilz, der da öfter versucht, in die Irre zu führen. Ich mache das nicht, sondern: Wir müssen genau unterscheiden zwischen dem BZÖ-Wahlkampf und Tätigkeiten von Einzelpersonen. Ich darf das noch einmal ausführen, und Sie bestätigen mir dann bitte, ob das richtig ist oder falsch.

Sie haben als Werbeagentur Schmied vom damaligen BZÖ einen Auftrag bekommen, Wahlkampfleistungen für das BZÖ zu erbringen. Das wurde in einem normalen

Vertrag, nehme ich an, festgehalten. Und Sie haben diese Wahlkampfleistungen erbracht und wurden für diese Wahlkampfleistungen – für Ihre Inserate, Plakate, die Sie vor allem graphisch gestaltet haben – seitens des BZÖ entsprechend honoriert: entweder über das BZÖ oder die Orange Werbeagentur, die ja zentral den Wahlkampf auch abgewickelt hat, wurden also hierfür entsprechend honoriert. Also ein ganz normaler Wahlkampf: ... (**Kurt Schmied:** Genau!) – Sie machen Wahlkampf und werden vom BZÖ beziehungsweise der Orange Agentur dafür bezahlt.

Ist das korrekt, und welche Angaben können Sie dazu machen?

Kurt Schmied: Ja, das stimmt. Genau so war's.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also das ist der eine Teil.

Und jetzt eine wichtige Frage: In diesem Wahlkampf, den Sie für das BZÖ gemacht haben – ich rede jetzt immer nur von der Bundespartei, vom offiziellen BZÖ; Spitzenkandidat bekannt, Parteiführung bekannt, Geschäftsführer Arno Eccher bekannt, Orange Werbeagentur bekannt, Geschäftsführer Eccher der Werbeagentur auch bekannt –, haben Sie da irgendwelche Hinweise darauf, dass ganz konkret von der Telekom Gelder direkt verwendet wurden für den BZÖ-Wahlkampf der damaligen Bundespartei?

Kurt Schmied: Ich wüsste nicht, welche Hinweise ich da haben sollte. Wir haben Wahlkampf gemacht, wir haben das nicht unterschieden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie sagen, Sie wüssten nicht, welche Hinweise Sie da haben sollten: Interpretiere ich das richtig, dass es keine Hinweise gibt?

Kurt Schmied: Ich habe keine Hinweise von der Telekom bekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Sie haben keine Hinweise darauf, dass es direkt für die Bundespartei Telekom-Gelder gegeben hat. – Das ist auch korrekt, wenn ich Ihnen das sagen darf. Es gibt keinen Cent der Telekom direkt an das BZÖ.

Jetzt kommt der entscheidende Punkt, und das müssen wir, meine Damen und Herren, genau unterscheiden: ... (*Zwischenruf der Abg. Mag. Lapp.*) – Sie haben gerade seine wahrheitsgemäßen Angaben gehört, oder? – Eben. (*Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Mag. Lapp.*) – Ich nehme Bezug auf das, was er jetzt gesagt hat. Und was er jetzt mir sagt, ist für mich entscheidend. Was für Sie entscheidend ist, ist Ihre Sache. (*Abg. Dr. Jarolim: Bitte um Ernsthaftigkeit!*)

Frage: Dann kommt – der Herr Kollege Pilz hat das schon gefragt – der Kollege Wittauer zu Ihnen und bespricht mit Ihnen Wahlkampfleistungen für den Tiroler Wahlkampf, für die Landesgruppe Tirol.

Mit welchen Anliegen ist da die Person Wittauer genau an Sie herangetreten für diesen Tiroler Wahlkampf? Was wollte Wittauer da genau konkret von Ihnen haben? Wollte er Wahlkampfleistungen für sich als Person – Stichwort: Vorzugsstimmen-Wahlkampf, Stichwort: damaliger Spitzenkandidat dort Gebauer –, oder welche Leistungen wollte er da haben?

Kurt Schmied: Unser Auftrag war ganz einfach, den Wahlkampf des Tiroler BZÖ zu unterstützen mit unserer Agenturleistung, also hauptsächlich eben den Spitzenkandidaten Gebauer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Wittauer und Gebauer, die ja im Tiroler BZÖ-Wahlkampf führend waren, haben dort eigeninitiativ Tätigkeiten in diesem Wahlkampf gesetzt in Tirol?

Kurt Schmied: Das kann ich nicht sagen, weil ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, die entscheidende Frage ist – ich komme zum Punkt –:

Hinsichtlich dieser Wahlkampftätigkeiten, die Wittauer und Gebauer individuell durchgeführt haben, haben Sie Informationen darüber: War das im Wissen der Bundespartei, war das in die Bundespartei integriert, oder war das autonom von der Bundespartei – wie das auch aus den Zeugenaussagen zum Beispiel des damaligen Bundesgeschäftsführers Arno Eccher hervorgeht, dass die Länder auch autonom Wahlkampfleistungen vollzogen haben?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht, was intern gesprochen wurde oder wie das intern bei der BZÖ oder bei den Tirolern oder so ausgemacht wurde. Wir waren rein operativ tätig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals mit dem Arno Eccher über konkrete Tätigkeiten des Herrn Klaus Wittauer für seinen Tiroler Wahlkampf gesprochen, oder hat der Eccher damit überhaupt nichts zu tun gehabt? – Das werden Sie wohl wissen.

Kurt Schmied: Nein, das haben wir nicht besprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben nicht mit Eccher darüber gesprochen? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Haben Sie mit Eccher jemals darüber gesprochen, dass irgendwie die Telekom da involviert ist, oder hat Herr Eccher Sie jemals auf die Telekom angesprochen?

Kurt Schmied: Ich habe mit Herrn Eccher operativ den Wahlkampf abgewickelt, als Agentur.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie müssen immer sagen, **welchen** Wahlkampf. Den Bundeswahlkampf?

Kurt Schmied: Alles Mögliche! Alles, was halt in einem Wahlkampf zu tun ist. Ich unterscheide nicht, ob das jetzt Burgenland, Niederösterreich, Bund oder was immer ist. Für mich ist das die Agentur Orange, das BZÖ – und ich mache **dieses** Inserat genauso gern wie **dieses** Inserat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist schon völlig korrekt. Für Sie ist es nicht von Relevanz, denn Sie waren Werbeagentur. Relevant ist es in Sachen Zahlungen der Telekom, dass man das unterscheiden muss.

Zu diesen 200 000 € von der Frau Haslinger. – Die sind ja dann bei Ihnen gelandet. Von wem haben Sie den Auftrag bekommen oder von wem haben Sie erfahren, dass diese 200 000 € von der Frau Haslinger, von dieser Agentur Haslinger, bei Ihnen landen sollen und Sie da eine entsprechende Rechnung an die Agentur Haslinger schicken sollen, was ja dann auch passiert ist und wo dann auch am 28. September die Überweisung war? Und was ist dann mit diesem Geld passiert? Das heißt: Wie konkret haben Sie dieses Geld der Frau Haslinger verwendet? – Es ist ja auf einmal aufgetaucht, das heißt, Sie müssen mir bitte genau sagen: Was ist mit diesen rund 200 000 € der Haslinger dann passiert?

Kurt Schmied: Der Auftrag ist genauso von Herrn Wittauer gekommen, und für uns war das eine Aufstockung des Wahlkampfbudgets. Und, wie gesagt, Wahlkampfbudget bedeutet für uns das gesamte. Ich kann das nicht auseinanderdividieren, was jetzt vorher ... – Es war einfach zu wenig Budget da. Und das Budget wurde so aufgestockt, das Agenturbudget.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Aber das heißt, auch da war wieder Wittauer die Person (**Kurt Schmied:** Genau!), die das organisiert hat? Gleich wie beim Tiroler Wahlkampf Gebauer war es auch Wittauer (**Kurt Schmied:** Ja!), die Einzelperson Wittauer?

Kurt Schmied: Was mich betrifft, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist nur ganz wichtig festzuhalten, dass wir da auch die Rolle des Herrn Wittauer genau beleuchten.

Ich mache Ihnen zwei Vorhalte, denn ich möchte noch einmal wissen: Was ist mit diesen 200 000 € passiert?

Was mir auffällt, Herr Schmied: Das Geld wurde am 28. September überwiesen, diese 200 000 €. Im gleichen Zeitraum finden dann Transaktionen statt – die Unterlagen liegen uns vor, Ihre Kontoauszüge bei der Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, wo vom Firmenkonto, von Ihrem Firmenkonto von der Werbeagentur Schmied genau im gleichen Zeitraum, nämlich in diesen Tagen, rund 200 000 € beziehungsweise genau 200 000 € von Ihrem Firmenkonto auf Ihr Anlagekonto umgebucht wurden.

Wie können Sie diese Transaktion erklären, dass 200 000 € von Haslinger an Sie kommen und genau zeitgleich 200 000 € vom Firmenkonto Ihrer Werbeagentur auf Ihr Anlagekonto, das heißt Ihr Privatkonto, umgebucht werden?

Kurt Schmied: Das ist nicht mein Privatkonto, sondern das ist ein zweites Firmenkonto. Auf einem Girokonto hat man ja bekanntlich nicht wirklich gute Konditionen. Und wenn ich intern 200 000 € von einem Konto aufs andere gebe und von dem Konto dann die Rechnungen zahle, dann ist es, glaube ich, keine besondere Aufregung, wenn ich 200 000 € besser anlegen kann als auf einem Girokonto – und wenn es nur für ein paar Wochen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich finde das schon ein bisschen auffällig. Das ist so ein bisschen Grasser-mäßig: Auf 5 000 Konten werden irgendwelche Summen hin und her geschoben.

Kurt Schmied: Auf *mein* eigenes Konto?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. – Dann noch einmal die Frage: Was haben Sie mit diesen 200 000 € – wo Sie selber sagen, man hatte wenig Geld, das heißt, Sie müssen ja dann von jedem Cent wissen, was Sie damit gemacht haben – von Haslinger, die am 28. September gekommen sind, konkret gemacht? Wie ist das Geld eingesetzt worden?

Kurt Schmied: Ganz genau denselben Wahlkampf, den wir auch vorher gemacht haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welchen Wahlkampf? Sagen Sie mir das konkret.

Kurt Schmied: Das, was ich vorher erklärt habe: Inserate, Plakate, ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie müssen mir das noch einmal erklären, sodass ich es dann vielleicht verstehe. – Bitte.

Kurt Schmied: Diese 200 000 € sind ja nicht verschwunden. Mit denen haben wir genauso den Wahlkampf bezahlt wie mit dem anderen Geld. Das ist nur eine Umbuchung intern auf mein anderes Konto.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind abgelaufen. Es geht auf Kosten der zweiten Runde. (Abg. **Petzner:** Wenn es genau 7 Minuten sind, ...) Es war sogar ein

bisschen drüber. Sie können weiterfragen, es geht halt auf Kosten der zweiten Runde.
(Abg. Dr. Rosenkranz: Ist die Uhr vom Herrn Petzner schon einmal genauer angeschaut worden?)

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Schönen guten Morgen, Herr Schmied! Ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen bedanken, dass Sie in den Zeugeneinvernahmen schon so offen Auskunft gegeben haben, dass Sie uns hier auch helfen, einen Sumpf trocken zu legen.

Ich möchte beginnen mit einem Rahmenvertrag, den Sie am 23. Juni 2006 abgeschlossen haben. Ist der Rahmenvertrag bei Ihnen noch in Erinnerung?

Kurt Schmied: Mit wem?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Abgeschlossen zwischen Bündnis Zukunft Österreich, dem Freiheitlichen-BZÖ-Parlamentsklub Österreich, erstens, zweitens: unter Beiritt der Projektentwicklung Werbeagentur Schmied als Auftraggeber – also diese beiden als Auftraggeber – und der Orange Werbeagentur als Auftragnehmer andererseits.

Kurt Schmied: Darf ich das bitte einmal sehen?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich kann Ihnen das gerne zeigen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Wenn Sie umblättern, sehen Sie auch, wer unterschrieben hat. Es dürfte Ihr Bruder Richard Schmied gewesen sein.

(Die Auskunftsperson blättert in den ihr vorgelegten Schriftstücken.)

Kurt Schmied: Das hat mein Bruder unterschrieben, ja. Was wollen Sie da jetzt von mir wissen?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Kennen Sie diesen Vertrag?

Kurt Schmied: Ich kann mich erinnern, dass es den gegeben hat, aber ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Worauf ich hinaus möchte (*Kurt Schmied: Ja?*) ist diese Auftraggeber-Auftragnehmer-Konstellation. Auf eine Befragung durch Kollegen Pilz haben Sie geantwortet, dass Sie Rechnungen von der Orange bekommen haben.

Das heißt, Sie waren Auftraggeber für die Orange und haben aber auch an die Orange fakturiert. – Ist das richtig? (*Kurt Schmied: Ja!*) – Wie ist es zu diesem Rahmenvertrag gekommen? Wer war der Ansprechpartner?

Kurt Schmied: Also im Detail weiß ich es nicht, aber soweit ich mich erinnern kann, war der Herr Eccher Ansprechpartner. Aber ich glaube, der hat ja auch unterschrieben, oder?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Eccher hat nicht unterschrieben – doch, der Herr Eccher **hat** unterschrieben, und auch, für das Bündnis Zukunft Österreich, der Finanzreferent Harald Fischl und der Bündnisobmann Ing. Peter Westenthaler, wobei die Unterschrift von Peter Westenthaler auf der mir vorliegenden Ausfertigung nicht vorhanden ist.

Ist diese Konstruktion nicht etwas ungewöhnlich, dass Sie als Werbeagentur, als Auftraggeber gegenüber der BZÖ-eigenen Werbeagentur auftreten?

Kurt Schmied: Naja, es war halt so.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es war ja einiges zumindest bemerkenswert in diesem Zusammenhang.

Dazu weiter: Die Wahlkampfwerbekosten sind in diesem Rahmenvertrag mit 4,4 Millionen € inklusive Umsatzsteuer präliminiert. Da Sie ja als Auftraggeber in diesem Vertrag aufscheinen: Woher sind diese 4,4 Millionen gekommen?

Kurt Schmied: Dazu kann ich gar nichts sagen.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): In dem Vertrag heißt es weiter:

Die Werbeagentur Schmied hat 320 400 € aufzubringen.

Woher ist dieses Geld gekommen?

Kurt Schmied: Also wenn, dann kann es nur aus dem vorher besprochenen Wahlkampfbudget sein.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): War das ein Teil jener Zahlungen, die von der Telekom an Sie geleistet wurden?

Kurt Schmied: Ich kann das jetzt mit Gewissheit nicht sagen. Wie gesagt, da müsste ich mir jetzt selber alles anschauen.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Es gibt in dem Rahmenvertrag auch einen beiliegenden „Mediaplan und Wahlkampfaktivitäten“, der einen integrierten Bestandteil bildet. Ich glaube, der wurde Ihnen auch vorgelegt.

Wer hat diesen Wahlkampfplan erstellt?

Kurt Schmied: Darf ich den sehen?

(*Die Auskunftsperson liest in den ihr vorlegten Schriftstücken.*)

Also ich habe ihn nicht gemacht.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Wenn Sie auf der ersten Seite ganz links unten schauen, steht „100 % Communications“.

Kurt Schmied: Ach so. Ja, kann sein.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Kann das sein, dass das ...

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht. Aber ich habe es nicht gemacht.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Okay. Kann aber sein, dass ...?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht, ob es sein kann!

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Kann es ein, dass es Gernot Rumpold erstellt hat?

Kurt Schmied: Das entzieht sich meiner Kenntnis, wer das gemacht hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Es ist zwar die Schrift sehr klein, aber trotzdem zwei Fragen zum Detail, von oben herunter: „Tiroler Tageszeitung“, ein Betrag von 70 000 oder 79 000 €, und da steht als Anmerkung:

Kein Ausländer-Sujet.

Was dürfen wir uns darunter vorstellen?

Kurt Schmied: Da geht es einfach um das Sujet. Es wird ja, da ja ein Wahlkampf sehr viel Arbeit ist, das Ganze standardisiert. Es gibt Inserate für zig Themen, und dann kommt nur mehr das Aviso von irgendjemandem: Das Inserat Hausnummer „Benzin“ – keine Ahnung – soll geschaltet werden.

Und das, nehme ich an, ist einfach: Alle anderen, nur kein Ausländer-Sujet. – Das betrifft einfach nur das Operative. Es gibt eben eine Struktur in diesen Inseraten. Das ist einfach ein Titel eines Inserats.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Wenn wir uns diese Liste, diesen Mediaplan ansehen, da haben wir drinnen: die „Kleine Zeitung“, die „Oberösterreichischen Nachrichten“, die „Salzburger Nachrichten“, „Heute“, die „Vorarlberger Nachrichten“.

Kann man daraus schließen, dass Sie in ganz Österreich Werbeaktivitäten für den Wahlkampf durchgeführt haben?

Kurt Schmied: Wahrscheinlich nicht in ganz Österreich, aber ziemlich verstreut in Österreich, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, die Aussage, nur für den Tiroler Wahlkampf tätig gewesen zu sein, ...

Kurt Schmied: Nun, das habe ich ja vorher gesagt: Wir haben **viele** Inserate geschaltet.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Ich wollte es nur nochmals bestätigt haben.

Die Initiatoren für diesen Vertrag, kennen Sie die? Wie ist der zustande gekommen?

Kurt Schmied: Den Vertrag habe ich nicht aufgesetzt.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Sie kennen auch den Inhalt nicht?

Kurt Schmied: Den Vertrag, den hat mein Bruder unterschrieben, aber ich müsste jetzt auch nachfragen.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Nun nochmals zurück zu den schon angesprochenen Angeboten 0710 und 0802:

Sie haben in Ihrer Zeugeneinvernahme vom 30.8.2011 beauskunftet, diese beiden sind komplett erfunden und es hat keinen realen Hintergrund gegeben, ebenso wie die zwei dazugehörenden Rechnungen.

Kurt Schmied: Das wurde ja vorher besprochen, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Diese Rechnungen wurden aber bezahlt?

Kurt Schmied: Die wurden bezahlt, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Da geht es – auch das wurde schon offengelegt – um 720 000 inklusive Mehrwertsteuer. Zuzüglich der mit der Agentur Haslinger abgerechneten Beträge kommt man auf rund 1 Million.

Haben Sie sich zu dieser Zeit gefragt: Warum soll die Telekom den Wahlkampf finanzieren, ohne dass es eine konkrete Gegenleistung gegeben hat?

Kurt Schmied: Ich habe es nicht hinterfragt.

Abgeordneter Ing. Mag. Herbert Kuzdas (SPÖ): Sie haben das nicht hinterfragt.

Können Sie sich vorstellen, dass es sich da um Schmiergelder gehandelt hat?

Kurt Schmied: Dazu habe ich keine Kenntnis.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Können Sie sich vorstellen, dass die Telekom Austria erpresst wurde? – Ich lege Ihnen einen Bericht vom Bundesamt für Korruptionsbekämpfung vor und zitiere daraus. (**Kurt Schmied:** Von wem ist das?) Das

ist aus der Einvernahme von Frau Haslinger, die Sie ja kennen, zumindest per Mail-Verkehr. (*Kurt Schmied: Per Mail-Verkehr, ja!*) Ich zitiere aus diesem Einvernahmbericht:

Art und Weise der Bereitstellung, der Verwaltung beziehungsweise deren Abwicklung (Überweisung aufgrund einerseits der Telekom Austria, in persona Andreas Krenn, vorgefertigten „Scheinrechnung“ zugunsten der Mag. Tina Haslinger und anschließenden Weiterverrechnung auf Basis einer weiteren Scheinrechnung zugunsten der Projektagentur Schmied GmbH) legen die Annahme nahe, dass gegenständlicher Geldbetrag von rund 240 000 € ursprunghaft von der Telekom Austria AG –

und jetzt kommt's! –

aus einem Vergehen beziehungsweise Verbrechen nach dem Strafgesetzbuch herrühren und Christoph Pöchinger als Verwalter dieses Betrages diesbezüglich Kenntnis gehabt haben könnte. – Zitatende.

Kurt Schmied: Also das entzieht sich völlig meiner Kenntnis.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Kennen Sie Christoph Pöchinger?

Kurt Schmied: Ich kenne ihn vom Sehen. Er war ja auch im Wahlkampf involviert als Person, also in seinem Job, nehme ich an. (*Abg. Mag. Kuzdas: Ja, als Kabinettschef der damaligen Bundesministerin Gastinger!*) Aber zu dem, das ist irgendwie ... – Also von dem habe ich überhaupt keine Ahnung. Ich weiß nicht, was das für ein ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Kennen Sie eine Frau Natascha Rabl?

Kurt Schmied: Ich kenne eine Frau Rabl, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wie sind Sie mit ihr bekannt geworden?

Kurt Schmied: Wir haben einige Jahre eine Bürogemeinschaft mit Herrn Rumpold gehabt, und Frau Rabl war seine Sekretärin.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Hat Frau Rabl auch für Sie Arbeiten erledigt?

Kurt Schmied: Nein, im Prinzip nicht; außer einmal einen Botendienst übernommen, das kann sein, weil es ja eine Bürogemeinschaft war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zu einer anderen Frage: In der Einvernahme vom 30. November 2011 haben Sie angegeben, dass der damalige BZÖ-Abgeordnete Wittauer eine Rechnung gelegt hat über 20 319,47 €. Es geht um die Zurverfügungstellung von Grundstücken offensichtlich für Plakatwände. (*Kurt Schmied: Weiß ich, ja!*)

Können Sie sich vorstellen, dass es sich hierbei um eine Kick-Back-Zahlung handelt, dass er auch einen Teil jenes Geldes, das er von der Telekom besorgt hat, haben wollte?

Kurt Schmied: Sie haben es schon selbst beantwortet. Das war genauso eine Rechnung wie für ein Inserat. Es gibt auch eine Rechnung für Bereitstellung einer Plakatfläche, das ist üblich. Also ich verstehe die Frage nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Schließen wir den Themenkomplex ab. Hier sitzen ja sehr viele Nationalratsabgeordnete, und ich glaube, würde ich ein

Grundstück besitzen, das geeignet dafür wäre, eine Plakatwand aufzustellen, weil es verkehrsgünstig liegt, würde ich niemandem eine Rechnung stellen.

Kurt Schmied: Was soll ich darauf jetzt sagen? – Das ist wahrscheinlich Ihre Entscheidung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei allem Respekt vor dem Bundesland Tirol, auf das jetzt einiges abgeschoben werden soll, halte ich Ihnen aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 7. September 2011 folgende Passage vor, in Bezug auf die Gelder, die wir hier besprechen. Ich zitiere:

So ist beispielsweise ersichtlich, dass Arno Eccher für den Wahlkampf/Bund über 200 000 € verfügen durfte, Herbert Scheibner für den Wahlkampf/Wien über 200 000 €. – Zitatende.

Die Scheibner-Geschichte besprechen wir dann extra, wir bleiben jetzt bei der Bund-Geschichte.

Welche Funktion hatte Herr Arno Eccher, der ja heute Landesgeschäftsführer nicht des BZÖ-, sondern der FPÖ-Vorarlberg ist, damals?

Kurt Schmied: Soweit ich mich erinnern kann Geschäftsführer der Orange-Agentur.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, okay. Jetzt wird da von Ihnen festgehalten, dass Arno Eccher für den Wahlkampf/Bund über 200 000 € verfügen durfte.

Können Sie das genauer erläutern, was das mit dem Bundeswahlkampf war?

Kurt Schmied: Sie haben mir ja vorher auch meine handschriftliche Notiz gezeigt, da steht es drauf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir können anhand der handschriftlichen Notiz gerne weiter vorgehen, ich möchte aber trotzdem, dass Sie mir die Frage beantworten und ich mir die Frage nicht selbst beantworte. (**Kurt Schmied:** Stellen Sie mir bitte die Frage noch einmal!)

Ich formuliere es ein bisschen anders: Sind Gelder aus diesen Telekom-Geldern über Herrn Arno Eccher in den Bundeswahlkampf des BZÖ gegangen?

Kurt Schmied: Das kann ich nicht beurteilen, ob Gelder wohin geflossen sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ihre eigene handschriftliche Notiz, BZÖ Budget, wo genau dieses Geld verteilt wird: Bund 200, Eccher. – Was bedeutet das?

Kurt Schmied: Das bedeutet – das ist ja meine handschriftliche Notiz –, ich muss wissen, wenn ich ein Budget bekomme, wer über dieses Budget operativ verfügen kann. Es geht nicht darum, wer welches Geld bekommt, sondern, wer bestellen darf, welches Land bestellen darf, wie viel. Ich brauche eine Größenordnung, um es zuordnen zu können. Und das war so eine Notiz.

„Bund“ bedeutet für mich: Plakate, wo der Bundeskandidat drauf ist, von mir aus mit einem Landeskandidaten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer war der Bundeskandidat damals?

Kurt Schmied: Soweit ich mich erinnern kann der Westenthaler, oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Peter Westenthaler. Es handelt sich hier also um Ausgaben auch für den Spitzenkandidaten. – Ist das richtig?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht. Für mich war es einfach eine Orientierung. Ich bekomme Bestellungen per E-Mail zum Beispiel für Inserate, und wenn zum Beispiel – so wie ich es auch gemacht habe – die Tiroler zu viel bestellen, muss ich schreiben

oder muss ich schreien: Aufpassen, es wird zu viel Geld ausgegeben! Aber das ist wie in jedem Job, nehme ich an.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben hier handschriftlich festgehalten:

Bund 200 –

ich gehe davon aus, dass das immer 200 000 heißt; ist das richtig? (*Kurt Schmied: Ja!*) –,

Eccher; Wien 200, Scheibner; Burgenland 50, Eccher; Vorarlberg 50, Eccher; Tirol 200 plus 90, Wittauer.

Gebe ich das richtig wieder, dass es sich da um 200 000 € Bund, Verfügung Eccher, 200 000 € Wien, Verfügung Scheibner, 50 000 Burgenland, Verfügung Eccher, 50 000 Vorarlberg, Verfügung Eccher, 200 000 plus 90 Tirol, Verfügung Wittauer, gehandelt hat?

Kurt Schmied: Für mich war das eine Orientierung des Wahlkampfbudgets.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist einmal der erste wichtige Punkt.

Wenn wir das Ganze dann weiter durchgehen, dann taucht ein gewisser Mag. Florian Phleps auf.

Können Sie uns sagen, welche Funktion dieser Mag. Florian Phleps damals hatte?

Kurt Schmied: Herr Phleps war für mich Ansprechpartner, eben was all die operativen Dinge betrifft, wo Inserate geschalten werden. Aber das geht auch aus dem E-Mail-Verkehr hervor, welche Sujets geschalten werden, wo, welche Fotos, welche Slogans. Diese Dinge wurden alle mit Herrn Phleps ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche Funktion hatte Herr Phleps damals?

Kurt Schmied: Das kann ich nicht sagen, welche Funktion. Für mich war er der Ansprechpartner. Vielleicht war er Assistent in dem Wahlkampf oder Referent. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie meinen damit eine Partefunktion?

Kurt Schmied: Nein, das glaube ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sondern?

Kurt Schmied: Einfach eine in dieser Wahlkampforganisation.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum verschickte Herr Mag. Florian Phleps dann seine Mails unter „Bürgerservice Kabinett des Vizekanzlers und Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie“?

Kurt Schmied: Das kann ich nicht sagen, das müssen Sie Herrn Phleps fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War er damals Mitglied des Kabinetts des Verkehrsministers und Vizekanzlers?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis. Für mich war er der Ansprechpartner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, Phleps war das, und er hat einen Großteil dieser Mails auch aus dem Kabinett von Vizekanzler Gorbach versendet.

Ich lese Ihnen ein Phleps-E-Mail vor:

Hallo Kurt –

und jetzt zitiere ich –,

kannst du mir bitte eine Detailabrechnung unserer über dich verrechneten Leistungen schicken! Sind wir bei 300 000 angelangt? Nach meiner Rechnung noch nicht. Wir werden auf jeden Fall die 300 000 Budget vom Klaus bei dir ausnützen. – Zitatende.

Was ist damit gemeint?

Kurt Schmied: Das war eben das, was ich vorher gesagt habe. Es gibt eine Größenordnung für mich, die im Wahlkampf verarbeitet wird sozusagen, und das war ebenso eine Geschichte. Irgendwann einmal ist das Budget zu Ende – und das war sein Mail und die Frage dazu.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zur Frage: Budget zu Ende – was hat man dann getan?, kommen wir noch.

Jetzt meldet sich also Herr Phleps – der einmal schreibt als „florian.phleps@bzoe.at“ und einmal als „florian.phleps@bmvit.gv.at“ – bei Ihnen und verlangt eine Detailabrechnung „unserer über dich verrechneten Leistungen“.

Wozu hat ein Mitglied des Kabinetts des Vizekanzlers und BZÖ-Funktionärs von Ihnen eine Detailabrechnung gebraucht? Hat man damals im Vizekanzlerbüro und im BZÖ nicht gewusst, wie viel man für den Bundeswahlkampf ausgegeben hat?

Kurt Schmied: Das entzieht sich meiner Kenntnis, warum Herr Phleps das von dieser Mail-Adresse geschickt hat. Für mich war Herr Phleps Ansprechpartner in der operativen Abarbeitung des Wahlkampfs für Tirol.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann meldet sich Herr Phleps am 9. Oktober – diesmal unter „florian.phleps@bmvit.gv.at“ – wieder an Sie. Ich zitiere:

Hilfe, warum sind wir plötzlich drüber! Ist da auch eine Rechnung von der E.T.E. oder von Christian Lanner dabei? Werde mit dem Andreas und dem Klaus reden, geb' dir dann gleich Bescheid. Flo – Zitatende.

Was war das Problem mit dem Hilferuf: Hilfe, sind wir jetzt drüber?

Kurt Schmied: Das ist das, was ich vorhin gesagt habe. Jedes Budget hat ein Ende. Und Sie wissen, wie gerne im Wahlkampf Politiker Geld ausgeben bei Inseraten, dass jeder so viel wie möglich bekommen möchte. Und das war halt aus. Ich habe Herrn Phleps darauf hingewiesen, dass das Budget zur Neige geht, und darum hat er geschrien: Hilfe!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich komme anhand dieser E-Mails jetzt langsam drauf, warum wir uns offensichtlich in Wahlkämpfen wesentlich weniger Inserate leisten können als andere grundehrliche und rein Tiroler Parteien.

Noch einmal zurück zu Herrn Phleps; ich zitiere weiter:

Ihr habt bis jetzt 318 090,98 € ausgegeben. Wie geht es weiter? Kurt. – Zitatende.

Was wollten Sie da wissen, wie es weitergeht? Ob noch Geld kommt? Oder was wollten Sie wissen?

Kurt Schmied: Ich als Agentur hänge da ja mit drin. Ich will ja nicht auf einem Haufen Inserate, die gebucht und nicht bezahlt sind, sitzen bleiben. Das war einfach meine Meldung: Burschen passt auf, das geht sich nicht aus!, wie man halt so salopp spricht, weil ich habe kein Interesse, darauf sitzen zu bleiben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage gerne in der nächsten Runde weiter, denn es gibt noch sehr viele Zusatzfragen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Schmied, ich möchte schon noch einmal nachfragen: Warum hat eigentlich Herr Phleps aus dem Kabinett Gorbach mit Ihnen

über das Budget ge-emailt – sage ich jetzt einmal –, wenn Herr Gorbach ja gar nicht mehr angetreten ist zur Wahl 2006? Das hätte doch Herrn Minister Gorbach egal sein können. Haben Sie sich gar nicht gewundert, dass er, obwohl er kein Kandidat mehr war, trotzdem aufgetreten ist?

Kurt Schmied: Es war nicht meine Aufgabe, Spitzenkandidaten zu ernennen oder abzusetzen oder sonst irgendetwas. Meine Aufgabe war, einen Wahlkampf zu machen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wenn ich ein Inserat schalte, ist mir egal, welcher Kopf drauf ist. Wenn der drauf ist, dann ist der drauf. Ich muss es sowieso super machen; ich muss die Fotos schön herrichten, und ich muss den Kandidaten gut ausschauen lassen. Aber warum er Kandidat wird oder warum ein E-Mail von irgendwo kommt, das entzieht sich völlig meiner Kenntnis, und das ist auch nicht meine Aufgabe.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, aber er war ja gar nicht mehr Kandidat, er wollte ja gar nicht mehr kandidieren – und Sie sagen, er muss auf dem Plakat gut ausschauen oder auf einem Inserat gut ausschauen. (**Kurt Schmied:** *Nicht der Herr Gorbach, der Kandidat!*)

War Herr Gorbach jemals mehr auf einem Inserat im Jahr 2006 für den Wahlkampf?

Kurt Schmied: Ich habe nicht gesagt der Herr Gorbach, ich habe gesagt der **Kandidat**.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Weil Herr Phleps aus dem Kabinett von Herrn Minister Gorbach war und Herr Gorbach ja gar nicht mehr kandidiert hat im Wahlkampf 2006, ist das verwunderlich, denn da hätte ja in Wahrheit jeder kommen und fragen können, wie es mit dem Budget ausschaut – auch einer, der nicht dafür verantwortlich war.

Haben Sie mit jedem über Details für Budgets, Wahlkampfbudgets et cetera gesprochen – oder haben Sie sich schon vorher vergewissert, ob derjenige überhaupt autorisiert ist vom BZÖ, mit Ihnen darüber zu reden?

Kurt Schmied: Das ergibt sich. Wenn man den Wahlkampf macht, gibt es eine Wahlkampf-Sitzung, und dann weiß man, wer für was zuständig ist. Und Herr Phleps war es für Tirol. Woher Herr Phleps eine E-Mail schreibt, das ist für mich nicht relevant.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war bei diesen Wahlkampf-Sitzungen dabei? Wie oft haben solche stattgefunden?

Kurt Schmied: Sie haben in unregelmäßigen Abständen stattgefunden, nach Bedarf. Anwesend – wie ich vorher schon gesagt habe – waren immer die Personen, operativ, die notwendig waren, um ein neues Projekt zu besprechen. Wenn zum Beispiel eine Event-Tour ansteht, zum Beispiel eine Jugend-Tour ansteht, dann sind natürlich die Jugend-Verantwortlichen oder die Studenten-Verantwortlichen anwesend, je nachdem. Ich war auch nicht immer notwendig, weil die Graphik war nicht immer gefragt. Aber da geht es nicht um Strategien oder um sonst irgendetwas, sondern da geht es um die operative Abwicklung des Wahlkampfs.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und Sie waren immer bei diesen Sitzungen dabei?

Kurt Schmied: Ich war nicht immer dabei.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war sonst von Ihrer Agentur bei diesen Sitzungen dabei?

Kurt Schmied: Das habe immer ich gemacht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und trotzdem waren Sie nicht immer dabei?

Kurt Schmied: Es ist ja nicht immer ein Thema, bei dem es notwendig ist, dass ich anwesend bin. Ich bin nur dann geladen zu einer Sitzung, wenn es um die Gestaltung einer Bühne zum Beispiel geht, weil eine Tour ansteht. Dann bin ich geladen. Wenn aber irgendeine Tour für einen Kandidaten, mit dem ich nichts zu tun habe, ansteht, dann brauche ich dort nicht hinzugehen. Die Zeit ist kostbar, ich brauche mir dort nicht zwei Stunden Geschichten anhören.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Eccher hat bei seiner Einvernahme ausgesagt, dass ein kleiner Kreis bestanden hat aus mehreren Personen, die in regelmäßigen Abständen zusammengekommen sind.

Wissen Sie, wer zu diesem kleinen Kreis gehört hat?

Kurt Schmied: Ich sage ja, ich kann Ihnen sagen, wo ich dabei war. Ob das jetzt ein strategischer Kreis war, das kann ich nicht beurteilen. Ich bin ja kein Politiker, ich bin Unternehmer und habe eine Werbeagentur zu führen. Ich bin dann anwesend, wenn es **notwendig** ist. – Aber ob es einen anderen Kreis gibt? Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen lauft, aber ich nehme an, genauso.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie hat es mit Kontakten ausg'schaut? Wie war Ihr Kontakt beispielsweise zu Herrn Westenthaler, der ja dann Spitzenkandidat war?

Kurt Schmied: Der Kontakt war natürlich da bei Veranstaltungen. Er wollte wissen, wie sein Plakat ausschaut. Wir haben damals durch die Farbe Orange, zum Beispiel nur, viel in Eigenfarben produzieren lassen, was ein bissel aufwendiger war, aber dafür auch gut ausg'schaut hat, und solche Dinge habe ich ihm erklärt. Er hat gesagt, super, gefällt ihm. Auf dieser Ebene ist das abgelaufen. Jeder will natürlich schön herunterlachen vom Plakat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Haben Sie auch Kontakt gehabt mit Herrn Scheibner, der in Wien Spitzenkandidat war?

Kurt Schmied: Genau dieselbe Situation, Fotoauswahl zum Beispiel: Ich bekomme einen Pack Fotos, ich sortiere vor, jene, von denen ich glaube, dass sie okay sind, und Herr Scheibner sucht letztendlich seines aus. Ich kann ihm ja nur einen Ratschlag geben aus Werbeagentur-Sicht, und dann gibt es natürlich ein Treffen. Bei den Treffen war ich auch nicht immer die volle Zeit anwesend; das ist nicht notwendig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und diese ganzen Leistungen – Herr Westenthaler war ja der Spitzenkandidat für das Bundes-BZÖ, Herr Scheibner war Spitzenkandidat für das Wiener BZÖ –, Inserate, Plakate, die Sie alle gemacht haben, sind alle aus diesen Zahlungen, aus diesen Honoraren gekommen, also finanziert worden von der Telekom und von Frau Haslinger?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht, ob alle gekommen sind. Aber die, die ich bearbeitet habe, die habe ich abgewickelt ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Über die Telekom und über Frau Haslinger? (**Kurt Schmied:** Das Budget, das ich gehabt habe?) – Ja.

Kurt Schmied: Das Budget, das ich gehabt habe, habe ich mit den Inseraten, die ich gemacht habe, abgearbeitet.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Abschließend möchte ich Sie noch etwas anderes fragen, und zwar: Sagt Ihnen die Änderung der Universaldienstverordnung irgendetwas? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Das heißt, das haben Sie noch nie gehört?

Kurt Schmied: Ich habe das zum ersten Mal gehört im Zuge des Untersuchungsausschusses.

Abgeordnete Gabriele Tamandi (ÖVP): Das heißt, Sie haben auch nie mit (**Kurt Schmied:** Nein!) Herrn Bundesminister Gorbach (**Kurt Schmied:** Definitiv nein!) oder mit Herrn Rüdiger Schender oder auch mit Herrn Wittauer beispielsweise (**Kurt Schmied:** Definitiv nein!) ... – Mit Herrn Wittauer auch nicht?

Kurt Schmied: Nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Schmied, ich bin ja froh, dass mittlerweile klar ist, dass Sie zu einer Vielzahl von Personen Kontakt haben, denn bei meiner ersten Befragung haben Sie gesagt, Sie haben eigentlich nur mit Herrn Wittauer Kontakt gehabt, und den haben Sie nur als Tiroler wahrgenommen.

Kurt Schmied: Das habe ich nicht gesagt. Die Frage war, mit wem ich im Wahlkampf operativ zu tun hatte, und das habe ich vorher schon erklärt: Wenn es um Fotos geht, Plakate geht, natürlich mit dem, der auf dem Foto ist. Aber da geht es darum, das sind Termine, drei Minuten: Gefällt dir das Foto? Willst du das Foto haben, oder willst du das Foto haben? Das war es.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, aber Sie haben ja auch an Sitzungen teilgenommen, also gab es da noch darüber hinaus gehende Besprechungen.

Kurt Schmied: Noch einmal: bei Sitzungen, wo es um meine Arbeit gegangen ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, natürlich, aber mir gegenüber haben Sie zuerst gesagt, Sie haben das alles mit dem Herrn Wittauer besprochen. Das halte ich schon fest.

Kurt Schmied: Das habe ich nicht gesagt, das ist Ihre Interpretation, aber ist okay.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir können das ja dann gerne nachlesen.

Jetzt würde mich interessieren, ich möchte da noch einmal nachfragen, weil auf Basis der E-Mails, die der Kollege Pilz zitiert hat, haben Sie gemeint, natürlich haben Sie auf das Budget schauen müssen, gleichsam mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns, damit Sie da nicht irgendwo Inserate buchen, die dann nicht bezahlt werden. Da haben Sie also eine relativ große Vorsicht an den Tag gelegt.

Ich frage Sie daher noch einmal: Woher hatten Sie eine Garantie, dass die Telekom Leistungen für **Dritte** an **Sie** bezahlt?

Kurt Schmied: Sie meinen eine Garantie, dass ich das Geld überwiesen bekomme? (**Abg. Amon:** Ja!) – Keine.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das würde ja jedem ordentlichen Kaufmann eigenartig vorkommen.

Kurt Schmied: Ich meine, normalerweise, bei großen Inseraten, das war auch zum Beispiel mit dem Parlamentsklub so, als kleine Agentur kann man es sich nicht leisten, Inserate zu schalten, wenn man vorher nicht das Geld bekommt. Das ist bei jedem Kunden so.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich verstehe das sehr gut. Darum erscheint es mir ja sehr eigenartig, dass Sie bei einem Mega-Auftrag, den Ihnen der Herr Wittauer erteilt, der in keiner besonderen Funktion Ihnen gegenübergetreten ist, sondern nur als Tiroler und Ihnen sagt, Sie schicken die Rechnung an einen Dritten, dass Sie da nicht nachfragen, dass Sie da keinerlei Garantie verlangen. Das ist doch nicht sehr glaubwürdig.

Kurt Schmied: Die Garantie hat insofern bestanden, dass das Geld ja überwiesen wurde und ich erst meine Rechnungen bezahlt habe, nachdem das Geld da war. Das war meine Garantie.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es im gesamten Wahlkampf ein Corporate Design?

Kurt Schmied: Es gab eines, natürlich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, alle Landesgruppen haben sich in dasselbe Design eingeordnet?

Kurt Schmied: Nein, nicht unbedingt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also gab es jetzt ein Corporate Design oder nicht?

Kurt Schmied: Na ja, Sie wissen ja, es gibt etwas, und nicht alle halten sich daran. Ich habe nicht jedes Land gemacht. Es gibt Länder, die haben eigene Agenturen beschäftigt. Und wenn wir etwas vorgeben, heißt das noch lange nicht, dass es auch übernommen wird.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe dann noch eine Frage, weil Sie in Ihrer Einvernahme, mit der auch der Herr Eccher konfrontiert wurde ... – Ich will das exakt machen. Und zwar war das am 13. August 2011, da wird dem Herrn Eccher ein Vorhalt gemacht aus Ihrer Aussage, die ich zitiere. Da heißt es:

Ein Angebot Nummer 0710 beziehungsweise 0802 ist komplett erfunden und hat keinen realen Hintergrund, ebenso die zwei dazugehörigen Rechnungen. – Zitatende.

Können Sie uns dazu etwas sagen?

Kurt Schmied: Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht. Das sind ja diese Telekomrechnungen, oder?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, genau.

Kurt Schmied: Und wo ist jetzt Ihre Frage noch einmal?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ob diese Aussage stimmt, die Sie hier gemacht haben.

Kurt Schmied: Das haben wir heute ich weiß nicht wie oft schon besprochen, oder? Die Vorlage der Rechnung ist ja von der Telekom gekommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich möchte von Ihnen nicht wissen, wie oft wir es besprochen haben, sondern, ob der Vorhalt richtig ist, ob Sie das gesagt haben.

Kurt Schmied: Ich habe gesagt, dass die Rechnung ... – Ja!

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Waren das Mehrwertsteuerrechnungen, die Sie an die Telekom gerichtet haben?

Kurt Schmied: Das waren Mehrwertsteuerrechnungen, natürlich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und Sie sagen hier aus, dass diese Rechnungen keinen realen Hintergrund haben?

Kurt Schmied: Nicht in Bezug auf die Telekom, in Bezug auf den Wahlkampf.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wenn die Telekom nämlich hier einen Vorsteuerabzug gemacht hat, ist das ein Steuerbetrug.

Ist Ihnen klar, dass Sie dann eine Beihilfe zu einem Steuerbetrag geleistet haben?

Kurt Schmied: Was soll ich jetzt sagen drauf? Das ist mir nicht bewusst.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Schmied! Um ein bisschen zu dem auch zurückzukommen, nämlich auf das Wesentliche, es geht uns ja hier auch nicht darum, was Steuerbetrug bedeutet, das haben ja andere Behörden oder Institutionen zu klären, was jetzt Betrug ist oder was jetzt auf einmal Erpressung ist oder Ähnliches. Das betrifft alles eine strafrechtliche beziehungsweise finanzstrafrechtliche Komponente.

Uns geht es hier um politische Verantwortlichkeiten, insbesondere auch parteipolitische Verantwortlichkeiten, die hier im Umkreis von Wahlkämpfen oder Ähnlichem in Bezug auf staatsnahe Unternehmen stattgefunden haben.

Ist es richtig, Sie haben brutto 720 000 € von der Telekom aufgrund zweier Scheinrechnungen bekommen?

Kurt Schmied: Wir haben die Rechnungen, die Vorlagen der Telekom bekommen, und es wurde überwiesen, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber Sie haben selbst ja offenmütig zugegeben, die Leistung, die in der Rechnung und auch im Angebot gestanden ist, haben Sie tatsächlich nicht erbracht. (**Kurt Schmied:** Nein!) – Und dann hat es noch gegeben ungefähr 200 000 € brutto, die von dieser Frau Haslinger an Sie überwiesen wurden, von der Werbefirma Haslinger & Keck. – Ist das richtig?

Kurt Schmied: Haslinger & Keck stimmt nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Von wem sind diese 200 000 €.

Kurt Schmied: Von der Frau Haslinger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur von der Frau Haslinger persönlich?

Kurt Schmied: Weiß ich nicht, ob es persönlich ist, aber nicht Haslinger & Keck.

(*Obfraustellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, aber Sie haben jedenfalls ein Budget gehabt von brutto ungefähr 920 000 €, wo Sie gesagt haben, das haben Sie – Sie haben es in Ihren eigenen Worten gesagt –, das haben Sie abgearbeitet. (**Kurt Schmied:** Genau!) – Wer war der wirtschaftliche Nutznießer dieser 920 000 € als Ihr Auftraggeber?

Kurt Schmied: Das war der Wahlkampf. Wir haben den Wahlkampf dafür gemacht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Der Wahlkampf, das ist für mich niemand, den ich angreifen kann: weder als juristische Person noch als natürliche Person.

Wer ist der **wirtschaftliche Nutznießer** dieses Geldes gewesen? Sie haben ja Leistungen erbracht.

Kurt Schmied: Also ehrlicherweise, ich verstehe Ihre Frage nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wem ist diese Arbeit, die Sie geleistet haben um dieses Geld, zugutegekommen?

Kurt Schmied: Es gibt ja nicht eine Person, der das zugutegekommen ist. Das war der Wahlkampf, der damit gemacht wurde. Ich verstehe das nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wessen Wahlkampf?

Kurt Schmied: Des BZÖ.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Des BZÖ.

Haben Sie da irgendeine Unterscheidung getroffen: Bundes-BZÖ, Landes-BZÖ oder Ähnliches? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Oder der Wahlkampf eines Herrn Wittauer. (**Kurt Schmied:** Nein!) – Haben Sie auch tatsächlich Leistungen erbracht, die auf Bundesebene zur Geltung gekommen sind, die auf verschiedener Länderebene zur Geltung gekommen sind? Ich denke da vor allem an diesen handschriftlichen Vermerk, wo Sie gesagt haben: Bund 200 000, Wien 200 000.

Kurt Schmied: Noch einmal: Mein handschriftlicher Vermerk war dazu da, auch für mich, damit ich eine Größenordnung habe, welche Inserate, welche Plakate gemacht werden können, ein Teil für die Steiermark, ein Teil für Wien. Für mich ist ja das nicht relevant, welches Land ist. Nur dass nicht ein Land zu viel bestellt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, verstehe ich schon. Aber wer hat Ihnen denn diesen Rahmen vorgegeben?

Kurt Schmied: Herr Wittauer.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Wittauer hat Ihnen direkt gesagt: Du hast jetzt 920 000 € insgesamt zur Verfügung (**Kurt Schmied:** Genau!), davon diese Tranche dafür, diese, diese, diese, diese. Ungefähr, das wird ja nicht auf den Cent genau gewesen sein.

Kurt Schmied: Ja, genau, eine Größenordnung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ihre ungefähre Größenordnung haben Sie ausschließlich von Herrn Wittauer bekommen.

Kurt Schmied: Von Herrn Wittauer, genau.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie von Fototerminen, über verschiedene Sachen gesprochen. Ich glaube, es ist auch nicht die Frage der politischen Verantwortung, welchen Orange-Ton Sie gefunden haben oder Ähnliches, das ist uns eigentlich völlig egal.

Mich würde viel mehr interessieren: Haben Sie Wahrnehmungen gemacht, dass außer dem Herrn Wittauer auch andere Personen in dem Wahlkampf gewusst haben, das Geld, das da bei Ihnen drinnen steckt, kommt von der Telekom? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Herr Wittauer war der Einzige, der Ihnen das gesagt hat? (**Kurt Schmied:** Ja!) – Haben Sie das von der Frau Haslinger in irgendeiner Form erfahren, dass das Geld von der Telekom kommt? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Wie hat sich die Kontaktaufnahme mit Frau Haslinger abgespielt? Sie können ja wahrscheinlich nicht aus heiterem Himmel eine Frau Haslinger anschreiben und sagen: Bitte überweisen Sie mir 200 000 €! Da muss es ja vorher Gespräche oder Kontakte gegeben haben.

Kurt Schmied: Es hat keine Gespräche gegeben. Es hat, soweit ich mich erinnern kann, vielleicht ein kurzes Telefonat gegeben – wenn überhaupt, da bin ich mir nicht sicher –, und dann hat es gegeben, glaube ich, drei E-Mails. Und das war's.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber wer hat Sie auf die Fährte von der Frau Haslinger gebracht, dass dort Geld für Sie ist? Das muss ja von irgendwoher kommen.

Kurt Schmied: Auf keine Fährte. Der Herr Wittauer hat gesagt, es gibt eine Budgetreserve über die Frau Haslinger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Der Herr Wittauer hat gesagt: Es gibt Geld bei der Frau Haslinger, eine Budgetreserve, nimm Kontakt auf mit der Frau Haslinger, diese E-Mail Adresse, und lass dir die 200 000 überweisen!? Verkürzt.

Kurt Schmied: So ähnlich.

(Obfrau Dr. **Moser** übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie von diesen Beträgen, diesen abzuarbeitenden brutto 920 000 €, auch Gelder überwiesen – mit welchen Begründungen auch immer – zum Beispiel an die Orange-Werbeagentur? (**Kurt Schmied:** Ja!) – Warum haben Sie das überwiesen?

Kurt Schmied: Weil eine Rechnung von der Orange gekommen ist für den Wahlkampf.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also, wenn die Orange eine Leistung auch für Sie quasi als Subunternehmer erbracht hat, haben Sie das überwiesen? (**Kurt Schmied:** Natürlich!) – Zu diesen Leistungen. Wir haben zuerst schon gehört, was man bei der Telekom für Leistungen hineinschreiben kann, und die sind nicht erbracht worden.

Die Orange hat konkrete Leistungen für Sie erbracht? Das haben Sie nachgeprüft, auch von der Größenordnung, vom Wert her?

Kurt Schmied: Die Orange war ja für den Wahlkampf zuständig, das war ja die führende Agentur des Wahlkampfes.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, jetzt ist es aber so: Sie bekommen eine Rechnung gestellt von der Firma Orange: Wir haben 100 000 Setkarten drucken lassen, bitte zahle das! – Haben Sie das überprüft, ob diese 100 000 Setkarten gedruckt wurden?

Kurt Schmied: Ich habe sie persönlich nicht abgezählt, aber ich habe ja die Druckereien, ich wusste ja, was in Auftrag gegeben wurde. Aber ob das jetzt 100 000 Setkarten waren oder 90 000, das habe ich nicht kontrolliert. Aber ich wusste, dass der Auftrag an Setkarten abzuarbeiten ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nun zu einer anderen Detailrechnung, es ist schon angesprochen gewesen. Der nunmehrige Ex-Abgeordnete Wittauer hat auf Grundstücken Werbeflächen angeboten. Wir haben vom Kollegen der SPÖ gehört, er würde das auch kostenlos zur Verfügung stellen. – Wir werden uns wahrscheinlich bei Ihnen auch melden.

Die Frage ist jetzt: Haben Sie überprüft, ob beim Herrn Wittauer tatsächlich, ob dort Werbeflächen aufgestellt waren: ja oder nein?

Kurt Schmied: Ich persönlich nicht. Ich habe die Plakate in Auftrag gegeben, aber ich habe sie ja nicht aufgestellt. Aber bei der Menge, bei tausenden Plakatflächen, die gebucht werden, ist das ja gar nicht möglich, das von meiner Seite zu kontrollieren.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie einen ungefähren Richtwert, wie viel eine Plakatfläche kostet am Markt?

Kurt Schmied: Damals ungefähr ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ungefähr. Wie viel kostet eine Plakatfläche in einem ...?

Kurt Schmied: Die kann 2 500 € auch kosten im Monat, das kommt auf die Frequenz an. Da gibt es viele Möglichkeiten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aber konkret kontrolliert, ob sie tatsächlich gestanden sind und wie viele gestanden sind, das haben Sie nicht gemacht?

Kurt Schmied: Das war nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wessen Aufgabe wäre das gewesen?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht. Nicht meine.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen eine Beschuldigten-Vernehmung von Arno Eccher vom August 2011 vor, in der Arno Eccher sagt bezüglich Aufträgen an Schmied & Schmied – Zitat –:

Wenn es sich aber um spezifische Bundesländeraufträge gehandelt hatte, dann vergab diese mit Sicherheit **nicht ich** – gemeint ist mit „nicht ich“ in meiner Funktion als Orange-Geschäftsführer oder BZÖ-Bundesgeschäftsführer –, sondern die erwähnten Bundesländer. Es ist mir wichtig, anzumerken, dass, wenn es solche Aufträge gab – nämlich an Sie –,

diese aus den Bundesländern kamen und auch selbst zu bezahlen waren. – Zitatende.

Sind diese Angaben des Herrn Arno Eccher korrekt?

Und in diesem Zusammenhang die zweite Frage: Ist es korrekt, dass Sie auf Bundesebene eigentlich ausschließlich oder vordringlich für die graphischen Dinge zuständig waren, für die Erarbeitung von Slogans, für Flyer – und weniger für Organisation, sondern Sie vielmehr organisatorische Aufgaben erst in weiterer Folge für spezifische Bundesländer wie zum Beispiel Tirol übernommen haben, aber auf Bundesebene hauptsächlich als Graphikagentur tätig waren?

Kurt Schmied: Das ist richtig. Für die Bundesgeschichte waren wir gebucht für graphische Gestaltung, Event-Vorbereitung, Bühnengestaltung draußen, Ausrüstung und solche Dinge.

Konkret zum Beispiel Tirol: Die haben das wahrscheinlich autonom bestellt. Und wir waren mit unserer Arbeit auch nur ein Teil des ganzen Wahlkampfes. Da wurde ja viel mehr gemacht. Man darf ja das nicht so sehen, dass wir die Einzigsten waren, die in dem Wahlkampf gearbeitet haben. Da haben ja viele andere Firmen mitgearbeitet. Ob irgendein Land noch woanders Sachen bestellt hat, das entzieht sich natürlich meiner Kenntnis, aber die Länder haben autonom bei uns in Auftrag gegeben, natürlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist wichtig, festzuhalten, dass die Länder, wie Sie jetzt ausgesagt haben, Ihnen autonom Aufträge gegeben haben. Das muss auch der Herr Rabl zur Kenntnis nehmen, wenn er lacht.

Nächste Frage dazu: In den Aussagen kommt immer wieder in Sachen Telekom-Gelder vor, dass es intern immer wieder geheißen hat: das Geld vom Klaus, das Geld vom Klaus, das Geld vom Klaus.

Können Sie bestätigen, dass man intern im Rahmen der Besprechungen immer vom „Geld vom Klaus“ gesprochen hat? Oder hat man immer dezidiert „die Telekom-Gelder“ gesagt? Wie hat sich das intern abgespielt?

Kurt Schmied: Das Wort „Telekom-Gelder“ hat es nicht gegeben. Es wurde nicht darüber diskutiert, nie, das war kein Thema, weil das war einfach Wahlkampfbudget, das abgearbeitet wird. Noch einmal: Das war nicht das Telekom-Geld.

In Bezug auf Tirol gibt es ein paar E-Mails, wo der Herr Phleps vom „Geld vom Klaus“ spricht, das stimmt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist eigentlich immer vom „Geld vom Klaus“ gesprochen worden und nie von „Telekom-Geldern“?

Kurt Schmied: In Bezug auf Tirol ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das bestätigen: Aus Einvernahmen des Herrn Phleps und des Herrn Pöchinger geht hervor, dass Klaus Wittauer streng darauf geachtet hat, dass niemand erfährt, woher er dieses Geld organisiert hat. Hat Herr Wittauer da auf strenge Vertraulichkeit Wert gelegt auch Ihnen gegenüber, was die Telekom-Gelder betrifft oder nicht?

Kurt Schmied: Mir gegenüber hat es solche Gespräche nicht gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen vor aus Ihrer Einvernahme vom 9. August 2011, da sagen Sie, dass im Zusammenhang mit diesen zwei Rechnungen an die Telekom von Ihnen eine der folgenden drei Personen an Sie herangetreten ist, im August 2006 Rechnungen an die Telekom zu stellen. Sie nennen hier die Namen Wittauer, Gebauer und Eccher.

Können Sie uns sagen, wer von diesen drei Personen das konkret gewesen ist?

Kurt Schmied: Das habe ich schon gesagt, das war der Herr Wittauer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist mir wichtig, das noch einmal festzuhalten: Das war der Herr Wittauer. Der Herr Wittauer war Kandidat im Bundesland Tirol. Nichts gegen das „heilige Land Tirol“, aber es steht halt so in den Akten. Tirol kann nichts dafür; der Herr Wittauer wahrscheinlich schon. Sie können meiner Meinung nach auch nichts dafür, aber der Herr Wittauer wird uns einiges zu erklären haben.

Sie geben da in Bezug auf die Telekom-Gelder an – ich zitiere –:

Darum vereinbarten wir, dass die Telekom den Betrag an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH zahlt und wir im Gegenzug den Wahlkampf für das Bundesland Tirol in Bezug auf die Wahl 2006 machen. Ich möchte nochmals erklären, man kann sagen, dass die 600 000 € ein Wahlkampfbudget für den BZÖ-Wahlkampf *in Tirol* waren. – Zitatende.

Da frage ich Sie noch einmal konkret: Bleiben Sie bei diesen Angaben aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung, dass diese 600 000 €, organisiert von Herrn Wittauer, autonom, wie Sie gesagt haben, für seinen Klaus-Wittauer-Wahlkampf des BZÖ in Tirol verwendet wurden?

Kurt Schmied: Es wurde hauptsächlich für Tirol verwendet, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Frage noch zum Verhältnis zur Orange-Werbeagentur. Sie waren eigentlich Subunternehmer und haben Aufträge seitens des BZÖ abgewickelt, vor allem im graphischen Bereich, ist das korrekt?

Kurt Schmied: Das ist korrekt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viele Mitarbeiter hat die Orange in Wahlkampfzeiten zirka gehabt?

Kurt Schmied: Wie viele Mitarbeiter die Orange gehabt hat, kann ich überhaupt nicht beurteilen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es aber korrekt, dass die Orange-Werbeagentur die BZÖ-Hauptagentur für den Wahlkampf war und an Sie Subaufträge seitens der Orange ...?

Kurt Schmied: Für mich schon, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben dann wieder vor allem organisatorische Dinge an die Orange-Werbeagentur abgetreten, die auch für Sie

organisatorische Maßnahmen durchgeführt hat, die Sie auch gegenüber der Orange verrechnet haben?

Kurt Schmied: Ja, das war alles, was halt im Wahlkampf zu tun war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, diesen Zahlungsflüssen, die es gibt, den Fakturen, den Rechnungen, die die Agentur Schmied an die Orange gestellt hat beziehungsweise die Orange an die Agentur Schmied, stehen immer konkrete Wahlkampf-Gegenleistungen gegenüber?

Kurt Schmied: Es ist ja ausschließlich um den Wahlkampf gegangen, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist mir nur wichtig, festzuhalten, dass es da auch immer Gegenleistungen gegeben hat. Das ist auch für Sie steuerrechtlich wichtig, wenn ich das für Sie festhalten darf.

War Hubert Gorbach in irgendeiner Form in diesen Wahlkampf involviert?

Kurt Schmied: Nein, ich habe nichts zu tun gehabt mit Herrn Gorbach.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nie gesehen, bei keiner Sitzung dabei?

Kurt Schmied: Na gesehen? Bei einer Veranstaltung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber er war bei keiner Sitzung dabei?

Kurt Schmied: Bei keiner Sitzung, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals das Wort „Universaldienstverordnung“ irgendwo im BZÖ gehört, von einem Herrn Wittauer, von einem Herrn Eccher, von wem auch immer?

Kurt Schmied: Nein, kein einziges Mal.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dieser Vorwurf war Ihnen bis zur Einvernahme nie bekannt, dass es ...?

Kurt Schmied: Nein.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte für das Protokoll eine Richtigstellung anbringen: Aus dem Rahmenvertrag oder der Auftragsvereinbarung geht klar hervor, dass das BZÖ, der Freiheitliche Parlamentsklub-BZÖ und die Agentur Schmied als Auftraggeber fungiert haben und die Orange als Auftragnehmer. So weit zur Klarstellung zu dem nicht korrekten Vorhalt.Kollege Rosenkranz, ich kann Sie beruhigen, das gilt natürlich für meinen eigenen Wahlkampf, aber das haben Sie ja auch so angenommen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*)

Ich möchte aber zu dieser Wittauer-Rechnung zurückkommen. Es ist auch in der Einvernahme des damaligen BZÖ-Abgeordneten Wittauer nicht ganz erklärlich, wie er zu dem Betrag kommt. Und er antwortet hier – ich zitiere aus der Beschuldigten-Vernehmung von Ihnen, vom 30. November 2011 -:

Ich zählte in Gedanken einfach alle benutzten Grundstücke zusammen, und erstellte einen Gesamtbetrag. – Zitatende.

Kurt Schmied: Das hat Herr Wittauer gesagt, meinen Sie.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das hat Herr Wittauer gesagt.

Frage des Staatsanwaltes: Wie kommen Sie dann auf einen Gesamtbetrag von 20 319,47 €? – Antwort Wittauer: Es wird einfach eine Grundlage dazu gegeben haben, dazu müsste man nachschauen.

Also da war es ihm nicht bewusst, und dann kann er sich offensichtlich doch erinnern – ich zitiere –:

Ich habe dafür eine Mischung aus zwei Dingen: den Verkehrswert und den Ertragswert. Diese Mischung aus beiden ergibt den Vertragswert.

Und dann kommt er auf so etwas. Ich meine, Verkehrswert und Ertragswert sind Methoden, wie man Unternehmen beispielsweise bewertet.

Gab es einen Vertrag zwischen Wittauer für die Zurverfügungstellung des Grundstückes für Werbezwecke?

Kurt Schmied: Mit wem? Mit mir?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Mit Ihnen, ja.

Kurt Schmied: Mit mir hat es keinen Vertrag gegeben. Für mich gibt es diese eine Rechnung für die Zurverfügungstellung der Grundstücke. Das ist ... Und für mich ist es ... Ob ein Inserat in einer Zeitung 3 420 € kostet oder 3 425 €, ist Sache der Zeitung, oder des Grundstücksbesitzers, und nicht meine. Aber es hat ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Nachdem aber der Betrag so auf Cent (**Kurt Schmied:** Ja, das müssen Sie den Herrn Wittauer fragen, ich weiß es es nicht!) berechnet wurde, könnte das ein offener Posten sein, ein Betrag, der aus der Budgetreserve noch übrig ist?

Kurt Schmied: Weiß ich nicht, aber für mich ist das eine Rechnung wie viele, die zu bezahlen war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): War es für Sie nicht eigenartig, dass diese Verrechnung erst im Dezember erfolgte? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Wann war denn üblicherweise die Abrechnung? Die Nationalratswahl war Ende September 2006.

Kurt Schmied: Ja, Abrechnungen gibt es. Wenn jemand noch nicht abgerechnet hat, dann hat er nicht abgerechnet. Das kann ja ich nicht beeinflussen. Ich renne ja nicht jedem nach und sage: Mach endlich die Abrechnung!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber wenn Sie auch Dienstleister für einen anderen sind und auch Rechnungen für einen anderen begleichen – in diesem Fall für das BZÖ –, haben Sie mit Ihren Auftraggebern die Rechnungen, die bei Ihnen eingelangt sind, abgestimmt. Wer hat denn die sachliche Richtigkeit überprüft?

Kurt Schmied: Die sachliche Richtigkeit? Sie meinen ... Welche sachliche Richtigkeit meinen Sie?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Na, ob tatsächlich all das, was in der Rechnung drinnen gestanden ist, auch geleistet wurde.

Kurt Schmied: Also die Inserate, die ich gemacht habe, weiß ich ja, welche ich gestaltet habe. Das meiste ist ja von mir gekommen. Ich habe ja die Gestaltung dazu gemacht, und wenn ich jetzt in irgendeiner Tageszeitung – ich weiß nicht, in der „Tiroler Tageszeitung“ – ein Inserat schalte, eine Viertelseite, dann weiß ich, dass ich es gemacht habe. Ich habe ja dann die meisten Sachen auch hingeschickt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Im Konkreten, die Rechnung Wittauer: Wie hat da ...

Kurt Schmied: Ich habe mit Plakatflächen nichts zu tun gehabt. Es war nicht meine Aufgabe, Plakatflächen zu zählen – oder zu kontrollieren, ob die Plakate auch wirklich dort stehen. Das war nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber von wem ist die Rechnung beglichen worden?

Kurt Schmied: Von mir, weil sie ja Bestandteil des Wahlkampfes war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber Sie konnten keine sachliche Richtigkeit überprüfen? Sie haben im Vertrauen, dass Wittauer ein ehrlicher Bursche ist, die Rechnung bezahlt?

Kurt Schmied: Ja, natürlich.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay, gut. Dann kommen wir zu einer zweiten Rechnung. In der gleichen Einvernahme wird Ihnen vorgehalten: Eingangsrechnung der Mediaprint Zeitungs- und Zeitschriftenverlag Ges. m. b. H., eine Rechnung im Ausmaß von 24 500 €. – Können Sie sich erinnern?

Kurt Schmied: Es hat so viele von der Mediaprint gegeben. Die konkrete ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich lese Ihnen Ihre Antwort vor – Zitat –:

Üblicherweise, wenn keine Zahlung aus der Buchhaltung des Unternehmens im zeitlichen Nahebereich zum Eingang der Rechnung hervorgeht, wie dies auch vom Sachverständigen-Team bislang festgestellt wurde, dann heißt das aus meiner Sicht, dass diese Rechnungen auch nicht wirklich bezahlt wurden. – Zitatende.

Kurt Schmied: Sie meinen von meinem Unternehmen?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja. (*Kurt Schmied: Okay!*) – Verwunderlich daran ist, dass gerade die Mediaprint offene Rechnungsbeträge sehr rasch einmahnt, und deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass diese Rechnungen, wenn tatsächlich Inserate geschaltet wurden und dementsprechend Leistungen vorhanden waren, unbezahlt blieben. Das müsste sich eigentlich leicht über die Mediaprint herausfinden lassen, ob da tatsächlich gezahlt wurde oder nicht.

Sie führen dann weiter aus – ich zitiere :

Üblicherweise vermerke ich auf den Eingangsrechnungen sofort bei Zahlung, zum Beispiel Überweisung per Online-Banking, dass eine Zahlung erfolgt ist. Einen solchen Vermerk würde ich auf den vorgehaltenen Rechnungen der Mediaprint allerdings nicht sehen. Wenn diese Bereinigung, wie sie im Jahr 2008 vorgehalten wird, vom Steuerberater vorgenommen wurde, so wird es entsprechende Gründe geben, über die ich jetzt allerdings aus dem Stegreif keine Erinnerung habe. Hier ist sicher zielführend, auch bei der beauftragten Steuerberatung nachzufragen, warum diese Buchung in dieser Form vorgenommen wurde. – Zitatende.

Kurt Schmied: Wo ist jetzt die Frage?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Können Sie erklären, warum diese Rechnung nicht bezahlt wurde, warum die nicht über Ihren Tisch gegangen ist, und warum die dann im Jahr 2008 irgendwie beglichen wurde?

Kurt Schmied: Vielleicht war sie nicht gerechtfertigt; ich weiß es nicht. Alle Rechnungen, die ich bezahlt habe – so wie Sie richtig sagen –, werden von mir persönlich ... Da gibt es einen Vermerk drauf. Und wenn es eine Rechnung gibt, die keinen Vermerk von mir hat, dann wird es nicht meine Rechnung sein, dann bin ich nicht zuständig dafür.

Aber ich verstehet jetzt Ihre Frage nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Haben Sie überprüft, ob diese Rechnung sachlich richtig ist?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht, ob diese Rechnung ... Sie fragen mich da jetzt, da muss ich selbst nachschauen. Aber wenn kein Vermerk von mir drauf ist, habe ich sie auch nicht überwiesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte Ihnen vor: ein E-Mail von Florian Phleps – den haben wir schon mehrere Male besprochen –, Büro des Vizekanzlers Gorbach, Montag, 2. Oktober 2006 – also am Tag nach der Nationalratswahl –; Betreff: Detailabrechnung Tirol.

Ich zitiere: Kannst du mir bitte eine Detailabrechnung unserer über dich verrechneten Leistungen schicken? Sind wir bei 300 000 angelangt? Nach meiner Rechnung noch nicht. Wir werden auf jeden Fall die 300 000 Budget vom Klaus bei dir ausnützen. – Zitatende.

So, 300 000 **Budget vom Klaus:** Durch alle Vernehmungen zieht sich durch, dass die Gelder, die von der **Telekom** kommen, immer als die „**Gelder vom Klaus**“ bezeichnet werden, die 720 000 brutto – ist gleich 600 000 netto.

Ich halte Ihnen außerdem vor: Mail von Florian Phleps – dieses Mal bmvit.gv.at – an Kurt Schmied, 10. Oktober 2006:

Hallo Kurt! Super, danke. Mir ist nur aufgefallen, dass ein Betrag von 250 000 Nettobudget angegeben ist. Der Klaus Wittauer hat für Tirol aber 300 000 netto zur Verfügung gestellt. Auch dein Honorar geht mir in der Aufstellung noch ab. – Zitatende.

Damit ist einmal eines klar: 300 000 von den Wittauer-Telekom-Geldern waren für Tirol bestimmt, 300 000 – und das geht auch aus den Orange-Rechnungen ziemlich deutlich hervor – waren für das Bundes-BZÖ bestimmt.

Jetzt ist die nächste Frage, und die ist sehr wichtig. Wir sind ja schon sehr weit. Wir haben jetzt bereits aus Ihrer Befragung und den Unterlagen: Wittauer kommt zu Ihnen, sagt, da gäbe es Geld von der Telekom. Es meldet sich Herr Krenn von der Telekom, schickt Ihnen Entwürfe für rückdatierte Scheinangebote. Sie schicken die beiden rückdatierten Scheinangebote wunschgemäß an die Telekom. Die Telekom bezahlt später, und das Geld fließt, wie Sie gesagt haben, in den BZÖ-Wahlkampf, wie wir inzwischen wissen, aus den Phleps-Mails, zur Hälfte in den Tiroler Wahlkampf, zur Hälfte in den Bundeswahlkampf.

Sie sagen, für die Telekom haben Sie keine Leistungen erbracht. Es stimmt, Sie haben einzelne Wahlkampfleistungen für das BZÖ erbracht.

Haben Sie Wahlkampfleistungen für das BZÖ in der Höhe von 720 000 € brutto erbracht?

Kurt Schmied: Also wir haben das Wahlkampfbudget so abgearbeitet, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich sage Ihnen, wie es war: Wir haben da die Orange-Rechnungen, ich erspare mir jetzt, das im Detail zu zitieren.

Sie haben zwei Rechnungen gelegt, und zwar in der Größenordnung von etwa 60 000 € haben Sie dann Leistungen der Firma Orange abgerechnet, aber der Großteil des Geldes ... – Das Geld ist zuerst einmal an Orange gegangen. Sie haben natürlich die Provision abgezogen, wie sich das gehört.

So, jetzt kommt ein entscheidender Punkt, den wir noch nicht befragt haben: Wenn die Telekom dem BZÖ und seiner – in BZÖ-Eigentum stehenden – Agentur Orange Geld

zukommen lassen will, 720 000 € brutto, wozu braucht man dann dazwischengeschaltet, die Werbeagentur Schmied? – Dazu sind Sie ja vernommen worden.

Ich zitiere jetzt aus Ihrer Einvernahme vom 9. August 2011. Sie sagen da:

Ich kenne diese Rechnungen.

Das sind diese beiden Rechnungen, die wir jetzt schon mehrmals besprochen haben.

Ich zitiere Sie weiter –:

Ein Angebot Nr. 0710 beziehungsweise 0802 ist komplett erfunden und hat keinen realen Hintergrund. Ebenso die zwei dazugehörenden Rechnungen.

Und jetzt: Die Rechnungen und Angebote stammen aus einem Gefallen, den unsere Firma Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH letztlich der Partei BZÖ machte, weil eine der drei Personen –

da geht es um Herrn Eccher, Herrn Gebauer und Herrn Wittauer, wie Sie später ausführen –

meinte, das BZÖ beziehungsweise die Orange kann das nicht selber machen.

Und dann sagen Sie weiter in dieser Einvernahme: Er trat –

das ist offensichtlich Wittauer –

irgendwann im August 2006 an mich heran und vereinbarte mit mir, dass ich Rechnungen an die Telekom stellen sollte, wobei der Geldbetrag eigentlich für das BZÖ bestimmt war. Das BZÖ konnte den Auftrag nur nicht direkt selbst oder über die Werbeagentur Orange abwickeln.

Jetzt gehe ich davon aus, dass Sie zu dieser Aussage stehen. Ich frage Sie: Woher haben Sie gewusst, dass das BZÖ, wie Sie selbst formuliert haben, den Auftrag nicht selbst oder über die Werbeagentur Orange abwickeln konnte? Warum konnte das das BZÖ nicht?

Kurt Schmied: Das weiß ich ja nicht, woher, deswegen hat es ja Herr Wittauer gesagt. Ich habe ja keine Ahnung, warum das nicht abgewickelt werden konnte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Ihnen gesagt, dass der Auftrag vom BZÖ nicht direkt über das BZÖ oder über die Werbeagentur Orange abgewickelt ...

Kurt Schmied: Noch einmal: Den einzigen Kontakt, den ich gehabt habe, war Herr Wittauer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Ihnen Herr Wittauer gesagt, dass das nicht über das BZÖ oder über Orange direkt abgewickelt ...

Kurt Schmied: Das hat Herr Wittauer gesagt, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das hat Herr Wittauer gesagt. Das ist ein entscheidender Punkt, weil wir die ganze Zeit nicht nur über mögliche illegale Parteienfinanzierung reden, sondern wir reden auch über Spendenwäsche, über die Verschleierung einer Spende.

Und der entscheidende Punkt, wo ich versuche, mit Ihnen gemeinsam draufzukommen, ist: Wie hat die Verschleierung funktioniert? – Wissen wir jetzt. Wer wollte die Verschleierung? – Wissen wir jetzt auch: der damalige BZÖ-Abgeordnete Wittauer. Und warum wollte er diese Verschleierung? – Da können Sie uns offensichtlich keine Auskunft geben. Das Motiv des Herrn Wittauer? – Lassen wir es

bei diesem Punkt. Herr Wittauer wird irgendwann aus Südafrika zurückkommen, dann können wir ihn ja selber fragen.

Nächster Punkt: Seit wann kennen Sie Gernot Rumpold?

Kurt Schmied: Herrn Rumpold kenne ich – würde ich sagen, weiß ich nicht – seit 1995, schätze ich, 1994 vielleicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde sagen 1994. Kennen Sie Herrn Rumpold aus der Werbeagentur blue connection?

Kurt Schmied: Na ja, ich kenne Herrn Rumpold persönlich. Aus welchen seiner Firmen ... Er hat ja viele Firmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte die Rumpold-Geschichte mit Ihnen sehr detailliert durchgehen, weil sie meiner Meinung nach überhaupt die Schlüsselgeschichte zur Erklärung dieses ganzen Bereiches ist. (**Kurt Schmied:** Ja!) – Haben Sie mit Herrn Rumpold 1994 in der blue connection Werbeagentur der FPÖ zusammengearbeitet? (**Abg. Petzner:** ... Zusatzfragen haben wir denn da heute?)

Kurt Schmied: Ich verstehe das jetzt nicht. Natürlich habe ich für die FPÖ gearbeitet, 1994, mit dem Herrn Rumpold, aber ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir geht es um die Zusammenarbeit mit dem Herrn Rumpold. Wir kommen dann auf den Schaltplan Telekom zu sprechen, Zusammenhang 100%Communications und so weiter – alles im Zusammenhang mit diesem Beweisthema.

Mir geht es nur um die gemeinsame geschäftliche und Werbegeschichte zwischen Ihnen und dem Herrn Rumpold: Das hat also etwa 1994 begonnen? (**Kurt Schmied:** Ungefähr, ja!) – Ja. Dann sagen Sie in einer Aussage – ich kann es Ihnen, wenn Sie wollen, dann auch vorhalten –, dass Sie in dieser Zeit Wahlkämpfe für die FPÖ geführt haben. (**Kurt Schmied:** Genau!) – Um welche Wahlkämpfe handelt es sich da?

Kurt Schmied: Bunt gemischt: Landtagswahlkämpfe, Nationalratswahlkämpfe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie einzelne dieser Wahlkämpfe anführen?

Kurt Schmied: Das waren so viele. Suchen Sie es sich aus! Das waren so viele. (**Abg. Petzner:** ... nicht vom Untersuchungsgegenstand umfasst ...)!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht schlicht und einfach ... (**Abg. Petzner:** Diese Fragen sind nicht vom Untersuchungsgegenstand umfasst, bitte!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir haben für die Zusatzfragen von der Zahl her und von der Zeit her kein Reglement getroffen. Wir können das natürlich enger handhaben. Wir haben sowieso eine Fraktionssitzung. Ich würde ersuchen, dass wir diesen Sachbereich zu Ende führen, damit die anderen Abgeordneten zu ihren Zusatzfragen kommen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende! Ich darf schon darum ersuchen, dass wir bei dem Untersuchungsgegenstand 1.f bleiben. Ich ersuche Herrn Pilz, sich noch einmal den Untersuchungsgegenstand anzuschauen. Es geht hier um die Frage der Erarbeitung von Gesetzen und

Verordnungen und im Gegenzug Gegenleistungen durch Zahlungen von der Telekom in der Ära Schwarz-Blau und Schwarz-Blau-Orange und was auch immer.

Herr Pilz landet jetzt in den neunziger Jahren, als die Haider-Partei Oppositionspartei war. Das heißt, das hat überhaupt nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun. Die letzten drei gestellten Fragen sind unzulässig, weil sie vom Untersuchungsgegenstand nicht umfasst sind, und ich bitte, das auch festzuhalten und solche Fragen nicht zuzulassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, kann ich fortsetzen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte kommen Sie zum Gegenstand zurück; wir schließen dann die Zusatzfragerunde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde dann meine Befragung schließen – laut Geschäftsordnung –, wenn ich alles zum Komplex Rumpold/Schmied gefragt habe. Ich kündige gleich an, das wird mindestens 20 Minuten dauern. Wir können gerne unter den Fraktionsführern besprechen, ob wir dazu eine neuerliche Ladung brauchen. Ich bin eher dafür, dass wir die Zeit, die uns Ex-Abgeordneter Wittauer geschenkt hat, nützen, um bei dieser Befragung weiterzukommen, damit wir Herrn Schmied eine neuerliche Ladung ersparen.

Der Zusammenhang zum Beweisthema ist ganz einfach: Finanzamt 1/23, eingelangt 13. Juli 2007 – der genaue Werbeplan, den Kollege Kuzdas schon zitiert hat, zum Beweisthema auf Basis der Telekom-Gelder, der 720 000 brutto, auf Papier der 100%Communications.

Zweitens: die Bürogemeinschaft Mahlerstraße 12/5, wo der Werbeagentur Schmied, über die wir hier reden, von Herrn Rumpold Räumlichkeiten vermietet worden sind. In diesen Räumlichkeiten sind diese Telekom-Gelder und diese ganzen BZÖ-Geschäfte abgewickelt worden. (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsbehandlung!*)

Drittens: die Aussagen von Frau Natascha Rabl, auf die ich zurückkomme, über Schmiergelder im Tresor; über einen Personenkreis führender freiheitlicher und BZÖ-Politiker, die ein und aus gegangen sind und die Wahrnehmungen der Frau Rabl dazu; über die Rechnungen der Agentur Schmied, die möglicherweise ohne Wissen des Herrn Schmied auf Auftrag von Frau Erika Rumpold von Natascha Rabl in diesem Zusammenhang diktiert und ausgestellt worden sind – und eine ganze Reihe anderer Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung, mit der illegalen Parteienfinanzierung des BZÖ im Nationalratswahlkampf 2006 (*Abg. Petzner: ... Zusatzfrage!*), die ich in diesem Zusammenhang besprechen werde. (*Abg. Petzner: ... Zusatzfrage ...!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich lasse noch ausreden, und dann unterbreche ich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Damit, Frau Vorsitzende, wollte ich nur dem Ersuchen des geschätzten Kollegen Petzner nachkommen, einen Zusammenhang zum Beweisthema herzustellen. Wie Sie und alle anderen gesehen haben, habe ich nicht einen, sondern eine ganze Reihe von Zusammenhängen zu diesem Beweisthema hergestellt und werde auch in Fortführung dieser Sitzung – nach einer Unterbrechung, wenn es gewünscht wird – genau diese Fragen Punkt für Punkt stellen.

Ich weiß, dass Rumpold weit mehr wehtut – nicht nur dem BZÖ – als die Schmied-Geschichte, die wir, glaube ich, heute im Kern sehr gut behandelt haben. Aber, weil es ein bisschen mehr wehtut, ist das ja kein Grund, **nicht** zu fragen – bei aller Rücksichtnahme auf den geplagten Kollegen Petzner.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner zur Geschäftsordnung – und dann unterbreche ich die Sitzung, um die aufgeworfene Frage innerhalb der Fraktionsführer zu klären.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich muss mich noch einmal zur Geschäftsbehandlung melden und halte fest: Da geht es nicht um mich, sondern, Herr Pilz, dass Sie die Frau Vorsitzende **desavouieren**, das ist Ihr Problem, und das müssen Sie fraktionsintern ausdiskutieren.

Tatsache ist, dass eine zwischen allen Fraktionen vereinbarte Vorgehensweise existiert, was die Redezeiten betrifft, und diese umfasst auch – ich glaube, Kollege Amon hat das damals vorgeschlagen, worauf sich dann alle verständigt haben – die Abmachung, dass es im Bedarfsfall eine kurze Runde mit ein, zwei Zusatzfragen und nicht mehr gibt.

Aber wenn der Herr Pilz hier zu einem Vortrag ansetzt und wieder einmal mit seinen Verschwörungstheorien kommt, die schon bis in die achtziger und neunziger Jahre zurückreichen, dann hat das erstens nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun – die FPÖ, Herr Pilz, ist seit dem Jahr 2000 in der Regierung gewesen, das müssen auch Sie zur Kenntnis zu nehmen; Sie waren es noch nie, und auch das müssen Sie zur Kenntnis nehmen – und ist zweitens ein klarer Bruch unserer gemeinsamen Abmachungen für diesen Ausschuss hier. Und überdies ist es unzulässig und auch unfair allen anderen Fraktionen gegenüber.

Ich kann nur an die Frau Vorsitzende appellieren, die bisher eine gute Vorsitzführung hier gehabt hat, sich nicht von Herrn Kollegen Pilz desavouieren zu lassen und weiterhin eine unabhängige Vorsitzführung sicherzustellen.

Ich erwarte mir, dass bei einem klaren Bruch der Vereinbarungen, Frau Vorsitzende Moser, der hier vonseiten des Kollegen Pilz vorliegt, Sie unverzüglich einschreiten, auch wenn es Ihr grüner Fraktionskollege ist, der sich Ihnen gegenüber ohnehin sehr eigenartig und manchmal sehr unhöflich verhält; aber das muss der Herr Pilz verantworten.

Ich will, dass das heute in einer eigenen Fraktionsführersitzung besprochen wird, die wir dann gleich machen können, da der Herr Wittauer heute ohnehin nicht kommt. Wie gesagt, eine Fraktionsführersitzung aufgrund dieses Verhaltens des Herrn Pilz muss schon stattfinden.

Für Herrn Pilz ist jetzt hoffentlich die Fragezeit zu Ende; es gibt keine Zusatzfragen mehr und auch keinen 20-minütigen Vortrag.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich unterbreche, wie angekündigt, die Sitzung – oder wollen Sie, Herr Abgeordneter Amon, zur Geschäftsordnung etwas sagen?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ja, Frau Vorsitzende, weil es ja ausgemacht ist, dass dann, wenn es zu einer Geschäftsordnungsdebatte kommt, von jeder Fraktion eine Wortmeldung, ehe die Sitzung unterbrochen wird, zugelassen wird. Das ist ausdrücklich so ausgemacht.

Ich halte zwei Dinge fest:

Erstens: Wenn der Kollege Pilz weitere Fragen hat und einen umfassenden Komplex zusätzlich erörtern will, dann steht ihm das natürlich frei – allerdings **nicht** im Rahmen der Zusatzfrage, denn dafür haben wir die Vereinbarung getroffen: **eine** Zusatzfrage, um gewisse Dinge zu klären, die bisher nicht geklärt werden konnten – und **nicht** ein neuer Komplex. Es steht aber dem Kollegen Pilz natürlich frei, ein weitere Ladung et cetera zu beantragen.

Würde man jetzt die Zeit für die Befragung des Herrn Wittauer, der heute nicht kommt, nützen wollen, müsste man das kurz erörtern. Aber ich würde da wirklich bitten, dass wir korrekt bleiben: Zusatzfragen sind kurze Fragen einmal zu einem Themenkomplex, der bereits behandelt worden ist. Alles andere ist eine neuerliche Befragung, und da müsste man neuerlich über die Zeiteinteilung reden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Rosenkranz, bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Kollege Pilz hat grundsätzlich recht, dass der Themenkomplex, den er angesprochen hat, sehr wohl vom Untersuchungsgegenstand betroffen ist. Ich zitiere dazu eine Sache, was die Dame, die in dieser Bürogemeinschaft angestellt war, gesagt hat.

Zitat: „..., dass Fr. RUMPOLD gesagt hat, dass der jetzige Geldbetrag vermutlich in der Höhe von Euro 150 000,- nur der Anfang sei und noch mehr Geld von der TELEKOM Austria AG kommen werde.“

Das heißt ... (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Kollege Petzner, wir hören Ihnen bei Ihren Ausführungen immer sehr lang zu. Lassen Sie das auch zu! Das ist nicht ein BZÖ-Petzner-Ausschuss, sondern es ist ein Ausschuss des Parlaments, wo auch andere Fraktionen ein Rederecht haben. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Also das ist das eine: Der Geschäftsgegenstand ist sehr wohl betroffen, denn es geht konkret darum.

Das andere ist natürlich die Frage, ob man einen umfassenden Themenkomplex im Wege dieser Zusatzfragen, auf die wir uns ja erst bei diesem Ausschuss verständigt haben, erörtern kann, wenn das eine Befragung von 20 Minuten ergibt.

Da war meiner Meinung nach schon die Position die, dass es dann, wenn ein Abgeordneter sagt, er möchte die Auskunftsperson länger befragen – der Kollege Pilz hat gesagt: 20 Minuten --, eine Fraktionsführerbesprechung geben soll, wo die Frage zu klären ist: Machen wir es in einem durch, oder muss es einen neuerlichen Ladungstermin geben?

Das sind die beiden Punkte. Aber zum Gegenstand ist das, was Kollegen Pilz vorgebracht hat, auf jeden Fall.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Jarolim, bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich kann das nur unterstreichen: Ich glaube, es ist völlig klar, dass der Gesamtzusammenhang gegeben ist, denn es geht ja genau um die Frage, was alles in diesem Zusammenhang eigentlich stattgefunden hat. Insofern kann man nicht sagen, wir machen da eine Tür nicht auf, wo eigentlich erkennbar wird, wie das System insgesamt gelaufen ist.

Der andere Punkt ist: Wir haben eine Vereinbarung getroffen, die so ausschaut, dass wir sieben, fünf und dann eine Zusatzfrage haben. Also insofern ist das Verhalten vom Kollegen Pilz nicht entsprechend dieser Vereinbarung.

Daher ist die Frage: Wie sind diese sicherlich wesentlichen Fragen zu klären, wie geht man damit um?

Eine neuerliche Ladung ist wahrscheinlich angesichts des Umstandes, dass wir jetzt ein Zeitfenster haben, Unsinn. Daher meine ich, dass wir die Einvernahme fortsetzen sollten, aber davor die von der Frau Vorsitzenden Dr. Moser angeregte Fraktionsführerbesprechung durchführen sollten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): (zur Geschäftsbehandlung): Ich kann es ganz kurz machen: Ich bin mit dieser Vorgangsweise einverstanden, das entspricht auch unserer Vereinbarung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Inzwischen konnte ich in Erfahrung bringen, dass die Auskunftsperson Herr Kurt Schmied heute noch länger zur Verfügung stehen könnte. Es ist jetzt nur die Frage zu klären, ob wir kurz die Sitzung unterbrechen, um das seriös in einer Fraktionsführerbesprechung festzulegen. – Nachdem das zwei Abgeordnete verlangen, unterbreche ich für kurze Zeit die Sitzung zur Durchführung einer Fraktionsführerbesprechung und ersuche die Medienvertreter, den Saal zu verlassen.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

12.16

(Die Sitzung wird um 12.16 Uhr **unterbrochen** und um 12.25 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 12.25 Uhr bis 12.27 Uhr **nichtöffentlich; Auszugsweise Darstellung, „nichtöffentlicher Teil“**.)

12.28

Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Kurt Schmied

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 12.28 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über, ersucht darum, die Auskunftsperson und deren Vertrauensperson wieder in den Sitzungssaal zu bitten, und führt aus:

Nachdem die Auskunftsperson zeitlich in der Lage ist, noch weitere Fragen zu beantworten und sich außerdem eine weitere Ladung durch eine veränderte Vorgangsweise dann erübrigt, gilt die Vereinbarung der Fraktionsobmänner, sprich 7 Minuten in der Zusatzfragenrunde.

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Schmied, im Zusammenhang mit dem Beweisthema: Ich habe, bevor ich unterbrochen worden bin, das ohnehin schon einmal zitiert: Eine Wahlkampfplanung aus dem Nationalratswahlkampf 2006, ganz offensichtlich finanziert aus den zur Untersuchung stehenden Telekom-Geldern, überprüft vom Finanzamt Wien 1/23, eingegangen: 13. Juli 2007. Und da haben Sie alle möglichen Schaltungen, Buchungen, auch die Preise und so weiter. Und unten steht: 100% Communications. Sie waren in einer Bürogemeinschaft; Sie haben ja selbst in einer Vernehmung zu Protokoll gegeben, dass Herr Gernot Rumpold Sie eingeladen hat, in der Mahlerstraße 12/5 das Büro Ihrer Firma einzurichten. Dort waren bereits eingerichtet die mediaConnection und die 100 % Communications des Herrn Gernot Rumpold.

Erklären Sie mir bitte, warum dieses Dokument, das Ihrer Firma zugerechnet wird, hier auf 100 % Communications erkennbar ist.

Kurt Schmied: Ich habe dieses Dokument nicht verfasst.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben es nicht verfasst. Aber es handelt sich ganz offensichtlich um die ständig wiederkehrenden BZÖ-Schaltungen aus dem Nationalratswahlkampf 2006.

Kurt Schmied: Mag sein. Aber ich fange mit dem nichts an.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ja der Punkt, den ich zu klären versuche.

Die Orange-Agentur kann es nicht gewesen sein, denn sie war in keiner Bürogemeinschaft mit der 100 % Communications, und da hat auch keine Verwechslungsmöglichkeit bestanden. Sie waren es sehr wohl. Sie haben sogar einen Lageplan der Mahlerstraße 12/5 gezeichnet: wo man reinkommt; rechts geht man rüber, da steht der Schreibtisch der Sekretärin Natascha Rabl; dann geht man gleich daneben in das Büro Ihrer Agentur; und wenn man geradeaus weitergeht, kommt man in die Rumpold-Räumlichkeiten.

Gibt es irgendeine Erklärung, warum das unter 100 % Communications verbucht worden ist?

Kurt Schmied: Ich verstehe die ganze Geschichte jetzt nicht, Herr Pilz. Was ist das für ein Dokument? Wer hat dieses Dokument verfasst? Und wie komme ich jetzt zu diesen ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage es vielleicht andersrum, damit es etwas klarer wird. (*Kurt Schmied: Ich verstehe es wirklich nicht!*) Ich versuche ja, es Ihnen klarzumachen.

Die 100 % Communications kommt offiziell im Nationalratswahlkampf des BZÖ 2006 überhaupt nicht vor. Das sind wir heute schon x-mal durchgegangen: Wittauer, Telekom-Gelder, Schmied & Schmied, und weiter dann Orange-Werbeagentur; alles bekannt. (*Kurt Schmied: Okay!*)

Rumpold taucht dann später einmal auf, bei der Haslinger Geschichte im Zusammenhang mit dem Kabinettsmitarbeiter Pöchinger von der Justizministerin. – Aber das ist nicht Ihre Angelegenheit.

Mich interessiert, warum da der Schaltplan für die Nationalratswahl 2006 unter 100 % Communications läuft.

Kurt Schmied: Das kann ich nicht beantworten. Ich weiß es nicht. Ich weiß ja nicht einmal, ob diese Schaltungen mit mir etwas zu tun haben. Habe diese Schaltungen ich gemacht, oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Herr Schmied, ich komme darauf zurück: Es hat zu tun mit dem Nationalratswahlkampf des BZÖ 2006 (*Kurt Schmied: Das habe ich verstanden, ja!*), und da tauchen nirgends die 100 % Communications offiziell auf. Ich habe nur versucht, ob es mit Ihrer Hilfe möglich ist, zu erklären (*Kurt Schmied: Warum!*), warum darunter nicht Schmied steht, sondern 100 % Communications.

Kurt Schmied: Warum nicht Schmied steht: Da gehe ich davon aus, dass diese Schaltungen nicht wir gemacht haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Dann werden wir dort nachfragen müssen (*Kurt Schmied: Ich weiß es nicht!*), ob die 100 % Communications – und mit welchen Geldern – Schaltungen in diesem Nationalratswahlkampf gemacht haben, ob das Telekom-Gelder oder andere Gelder waren.

Jetzt halte ich Ihnen Folgendes von der Einvernahme von Frau Natascha Rabl vor. Sie sagt in Ihrer Zeugenvernehmung vom 9. August 2011 – ich zitiere –:

Zu meinen Tätigkeiten, die ich ebenfalls für die Firma Schmied & Schmied übernommen habe, zählte die Rechnungslegung. Dazu gebe ich an, dass mir der Text, welcher in den Rechnungen zu stehen hatte, immer vorgegeben wurde. Teilweise wurden mir die Rechnungstexte von Erika Rumpold angesagt und die Rechnungen dann auf Briefpapier der Schmied & Schmied ausgedruckt. Im konkreten Auftrag von Kurt oder Richard Schmied habe ich niemals Rechnungen geschrieben. Angebotslegungen in schriftlicher Form wurden von Schmied & Schmied immer selbst durchgeführt, derartige habe ich niemals, auch nicht über Auftrag oder Ansage von Erika Rumpold, verfasst. – Zitatende.

Das ist meiner Meinung nach deswegen so wichtig, weil es einen Schluss zulässt, nämlich – und ich versuche, das als Frage zu formulieren –: Ist es richtig, dass die Rechnungen, die Ihnen von Schmied & Schmied bekannt sind, nicht in Zusammenarbeit mit Erika Rumpold erstellt worden sind?

Kurt Schmied: Ganz sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das glaube ich nämlich auch. Mein Verdacht ist ja ein anderer, und den können wir jetzt mit Ihnen nicht klären. Der Verdacht – ich komme dann zu weiteren Zitaten – liegt nahe, dass zu weiteren Telekom-Geldern, die auf ähnliche Weise geleitet worden sind, Rumpold Ihr Briefpapier, Ihren Namen verwendet hat.

Kurt Schmied: Gibt es diese Rechnungen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Schmied, ich komme jetzt in der Rabl-Aussage darauf zurück und möchte Ihnen das weiter vorhalten. Frau Rabl kommt nämlich aufgrund ihrer beruflichen Laufbahn nicht in Frage für das, was wir heute besprechen, aber trotzdem macht sie Angaben dazu. Ich versuche jetzt, mit Ihrer Hilfe zu klären, um welche Gelder es da möglicherweise geht. Ich gehe weiter und lese vor, was Frau Natascha Rabl, also die Rumpold-Mitarbeiterin, die Rumpold-Sekretärin, sagt:

Ich weiß, dass ich im Auftrag von Rumpold Erika bei der Telekom Austria AG angerufen habe, um nachzufragen, wie genau der Rechnungstext lauten sollte. Es war mit Sicherheit ein Mann, mit dem ich telefoniert habe, ich kann aber heute nicht mehr sagen, ob es sich um eine Person namens Schieszler gehandelt hat. Ich kann mich noch erinnern, dass Frau Rumpold gesagt hat, dass der jetzige Geldbetrag vermutlich in der Höhe von 150 000 € nur der Anfang sei und dass noch mehr Geld von der Telekom AG Austria kommen werde. Erika hat mir damals einen Text angesagt ... Zitatende.

Und weiteres Zitat von Frau Rabl:

Ich habe sie darauf aufmerksam gemacht, dass wir auch etwas in der Hand haben müssen, wenn wir diesen Text schreiben und nachgefragt wird, welche Gegenleistung dem gegenübersteht. – Zitatende.

Dann wird Frau Rabl weiter gefragt – ich zitiere wieder –:

Befragt zur Rechnungslegung an die Telekom Austria glaube ich mich zu erinnern, dass die von mir geschriebenen Rechnungen sich auf Lobbying für die Genehmigung von Standorten für Funkmasten bezogen. Es war mit Sicherheit ein Bezug zur Politik und durch diese zu erteilenden Standortgenehmigungen. Wie bereits erwähnt, muss es dazu noch weitere Rechnungen von jenen geben, welche mir heute gezeigt wurden. – Zitatende.

Jetzt besteht für mich folgender Verdacht, und da kann ich Sie ja nur zu einem Teil davon befragen. Ist es möglich – weil das ein weiterer Hinweis auf mögliche

Schmiergeldzahlungen durch die Telekom Austria AG in der bekannten, heute geschilderten Art und Weise ist, aber im Zusammenhang mit der Genehmigung von Funkmasten und nicht der Universaldienstverordnung –, wäre es rein technisch möglich gewesen, dass Rumpold sich Ihrer Rechnung und Ihres Rechnungswesens bedient, um ohne Ihr Wissen Scheinrechnungen lautend auf die Firma Schmied auszustellen? War das aufgrund der Konstruktion der Bürogemeinschaft technisch möglich?

Kurt Schmied: Irgendwie ist das jetzt ein bisschen viel. Ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll. Keine Ahnung! Also diese Geschichte jetzt so – ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Schmied, es ... (*Kurt Schmied: Mir fällt gar nichts ein!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind abgelaufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Vorsitzende! Es geht nur darum: Die Frage war ganz einfach, ob es – Herr Schmied aus seiner Wahrnehmung – technisch möglich gewesen wäre, dass hinter seinem Rücken Scheinrechnungen im Namen von Schmied & Schmied ausgestellt werden.

Kurt Schmied: Ich weiß nicht – da müssen Sie einen Techniker fragen. Aber ehrlicherweise: Ich weiß nicht, was ich auf diese Geschichte sagen soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten die Rumpolds ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, die 7 Minuten sind um. Wir haben das vereinbart, und ich gehe jetzt weiter in der Fragerunde. Wir können natürlich noch einmal eine Unterbrechung machen und die Fraktionsführerbesprechung auf weitere 7 Minuten ansetzen, aber an sich ist das jetzt so vereinbart.

Als Nächste ist Abgeordnete Tamandl am Wort.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Schmied, Sie haben vorhin gesagt, Sie haben nicht für alle Bundesländer den BZÖ-Wahlkampf geführt.

Für welche Bundesländer haben Sie den BZÖ-Wahlkampf **nicht** geführt?

Kurt Schmied: Kärnten zum Beispiel. Von Kärnten weiß ich es ganz sicher, weil sie einen ganz autonomen ... Damit habe ich nichts zu tun gehabt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und sonst? Gab es sonst Bundesländer, wo Sie den Wahlkampf nicht geführt haben?

Kurt Schmied: Ich müsste nachschauen. Aber ich glaube, Salzburg, kann sein. Auswendig weiß ich es jetzt nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer waren in den Bundesländern Ihre Ansprechpartner? Wer war beispielsweise in Wien Ihr Ansprechpartner?

Kurt Schmied: Da müsste ich jetzt meine E-Mails durchsehen. Da hat es ein paar gegeben, je nachdem, worum es gegangen ist. Aber das geht alles aus meinen E-Mails hervor, die ich schon abgegeben habe.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, sonst können Sie mir aus keinem Bundesland eine Ansprechperson nennen (*Kurt Schmied: Auswendig nicht!*), mit der Sie da Planungen vorgenommen haben, über Geld geredet haben oder Sonstiges?

Kurt Schmied: Nein, über Geld geredet sowieso nicht. Da müsste ich wirklich meine Unterlagen anschauen. Aber in meinen Protokollen sind die E-Mails dabei, die können Sie ja selbst anschauen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): In der Steiermark zum Beispiel? Wer war da Ihr Ansprechpartner?

Kurt Schmied: Ich weiß es nicht namentlich; da müsste ich nachschauen. Ich kann es Ihnen gerne sagen, aber nicht auswendig. Irgendein Assistent, eine Sekretärin wird es gewesen sein. Da gibt es viele.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie haben Foto-Shootings mit Spitzenrepräsentanten gemacht. Die werden Ihnen ja noch irgendwie in Erinnerung sein.

Kurt Schmied: Spitzenkandidaten jetzt? Ich habe gesagt: generell. (*Abg. Amon: In den Bundesländern!*) Ja, ich weiß zum Teil, wer auf den Setkarten war. Aber das hat jetzt mit den Ansprechpartnern nichts zu tun. Wer auf einer Setkarte oder auf einem Plakat ist, ist ja nicht zwingend mein Ansprechpartner.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben ja heute schon ausgesagt, dass diese Personen die Bilder ausgesucht haben.

Kurt Schmied: Ja, schon. Aber deswegen ist er nicht mein **Ansprechpartner**, was die Schaltung betrifft.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sprechen Sie ihn nicht an, wenn Sie ihn fragen, welches Bild die Person wünscht?

Kurt Schmied: Ja, aber worauf wollen Sie hinaus?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das ist ja meine Sache, worauf ich hinaus will.

Kurt Schmied: Ja, aber ich verstehe die Frage nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich möchte gerne von Ihnen wissen: Mit wem haben Sie in der Steiermark gesprochen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zum Beispiel?

Kurt Schmied: Müsste ich nachschauen!

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie können keine einzige Person nennen?

Kurt Schmied: Ich weiß keine einzige Person, denn ich müsste seriöserweise in meinen E-Mails nachschauen, wer diese Personen waren. Ich kann ja nicht irgendetwas sagen. Ich müsste seriöserweise nachschauen, was aber aus meinen E-Mails sowieso hervorgeht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, Sie können hier eigentlich wieder nur Herrn Wittauer als Tiroler nennen? (*Kurt Schmied: Wenn Sie so wollen ...!*) – An den können Sie sich ja erinnern.

Kurt Schmied: An Herrn Wittauer kann ich mich erinnern, ja. (*Abg. Amon: Danke!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Kollege Pilz wollte mit seinen vielen Einleitungen darauf hinaus, ob Sie aufgrund der räumlichen Nähe und auch Ihrer langjährigen Bekanntschaft und Freundschaft mit Herrn Rumpold, Frau Rumpold, was auch immer, Ihrer beruflichen Zusammenarbeit, Wahrnehmungen gemacht haben, dass außer den Geldern, die die Telekom über Ihre 600 000 € netto bezahlt hat, oder auch diesen Zahlungsfluss vonseiten der Frau Haslinger ...

Kurt Schmied: Kann ich gleich abkürzen: Definitiv nein!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein. – Gut.

Die Frage der technischen Möglichkeit, die Sie einem Techniker stellen wollten, hat Kollege Pilz, glaube ich, so gemeint, ob es stimmt, dass diese Frau Rabl, die dort war, wie sie auch gesagt hat, Rechnungen für Sie geschrieben hat. Stimmt das: ja oder nein?

Kurt Schmied: Ich könnte mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also mit Ihrem Wissen, in Ihrem Auftrag sind keine Rechnungen gestellt worden?

Kurt Schmied: In meinem Auftrag – ich kann mich nicht daran erinnern. Rechnungen schreibe ich immer selbst. ((*Abg. Dr. Rosenkranz: Danke!*))

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): 7-Minuten-Runde, oder?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, 7 Minuten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ausgemacht war es anders, aber bitte. – Okay, ich beginne mit einem Vorhalt zu Frau Gastinger aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung, Herr Schmied, vom 30. 11. 2011. Da werden Sie befragt in Bezug auf Wahrnehmungen zum personenbezogenen Wahlkampf von Karin Gastinger – ich zitiere –:

Über unsere Firma wurden, glaube ich, Inserate von Karin Gastinger geschalten. – Zitatende.

Bleiben Sie bei diesen Angaben, dass Sie Inserate für Karin Gastinger, für ihren Vorzugsstimmenwahlkampf gemacht haben?

Kurt Schmied: Das war so gemeint: Wir haben den Persönlichkeitswahlkampf nicht gemacht, aber es hat natürlich Inserate gegeben. Ich kann mich noch daran erinnern, weil wir ziemlichen Stress damit gehabt haben, eben mit diesen klassischen Inseraten, wo dann zwei, drei Kandidaten gleichzeitig mit dem Bundeskandidaten drauf sind. Wir haben den Stress gehabt, weil eben Frau Gastinger dann vom Wahlkampf zurückgetreten ist und wir natürlich in Windeseile die Inserate deswegen ändern mussten. Aber wir haben nicht ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lege Ihnen drei konkrete Inserate der Frau Gastinger vor, einmal aus dem „Standard“ vom September, einmal aus der „Presse“ vom September und noch ein Sujet.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Können Sie mir sagen – nachdem Sie gesagt haben, Sie haben Inserate für Gastinger gemacht –, ob eines dieser Inserate, die Ihnen jetzt vorgelegt wurden, von Ihnen gemacht wurde? (*Obfrau Dr. Moser: Sie sind auch öfters im Akt!*)

Kurt Schmied: Trägt nicht meine Handschrift.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diese Inserate sind nicht von Ihnen? (*Kurt Schmied: Nein!*) – Wissen Sie, wer dann diese Inserate gemacht haben könnte? Haben Sie da irgendeine Ahnung?

Kurt Schmied: Nein. Ich bin ja nicht der Einzige, der in dem Wahlkampf gearbeitet hat. Da gibt es so viele Graphik-Agenturen, die gebucht werden. Keine Ahnung, wer das gemacht hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie die Agentur **MediaSelect**?

Kurt Schmied: MediaSelect?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist eine Agentur im ÖVP-Umfeld. Herr Amon wird sie kennen.

Kurt Schmied: Mit der habe ich noch nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie Informationen darüber, dass die Agentur MediaSelect, die aus dem Umfeld der Österreichischen Volkspartei kommt, diese Gastinger-Inserate gemacht hat?

Kurt Schmied: Kann ich nicht sagen. Ich habe damit nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wer diese Gastinger-Inserate bezahlt haben könnte, die Ihnen vorgelegt wurden?

Kurt Schmied: Weiß ich nicht, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich vorstellen, dass diese Inserate seitens der ÖVP-Agentur MediaSelect bezahlt wurden?

Kurt Schmied: Keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, wir haben Hinweise darauf. Wir werden das dann die MediaSelect-Verantwortlichen fragen.

Ich komme noch einmal zurück zum „Geld vom Klaus“. Noch einmal, diese Unterscheidung ist ganz wichtig. Ist in irgendeiner Besprechung – intern gab es ja immer wieder Besprechungen mit den Wahlkampfverantwortlichen, ich nehme an, da waren Sie dabei, da war Gernot Rumpold dabei, da wird auch Peter Westenthaler als Spitzenkandidat dabei gewesen sein, da wird Arno Eccher dabei gewesen sein –, ist in diesen Runden irgendwann auf Bundesebene über dieses „Geld vom Klaus“ gesprochen worden, über die Verwendung, dass es das gibt, was da passiert, oder nicht? (*Kurt Schmied: Nein!*) – War nie Thema? Also auf Bundesebene, für den Wahlkampf des Spitzenkandidaten Peter Westenthaler, war nie irgendwo davon die Rede? Auch nicht intern, bei der Verrechnung, bei den Rechnungen, bei den Geldflüssen, vom „Geld vom Klaus“ oder Telekom-Geldern? (*Kurt Schmied: Nein!*) – Sie haben gesagt, dass Kärnten den Wahlkampf völlig autonom geführt hat.

Können Sie näher ausführen, wie das genau vonstattengegangen ist?

Kurt Schmied: Da gibt es nicht allzu viel auszuführen. Wir waren einfach nicht dafür zuständig. Ich habe mich immer nur – weil zum Beispiel das Thema eines Corporate Designs angesprochen worden ist – geärgert, weil sich keiner an irgendwelche Vorgaben hält. (*Obfrau Dr. Moser: Das kenne ich von den Grünen!*) Speziell Kärnten, wenn ich das so sagen darf, hat sich sehr wenig daran gehalten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wer damals Wahlkampfleiter in Kärnten war?

Kurt Schmied: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich war das. – Aber gut. (*Heiterkeit. – Kurt Schmied: Ah, okay! – Obfrau Dr. Moser: Das hätten wir gleich wissen können!*) Wissen Sie, wer damals Spitzenkandidat in Kärnten war? (*Kurt Schmied: Noch einmal, bitte!*)

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie sich darüber geärgert haben, dass wir uns nicht an das Corporate Design gehalten haben. Aber diese Frage hat ja einen Grund. Wissen Sie, wer damals einer der Spitzenkandidaten in Kärnten war?

Kurt Schmied: Wahrscheinlich wird es Bucher gewesen sein. Ich weiß nicht, war das damals ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist korrekt. Und Sie haben festgestellt: Kärnten hat einen völlig autonomen Wahlkampf geführt, der von der Bundespartei

völlig abgekoppelt war, überhaupt Finanzierung, Werbung, Plakate, Gestaltung, Organisation, alles.

Kurt Schmied: Auf jeden Fall von mir abgekoppelt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals mit Josef Bucher oder mit irgendwelchen Kärntnern, mit mir oder mit Haider, irgendetwas in Sachen Bundeswahlkampf zu tun gehabt? (**Kurt Schmied:** Noch einmal, bitte!)

Ob Sie jemals mit mir oder mit Haider (**Kurt Schmied:** Nein, habe ich nicht!) oder mit anderen aus Kärnten im Bundeswahlkampf des BZÖ 2006 etwas zu tun hatten? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Nein, hatten Sie nicht.

Es ist wichtig, Herr Pilz, dass wir das ganz klar trennen. Bei mir kommen eben **Fakten** heraus, bei Ihnen bleibt es bei Märchenstunden.

Ich komme noch einmal auf Herrn Scheibner zurück. Herr Pilz hat ja auch – wieder einmal auch ein bisschen irreführend und unfair gegenüber den Medien – aus einer Einvernahme zitiert, wonach Sie das gesagt haben, und das möchte ich ein bisschen näher ausführen, damit es nicht, wie er das immer vorhat, wieder nebulös im Raum stehen bleibt. Da ist die Rede von diesen 200 000 € für den Spitzenkandidaten Scheibner oder Scheibner im BZÖ-Wien-Wahlkampf. (**Kurt Schmied:** Ja!)

War Herbert Scheibner Spitzenkandidat des BZÖ in Wien?

Kurt Schmied: Ich weiß nicht, ich denke, schon. Soweit ich mich erinnern kann. War er es nicht?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, das war er nicht. Schauen Sie auf der Wahlliste nach.

Hat Herbert Scheibner in Sachen dieser angeblichen 200 000 € jemals mit Ihnen irgendwie gesprochen? Haben Sie da jemals etwas mit ihm zu tun gehabt?

Kurt Schmied: Hat er nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat er niemals getan. Hat auch niemals Leistungen beansprucht oder gefordert? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Gut, es ist auch wichtig, das festzuhalten. Und Scheibner war damals auch nicht Spitzenkandidat.

Ist Ihnen bekannt, dass damals die BZÖ-Führungschaft persönliche Haftungen für Kredite im BZÖ-Wahlkampf übernommen hat?

Kurt Schmied: Nein, das wusste ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist dem BZÖ die staatliche Parteienfinanzierung im Wahlkampf 2006 zur Verfügung gestanden, oder sind sämtliche dieser Mittel an die FPÖ geflossen?

Kurt Schmied: Das kann ich jetzt nicht beantworten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, wir werden das Herrn Eccher fragen. – Aber es ist alles an die FPÖ geflossen.

Wir haben jetzt die Geschichte – da muss ich zum Schluss noch einmal nachfragen –, wir haben diese Zahlungen der Haslinger. Ihr Ansprechpartner bei diesen Haslinger-Zahlungen – noch einmal: ja oder nein – war Klaus Wittauer? (**Kurt Schmied:** Ja!) – Bei den Telekom-Rechnungen, den Angeboten, diesen zwei Rechnungen, die Sie an die Telekom gestellt haben: War Ihr Ansprechpartner und die Person, mit der Sie das abgewickelt haben, Klaus Wittauer: ja oder nein? (**Kurt Schmied:** Ja!) – Das war Klaus Wittauer. Okay.

Im BZÖ-Wahlkampf über die Verwendung dieser Gelder – BZÖ Tirol, andere Verwendung dieser Telekom-Gelder – die Klaus Wittauer organisiert hat, war da die Hauptansprechperson über die Verwendung dieser Gelder Klaus Wittauer: ja oder nein?

Kurt Schmied: Herr Wittauer war für mich Ansprechpartner, was die Aufteilung des Budgets betrifft, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, der Herr Wittauer hat auch gesagt, in welche Richtung dieses Geld zu verwenden ist? (**Kurt Schmied:** Genau!) – Das ist mir wichtig, festzuhalten, dass wir hier auch eindeutig diese Einzelperson, nämlich Klaus Wittauer, hiermit herausgearbeitet haben.

Ich habe keine weiteren Fragen. – Danke schön.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Schmied, es gab eine Firma Schmied und Schmied. Hat die eine Bürogemeinschaft mit der 100% Communications gehabt? (**Kurt Schmied:** Nein!) – Hat die Schmied GmbH eine Bürogemeinschaft gehabt? (**Kurt Schmied:** Ja!) – Ich zitiere aus dem Einvernahmeprotokoll der Frau Natascha Rabl, vom 9. August 2011, weil dieses Thema wurde schon angesprochen, nämlich, Sie haben gemeint, technische Lösung, oder andere. Es gibt vielleicht organisatorische Lösungen, wie Rechnungen auf Ihren Briefkopf geschrieben werden, ohne dass Sie es wissen.

Frau Natascha Rabl gibt zu Protokoll – ich zitiere –:

Es muss daher vorher auch schon Rechnungen von der 100% oder der Schmied und Schmied an die Telekom Austria gegeben haben, welche ich geschrieben habe. Diese Rechnungen wurden meiner Erinnerung nach Kurzbeschreibungen, Standardkonzepte, allgemein gehalten und adaptierbar auf alle Firmennamen beigeschlossen. Diese Standardkonzepte, wie sie von Erika Rumpold bezeichnet wurden, wurden einfach nur mit den jeweiligen Firmenbezeichnungen versehen und geringfügig abgeändert an alle Firmen geschickt. – Zitatende.

Also das wäre die Lösung, die Sie einem Techniker jetzt zugestanden hätten, oder wo Sie eine technische Lösung gesucht hätten.

Kurt Schmied: Noch einmal: Ich kann zu dem überhaupt nichts sagen, weil für mich ist die Geschichte irgendwie nicht nachvollziehbar.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Möglicherweise hat irgendjemand aus einem fremden Unternehmen in Ihr Unternehmen hineinregiert.

Kurt Schmied: Was soll ich jetzt darauf sagen?

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wir waren zuletzt bei der Rechnung der Frau Haslinger, der Abrechnung mit Ihnen. Sie haben heute und auch in Ihrer Einvernahme zu Protokoll gegeben:

Ich berichtete laufend, dass die Budgetgelder nicht ausreichten und dass zu viel Geld ausgegeben wurde. – Das ist Ihre Aussage, aber in diesem Fall aus der Einvernahme des Klaus Wittauer, vom 22. November.

Diese Aussage ist ja nach wie vor richtig. Sie haben Wittauer berichtet?

Kurt Schmied: Also berichtet ... Wir haben gesprochen darüber, ja. Aber berichtet ...

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wittauer gibt in seiner Einvernahme zu Protokoll:

Ich habe von Kurt Schmied niemals Berichte über seine Ausgaben oder über Budgetknappheit zum laufenden Wahlkampf 2006 bekommen.

Kurt Schmied: Das sage ich ja, das ist ja mit dem Herrn Florian Phleps abgelaufen, das Operative. Herr Wittauer war ja operativ nicht involviert. Operativ zum Beispiel mit den Tirolern, da gibt es ja auch zuständige Personen, die das auch überwachen, eben aus diesem Mail vom Herrn Phleps.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja aber Sie haben ja immer wieder „Budgetreserve“ angegeben.

Kurt Schmied: Ja, was hat das eine mit dem anderen jetzt zu tun?

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie haben ja auch angegeben, dass Wittauer eine Budgetreserve hätte.

Kurt Schmied: Ja, und?

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Bezuglich des zweiten Absatzes aus Ihrer Aussage gibt Wittauer zu Protokoll:

Bezuglich des zweiten Absatzes seiner mir vorgehaltenen Angaben über angebliche Budgetreserven, gebe ich an, dass diese Aussagen von Kurt Schmied offensichtlich falsch sind.

Kurt Schmied: Ja, was soll ich jetzt sagen darauf?

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das hat ja der Kollege Petzner herausgearbeitet, dass der Kollege Wittauer offensichtlich der böse Bube ist.

Kurt Schmied: Das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Lassen wir das einfach so stehen.

Ich möchte Sie zur direkten Verrechnung mit Frau Haslinger noch etwas fragen. Von wem haben Sie den Hinweis bekommen, dass Sie mit Frau Haslinger in Kontakt treten sollen?

Kurt Schmied: Das habe ich, glaube ich, schon drei Mal gesagt: von Herrn Wittauer.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja. Die Frau Haslinger wurde vom Herrn Pöchinger diesbezüglich informiert. Das wissen wir auch.

Kurt Schmied: Keine Ahnung.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Hat es in der Abrechnung mit der Frau Haslinger Probleme in der Form von Verzögerungen gegeben?

Kurt Schmied: Wenn Sie das Mail ansprechen: Da habe ich darauf hingewiesen, dass der Wahlkampf bald vorbei ist, ja.

Abgeordneter Inq. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay, das meine ich. Und die Frau Haslinger in ihrer Einvernahme vom 24. Oktober verweist nochmals auf diese getätigte Aussage und fügt weiter an – ich zitiere –:

Dass ich meine Rechnung an die Telekom zweimal stellen musste, da ich bei der ersten Übermittlung der Rechnung an die Telekom Austria bestimmte **Formvorschriften** nicht erfüllt hatte und mir die Buchhaltung der Telekom diese rückübermittelte. Die zweite Rechnungslegung gelang mir dann. – Zitatende.

Ich möchte das deshalb herausarbeiten, weil wir haben uns ja schon im Vorfeld über die Rechnungsprüfung unterhalten. Offensichtlich war es der Telekom zwar wichtig, dass **Formvorschriften** eingehalten werden, aber eine **sachliche Richtigkeit** und ob

Leistungen erbracht wurden, war der Telekom **nicht** wichtig. Das ist ja auch ein signifikanter Tatbestand, der da an den Tag tritt.

Hatten Sie Probleme in der Abrechnung mit der Telekom oder wurden die rasch und gleich beglichen?

Kurt Schmied: Nein, ich hatte keine Probleme. Nur die UID-Nummer hat gefehlt. Das war das einzige, aber ich glaube, das ist jetzt kein ...

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wie hoch war eigentlich das Wahlkampfbudget, das nicht über die Telekom und Haslinger finanziert war?

Kurt Schmied: Das müssen Sie die Orange fragen. Das weiß ja ich nicht, was Wahlkampfbudget war.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wie hoch war der Umsatz Ihrer Agentur, der nicht von der Telekom beziehungsweise Haslinger einnahmeseitig gekommen ist?

Kurt Schmied: In Bezug auf Wahlkampf? (*Abg. Mag. Schickhofer: Ja!*) – Das müsste ich in der Buchhaltung nachschauen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Können Sie in etwa eine Relation einschätzen?

Kurt Schmied: Nein, muss ich nachschauen, aber es ist ja leicht nachzuschauen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also waren es sozusagen nur ergänzende Mittel oder waren es eigentlich die zentralen Mittel, die von der Telekom gekommen sind, die über Sie abgewickelt worden sind?

Kurt Schmied: Was über mich abgewickelt wurde, war es natürlich zentral, ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben dann gesagt, dass hauptsächlich die Mittel für den Tiroler Wahlkampf eingesetzt worden sind. Nach der Budgetaufstellung, die Sie selber gemacht haben, waren es nur in etwa 300 000 €. Also sind dann faktisch sozusagen ein Großteil dieser 720 000 € für Tirol eingesetzt worden, oder für andere Bundesländer? Also hat man sozusagen entsprechend Ihrer mit Wittauer abgestimmten Budgetplanung dann das Geld auch ausgegeben oder hat es da Differenzen gegeben?

Kurt Schmied: Ich weiß nicht, wir haben das ohnehin schon ein paarmal besprochen heute. Diese Budgetaufstellung war für mich eine Richtlinie, und natürlich waren es außer Tirol noch andere Länder, die Inserate geschalten haben, die wir bezahlt haben.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Im Budget waren 200 000 € für Wien beispielsweise. Haben Sie dann genau 200 000 € für Wien auch aufgewendet?

Kurt Schmied: Das weiß ich jetzt nicht auswendig. Wahrscheinlich am Euro genau nicht; aber das haben wir ohnehin schon besprochen; da müsste man nachschauen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Und die Frage ist dann vor allem: Mit wem haben Sie das abgestimmt? In Wien sind ja Inserate geschaltet worden, da müssen ja irgendwie die Spitzenkandidaten gemerkt haben, dass da was passiert in Wien, was sie nicht bezahlt haben.

Kurt Schmied: Da müssen sie Spitzenkandidaten fragen, aber ich war dafür zuständig, das abzuwickeln, operativ die Inserate zu gestalten und zu machen. Da müssen Sie die anderen fragen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wie haben Sie dann operativ beispielsweise in Wien abgeklärt, welche Rechnungen Sie bezahlen? Also Sie haben

einfach Rechnungen geschickt bekommen oder haben Sie für Wien beauftragt und das mit keinem abgestimmt?

Kurt Schmied: Nein, die Rechnungen wurden geschickt und die haben im Prinzip gepasst.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Haben Sie die Beauftragung für jedes Inserat auch gemacht?

Kurt Schmied: Nein, nicht zwingend.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das heißt, Sie haben Rechnungen bezahlt, wo Sie die Beauftragung nicht gemacht haben.

Kurt Schmied: Ja, aber das ist ja nichts Unübliches.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wer hat dann beauftragt?

Kurt Schmied: Das müssen Sie fragen. Beauftragt ... Gebucht habe immer ... Also die Agentur, die gebucht hat, war immer ich. Die ... der Rechnung ...

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Und mit wem haben sie abgestimmt, **was** Sie buchen?

Kurt Schmied: Das habe ich ja schon gesagt. Da können Sie die Mails anschauen, da steht, mit wem ich Mail-Verkehr hatte. – Ich weiß nicht, auf was Sie hinaus wollen jetzt.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Naja, Sie setzen 200 000 € ein, beispielsweise für den Wiener Wahlkampf, da muss ja irgendwer mit Ihnen abgesprochen haben, anhand des Medienplans, wie Sie diese Gelder einsetzen. Und dieser Jemand muss ja aus meiner Sicht auch gemerkt haben, da passiert irrsinnig viel, da werden Inserate geschalten und wir brauchen sie gar nicht zu bezahlen.

Kurt Schmied: Ja, da müssen Sie die Kandidaten fragen. Aber ich habe weder den Budgetplan noch den Schaltplan gemacht, wir haben es einfach operativ abgearbeitet.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das heißt, Sie haben keinen Partner gehabt, mit dem Sie das abgestimmt haben? Das heißt, wenn eine Werbeeinschaltung, eine Rechnung über 8 000 € an Sie gekommen ist oder Sie haben ein Inserat beauftragt und dann einfach dafür bezahlt ... (*Abg. Petzner: Man sieht, dass die SPÖ keine Ahnung von Wahlkampfführung hat!*)

Kurt Schmied: Schauen Sie sich bitte den Mail-Verkehr an! Da ist jedes einzelne Inserat, da geht daraus hervor, wie das abgelaufen ist, weil ich muss ja jemanden auch einen Entwurf schicken, der muss den Entwurf absegnen, natürlich läuft das, aber da sind **zig** Leute, die da zuständig sind.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Und all diese Personen haben nicht gewusst, dass das aus irgendwelchen Töpfen heraus bezahlt wird. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) Die, die beauftragt haben, und die mit Ihnen Abgestimmt haben, haben nicht bezahlen müssen?

Kurt Schmied: Noch einmal, das ist ein Wahlkampfbudget, dass zur Verfügung steht. Ob jetzt eine Bezirksstelle irgendwo gewusst hat ... – Das dürfen Sie mich nicht fragen.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Darf ich nur ganz kurz zum Kollegen ergänzen: Wir haben die Aussage hier, die angesprochen wurde von der Frau Rabl. Die führt aus – und die war ja die Schnittstelle mehr oder weniger, sagt sie selbst, zu Ihnen und zum Herrn Rumpold –:

Zu meinen Tätigkeiten, die ich ebenfalls für die Firma Schmied und Schmied – also die dort gar nicht gewesen sein soll –

übernommen habe, zählte die Rechnungslegung, also die war die zentrale Rechnungslegungsstelle. Dazu gebe ich an, dass mir der Text, welcher in der Rechnung zu stehen hat, immer vorgegeben wurde. Teilweise wurde mir der Rechnungstext von Erika Rumpold angesagt und die Rechnung dann auf die Schmied und Schmied ausgedruckt. Zu den Rechnungen gebe ich an, dass sie zumeist überhöht ausgestellt waren. – Zitatende.

Das setzt sich dann jetzt fort.

Die Frage von meinem Kollegen bezieht sich darauf: Sie erklärt mehr oder weniger, dass es ein Übereinkommen gegeben hätte, dass ihre Aufgabe für beide Gesellschaften, für den Herrn Rumpold und für Sie, die Legung von Rechnungen war.

Kurt Schmied: Noch einmal, ich habe mit dem Herrn Rumpold nichts zu tun, noch einmal, bitte ganz eindeutig.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Das sagen Sie.

Kurt Schmied: Ich höre diese Geschichte in der Form zum ersten Mal. Ich habe damit nichts zu tun!

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Ja, aber Sie verstehen die Berechtigung der Fragestellung (**Kurt Schmied:** Natürlich!), wenn da mehr oder weniger jene Person, die auch sagt, sie ist alleine dort gewesen und musste daher genau wissen, welche Rechnungen insgesamt ausgestellt wurden, sagt, es ist ihre ureigenste Aufgabe gewesen, auch für Sie die Rechnungslegung durchzuführen. Aber Sie sagen, Sie wissen es nicht.

Kurt Schmied: Nein, das stimmt nicht.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Und es ist auch nie ein Geld bei Ihnen irgendwo eingelangt? Weil das Nächste, was sie sagt, ist, dass sie die jeweiligen Kontennummern immer darauf geschrieben hat auf die Rechnung.

Kurt Schmied: Nicht die Kontennummern, ich habe darauf geschrieben, wann ich es überwiesen habe, handschriftlich.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie irgendwann Geld auf Ihrem Konto gehabt, wofür Sie keine Rechnung ausgestellt haben?

Kurt Schmied: Nein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Damit ist die Zeit genutzt. Ich darf mich verabschieden von Herrn Schmied.

(Auskunftsperson **Kurt Schmied** und dessen Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal.)

13.01

Obfrau Dr. Gabriela Moser teilt mit, sowohl von Mag. Gastinger als auch von Mag. Hochegger telefonisch die Zusage erhalten zu haben, dass diese morgen beziehungsweise übermorgen als Auskunftspersonen dem Ausschuss zur Verfügung stehen.

Sodann **unterbricht** die Obfrau die Sitzung.

13.02

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.02 Uhr **unterbrochen** und um 13.38 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

13.38

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 13.38 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

Auskunftsperson Arno Eccher

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Arno Eccher** als **Auskunftsperson**. – Guten Tag! Sie kommen ohne Vertrauensperson? (**Arno Eccher:** Ja!)

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Eccher, ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Eccher Arno. Geburtsdatum: 1. August 1961. Anschrift: Fußbach. Beruf: Geschäftsführer. Sie standen nie in öffentlichen Dienstverhältnissen.

Herr Eccher, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, erteile ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Bevor wir auf die Befragung eingehen, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Herr Eccher, vor Eingang in die Befragung haben Sie auch die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen gemäß § 11 Abs. 2 der Verfahrensordnung. Möchten Sie diese Möglichkeit wahrnehmen? (**Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Amon das Wort.**)

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Eccher, können Sie uns sagen, was derzeit Ihre exakte berufliche Tätigkeit ist?

Arno Eccher: Ich bin derzeit Landesgeschäftsführer bei der FPÖ in Vorarlberg.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie waren von 2003 bis 2005 auch Bundesgeschäftsführer der FPÖ. – Ist das richtig?

Arno Eccher: Das ist richtig.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Anschließend waren Sie bis 2007 Bundesgeschäftsführer des BZÖ? – Ist das auch korrekt?

Arno Eccher: Das ist korrekt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und gleichzeitig Geschäftsführer der BZÖ Werbeagentur Orange?

Arno Eccher: Nicht im selben Zeitraum; Geschäftsführer der Orange Werbeagentur war ich vom Spätherbst 2005 weg, also deutlich nach der Gründung, also nicht in derselben Zeit, als ich Bundesgeschäftsführer war.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann darf ich konkreter werden: Können Sie Ihre Aufgaben, und zwar konkret im Wahlkampf 2006, wo Sie für das BZÖ tätig waren, beschreiben?

Arno Eccher: Es waren großteils organisatorische Aufgaben, die wir von der Geschäftsstelle aus zu erledigen hatten; sehr viele organisatorische Aufgaben, weil ja die Strukturen des BZÖ bundesweit zum Teil nicht vorhanden waren. Es ging also gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten und Bündnisobmann darum, ein Team oder eine Mannschaft für die Wahl aufzustellen – sprich mit einer Wahlkampfleitung, sprich mit verschiedenen Agenturen –, aber natürlich auch das Ganze organisatorisch und von Wahlhelfern her und so weiter ..., und auch zum Teil die Verwaltung des Budgets, des Wahlkampfbudgets. Das waren meine Hauptaufgaben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Welche Agenturen waren an der Abwicklung des Wahlkampfes beteiligt?

Arno Eccher: Das war großteils die Firma Schmied & Schmied im operativen Bereich, und dann hat es auch noch andere Agenturen gegeben, die aber eher im Bereich Werbemittel und so tätig waren, und die Agenturen für Werbeflächen und so weiter.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gab es so etwas wie eine zentrale Wahlkampfleitung?

Arno Eccher: Die zentrale Wahlkampfleitung war eigentlich der Wahlkampfleiter, gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten und Bündnisobmann. Das war eigentlich der engste Kreis.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wir haben heute von Herrn Schmied gehört, dass die bundesländer-verantwortlichen Spitzenkandidaten wie immer aus einem Budget, das offenbar Schmied & Schmied über die Telekom abrechnen konnte, direkt für einschlägige Wahlkampfunterstützung – heißt Inserate, etc. – zugreifen konnten. – War Ihnen das bekannt?

Arno Eccher: Es war mir bekannt, dass es Bundesländer gegeben hat, wo mehr Aktivitäten waren. Die Bundesländer haben dort im Zuge dieser Wahlbewegung auch ziemlich autonom gewirkt. Wir waren froh, wenn mehr Aktivitäten geschehen sind, weil die Grundausstattung, die wir als Bundespartei, sage ich jetzt, liefern konnten, war im Vergleich zu anderen Wahlgegnern aufgrund der Budgetknappheit sehr bescheiden. Ich habe das natürlich mitbekommen, wo mehr oder weniger passiert ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie muss ich mir das jetzt vorstellen: An sich gibt es so etwas wie ein Corporate Design, jetzt rufen die Bundesländer Kontingente ab. Haben Sie dann noch einmal, was weiß ich, einschlägige Inserate gesehen, bevor die freigegeben worden sind für die Schaltung oder haben da die Länder völlig autonom agiert?

Arno Eccher: So wie ich das in Erinnerung habe, haben die Länder autonom agiert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, es gab kein Corporate Design?

Arno Eccher: Es gab bundesweit ein Corporate Design, und großteils haben sich die Länder hoffentlich daran gehalten. Ganz korrekt weiß ich es nicht mehr, weil ich nicht alle Inserate gekannt habe, die zum Teil in den Ländern geschalten wurden, weil das eben autonom geschehen ist, aber ich denke schon, dass die sich an das Ziel gehalten haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Da hatte niemand von der Bundesseite die Möglichkeit zu sagen, na passt auf, das passt aber nicht in die Linie: weder inhaltlich, noch thematisch, noch graphisch?

Arno Eccher: Ich nicht. Ich war es nicht. Ich habe diesbezüglich ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen jemand bekannt, der diese Möglichkeit gehabt hätte?

Arno Eccher: Ja, ich gehe davon aus, dass das großteils im Interesse des Spitzenkandidaten war, dass man österreichweit schon im CI fährt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War der Spitzenkandidat der Wahlkampfleiter? (**Arno Eccher:** Nein!) Hatte der Wahlkampfleiter vielleicht die Möglichkeit, da einzugreifen?

Arno Eccher: Das würde ich eher bejahen, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer war der Wahlkampfleiter damals?

Arno Eccher: Das war Herr Gernot Rumpold.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben, wenn ich es richtig verstanden habe, auch gesagt, dass Sie für die Budgetmittel im Wahlkampf zuständig waren?

Arno Eccher: Für die Verwaltung des Budgets, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie sagen, woher die Gelder für diesen Wahlkampf kamen?

Arno Eccher: Das waren großteils Gelder aus Mandatsabgaben, sprich aus dem Parlamentsklub, dann wurde natürlich auch die Wahlkampfkostenrückerstattung einbudgetiert, und schlussendlich hat das Ganze aber nicht ganz gereicht und wir mussten nach der Wahlbewegung auch einen Kredit aufnehmen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War Ihnen bekannt, dass es da einen Art Abruf-Topf vonseiten der Telekom gibt, für diesen Wahlkampf?

Arno Eccher: Das war mir zur damaligen Zeit nicht bekannt. Ich habe gewusst, wie ich Ihnen vorher deponiert habe, dass in einigen Ländern mehr passiert, dass Gelder auch vorhanden sind, aber ich wusste natürlich nicht woher.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie sind davon ausgegangen, dass die Agentur Schmied & Schmied die Gelder bereitstellt?

Arno Eccher: Wie meinen Sie das?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dass die Agentur Schmied & Schmied, an die ja Rechnungen geschickt worden sind ...

Arno Eccher: Großteils war es ja auch so, dass die Firma Schmied & Schmied von uns beauftragt wurde und dafür auch Fakturen stellen konnte, wie es üblich ist in einer Wahlbewegung; also für Graphik und so weiter, was halt im Zuge einer Wahlbewegung anfällt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also Ihnen war nicht bewusst – ich halte das noch einmal fest –, Ihnen war nicht bewusst, dass die Agentur Schmied & Schmied Rechnungen an die Telekom richtet für das BZÖ?

Arno Eccher: Nein, das war mir nicht bewusst.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Welche Funktion hatte Klaus Wittauer im Wahlkampf des BZÖ?

Arno Eccher: Im Zuge der Wahlbewegung habe ich mitbekommen, dass er sich sehr intensiv um sein Heimatbundesland gekümmert hat, obwohl er nicht Spitzenkandidat war, das war damals ein Herr Gebauer aus Innsbruck, aber das habe ich mitbekommen, dass er sich sehr, sehr engagiert in Tirol bewegt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hat sich Herr Wittauer auch für andere Bundesländer eingesetzt?

Arno Eccher: Das kann ich jetzt nicht genau sagen. Also der Eindruck ... – Kann ich nicht genau sagen, wirklich nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, dass Herr Wittauer von der Telekom Geld für den BZÖ Wahlkampf organisiert hat?

Arno Eccher: In der damaligen Zeit? (*Abg. Amon: Ja!*) – Nein.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wann haben Sie zum ersten Mal davon erfahren?

Arno Eccher: Eigentlich aus den Medien.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Es gibt drei Rechnungen, die von der Orange Werbeagentur an Schmied & Schmied ergangen sind, und zwar einmal in der Höhe von 170 400, einmal von 60 000 € und einmal von 90 000 €.

Haben Sie diese Rechnungen ausgestellt? Sind Ihnen die erinnerlich?

Arno Eccher: Ob ich sie ausgestellt habe, weiß ich jetzt nicht, aber ich denke, dass sie schon auch mit meiner Beteiligung ausgeführt wurden oder fakturiert worden sind. Fakturiert selber hat natürlich die Buchhaltung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Jetzt komme ich zurück zu meiner vorhin gestellten Frage. Wie konnten Sie annehmen, dass Schmied & Schmied in der Lage ist, diese Rechnungen in dieser Größenordnung zu bezahlen?

Arno Eccher: Das war so, dass im – ich weiß jetzt nicht genau, wie Sie das meinen, wie ich das annehmen konnte – es war so, dass die Finanzlage bei uns natürlich sehr angespannt war und ich, beziehungsweise ... ja ich den Auftrag bekommen habe, diese Fakturen zu stellen, und das habe ich auch getan.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Von wem haben Sie diesen Auftrag bekommen?

Arno Eccher: Vom Eigentümer der Agentur.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist jetzt sehr abstrakt ...

Arno Eccher: ... der Bündnisobmann.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und wer war das?

Arno Eccher: Peter Westenthaler.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer war sonst noch informiert, dass die Orange-Rechnungen an die Agentur Schmied zu legen sind? Ist das im Wahlkampfteam besprochen worden?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht, außer der Buchhaltung weiß ich das nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das Geld ist bei Ihnen eingegangen. Was ist dann mit dem Geld gemacht worden?

Arno Eccher: Wir haben natürlich sehr viel für die Bundesländer getan, und das ist natürlich für die Wahlbewegung verwendet worden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gibt es sonst noch andere größere, nennenswerte Beträge, an die Sie sich erinnern, die an die Schmied Werbeagentur fakturiert worden sind?

Arno Eccher: Nein, nein, die sind mir nicht in Erinnerung. Nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In der Fragebeantwortung vom Kollegen Amon haben Sie ja schon zu einigen wesentlichen Dingen Ihre Sicht der Dinge erläutert. Es ist auch nichts Ungewöhnliches, dass der Parteiobermann dem Geschäftsführer der Partei Aufträge erteilt, dieses oder jenes zu machen. Das ist an sich ganz normales Geschäft, daher wundert es mich auch nicht, wenn Ihnen der Herr Westenthaler Aufträge gibt, die dann entsprechend auszuführen sind.

Der Problemkreis, um den sich dieser Ausschuss dreht, handelt ja davon – und das haben wir ja von der Auskunftsperson, die zuvor hier war, es hat sich um Herrn Kurt Schmied gehandelt, der sehr freimütig zugegeben hat, über die Vermittlung des Herrn Wittauer und in Absprache mit ein bis zwei Herren von der Telekom, dass der Scheinangebote und auch Scheinrechnungen ausgestellt hat und dieses Geld, es handelt sich um netto 600 000 €, von der Telekom direkt an Schmied & Schmied überwiesen wurde und dieses Geld für den BZÖ-Wahlkampf zur Verfügung stand.

Es hat dann noch eine weitere Zahlung von einer Frau Haslinger gegeben, die ursprünglich einen Vorzugsstimmenwahlkampf für die damalige Bundesministerin für Justiz Gastinger machen sollte. Dieser Wahlkampf ist aber aufgrund der Entscheidung der Frau Gastinger letztlich nicht zustande gekommen, und da sind noch 200 000 € an die Firma Schmied & Schmied geflossen.

Haben Sie eine Wahrnehmung über diese insgesamt rund 920 000 € aus dem Bereich der Telekom, die an die Firma Schmied & Schmied geflossen sind? Haben Sie da etwas gehört, dass dieses Geld vorhanden ist und wie das Geld zustande gekommen ist, wer das aufgebracht hat?

Arno Eccher: Wie ich vorher bereits deponiert habe, habe ich also nicht gewusst, dass das Geld von der Telekom kommt. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass **ich persönlich nie** mit jemandem von der Telekom diesbezüglich ein Gespräch hatte, ich auch nichts wusste von diesem, wie Sie jetzt sagen, Vorzugsstimmenwahlkampf für die damalige Bundesjustizministerin. Also ich muss das verneinen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Schmied hat gemeint, das sei in erster Linie Herr Wittauer gewesen, der da sehr umtriebig gewesen sein soll.

Können Sie von der Struktur des BZÖ im Wahlkampf irgendetwas Näheres erläutern? Hat es da Gremien gegeben, einen Vorstand, ein Wahlkomitee? Wie sind da die Entscheidungsabläufe gewesen, und wo waren Sie eingebunden? Speziell: Waren Sie auch eingebunden in der Frage – Sie haben die finanziell eher schlechte Situation angesprochen –, dass man Spenden von auswärts lukriert, in irgendeiner Form in Ihrer Anwesenheit nach Ihrem Wissensstand angesprochen worden seitens Verantwortlicher im BZÖ?

Arno Eccher: Zu Ihrer letzten Frage sage ich deutlich Nein. Also ich habe diesbezüglich nichts mitbekommen. Wir haben im Zuge der Wahlbewegung einen Wahlausschuss gehabt, wo mehrere Personen involviert waren, wo man teilweise über Aktivitäten gesprochen hat, allerdings sehr wenig über Finanzen.

Ich sage aber dann auch dazu, dass der Wahlausschuss mit der Zeit eigentlich immer weniger getagt hat oder ich einmal nicht beigezogen war, aber auch einige andere. Das Team war am Anfang größer, und zum Schluss sind eigentlich die Entscheidungen großteils vom damaligen Spitzenkandidaten und Bündnisobmann gefällt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie waren für die Einhaltung des Budgets verantwortlich, nicht dafür, woher das Geld kommt, wie Sie ausgeführt haben, sondern Sie haben ein bestimmtes Budget zur Verfügung gehabt – es hat sich unter Umständen verändert, je nachdem, ob da Eingänge waren oder Ähnliches, und natürlich laufende Ausgaben. Sie haben dieses Budget überwacht, ohne zu wissen, woher es gekommen ist.

Haben Sie davon gewusst, dass Wahlkampfgeld direkt bei der Agentur Schmied & Schmied vorhanden ist, woher auch immer?

Arno Eccher: Wie ich Ihnen gesagt habe: Ich habe natürlich die Aktivitäten, vor allem in Tirol die starken Aktivitäten mitbekommen und muss Ihre Frage eigentlich bejahen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es hat auch der Herr Schmied zuvor gesagt, dass er auch Länderkampagnen gehabt hat. Es findet sich auch eine entsprechende handschriftliche Notiz von Herrn Schmied, der für sich selbst, wie er ausgeführt hat, dieses Geld, das von der Telekom gekommen ist, intern zugeteilt hat. Da steht dabei: 200 000 Bund, Klammern: Eccher; 200 000 Wien, Scheibner; 200 000 plus 90 000 Tirol – also dass er sieht, dass es da etwas gibt.

Haben Sie in irgendeiner Phase damit rechnen können – zum Beispiel auch für das Burgenland ein kleiner Betrag, wo auch Ihr Name dann aufscheint, dass Sie da abrufbar, verfügberechtigt oder Ähnliches gewesen wären –, haben Sie gewusst, dass ein bestimmter Betrag auch für den Bundeswahlkampf des BZÖ bei Schmied & Schmied an Leistungen zur Verfügung steht?

Arno Eccher: Ich kann mir vorstellen, dass es sich hierbei um Budgetdaten handelt, um Gespräche und, ja, normale Budgetdaten sind wahrscheinlich auf Basis von irgendwelchen Gesprächen von irgendjemandem mit dem Kurt Schmied, wobei ich nicht weiß, ob ich das war, mich nicht erinnern kann, wirklich nicht erinnern kann.

Aber, wie ich Ihnen gesagt habe, ich habe Bewegungen mitbekommen in Tirol und so weiter – und kann das jetzt nicht ganz bestätigen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Parteienfinanzierung, Spenden an Parteien sind ja grundsätzlich nichts Illegales, man muss es nur gesetzmäßig bekanntgeben.

Hat es – ohne zu sagen, von wem –, hat es Spenden an das BZÖ legaler Natur in Ihrer Beobachtung gegeben?

Arno Eccher: Nein, kann ich verneinen. Also, dass es jetzt gar nichts gegeben hat, das weiß ich nicht, aber jetzt keine Riesenbeträge. Ich meine, es gibt Menschen, die (Abg. Dr. Rosenkranz: Nur aus Ihrer Wahrnehmung, also ...) spenden im Zuge von Veranstaltungen 300 € oder so. Das wird es wohl auch gegeben haben, wie es das auch bei jeder Partei gibt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Irgendwelche Firmen größerer Natur, so, wie sie medial kolportiert sind, haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen gemacht? Staatsnahe Unternehmen, die namhaftere Beträge an das BZÖ legal bezahlt haben? Haben Sie da eine Wahrnehmung? (**Arno Eccher:** Nein!) – Es war von Telekom-Geld die Rede, wo Sie gesagt haben, Sie wissen nicht, woher diese Geldflüsse gekommen sind.

Haben Sie Wahrnehmungen über andere, nicht so ganz saubere Zahlungsflüsse, die von anderen Firmen ans BZÖ generell gekommen sind?

Arno Eccher: Das kann ich ebenfalls verneinen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich keine weiteren Fragen. Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Eccher, ich schließe an die Fragen des Kollegen Rosenkranz an. Können Sie beziffern, wie hoch das Wahlkampfbudget des BZÖ für die Nationalratswahl 2006 für den Bundeswahlkampf war?

Arno Eccher: Ich habe es nicht mehr genau in Erinnerung. Ich gehe von etwa 3,6 bis 3,8 Millionen € aus, aber ich weiß es nicht mehr ganz genau.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns sagen, woraus sich diese ungefähr 3,8 Millionen, 3,6 Millionen €, woraus sich diese Summen konkret zusammengesetzt haben?

Arno Eccher: Das ist, wie ich bereits erwähnt habe, großteils über den Parlamentsklub. Dann wurde natürlich auch die Wahlkampfkostenrückerstattung einbudgetiert. Und dann waren, wie ich bereits deponiert habe, aufgrund verschiedenster Umstände, wie es in einer Wahlbewegung ist, etwas mehr Ausgaben, was dann auch der Grund war, dass nach der Wahl ein Kredit aufgenommen werden musste.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, es wurde sehr viel auch auf Pump finanziert für diesen Wahlkampf, weil die finanziellen Mittel gefehlt haben?

Arno Eccher: Das stimmt, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass der gesamte damalige BZÖ-Bündnisvorstand, die Mitglieder des Bündnisvorstandes persönliche Haftungen für übernommene Kredite übernommen haben?

Arno Eccher: Das ist korrekt, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die haben persönliche Haftungen übernommen, das heißt ein persönliches Risiko.

Können Sie die Höhe der Haftung beziffern?

Arno Eccher: Es wurde damals eine Summe – das war im Frühjahr 2007 –, ich glaube, eine Summe von 1 Million € aufgenommen, und dividiert durch den Vorstand ergibt das die persönliche Haftung. Aber wir reden schon in der Gegend von 80 000 bis 100 000 €, schätze ich einmal, ich weiß es nicht genau.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Angaben stimmen. Also wir haben durchgerechnet: Pro Vorstandsmitglied wurde eine Haftung von 120 000 € persönlich für diesen Wahlkampf übernommen.

Ich halte Ihnen einen Rahmenvertrag zwischen dem BZÖ, Schmied Agentur und der Orange vor.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Können Sie uns auf Basis dieses Rahmenvertrages das Verhältnis dieser Firmen untereinander genau erklären, wer welche Aufgaben hatte und wie im Wahlkampf, konkret 2006, die Organisation auch zwischen diesen Agenturen abgelaufen ist? Wer hat da was gemacht? Wer war wofür zuständig? Und wer hat welche Leistungen verrechnet und bezahlt?

Arno Eccher (*nach Durchsicht von Schriftstücken*):

Das ist dann ein typischer Rahmenvertrag, den politische Gruppierungen im Zuge von Wahlbewegungen oder andere politische Gruppierungen, die vielleicht bessere finanzielle Mittel haben, auch zwischen den Wahlzeiten mit Agenturen abschließen. Es geht um Werbekosten, Graphikkosten, Medienschaltungen. Ich sage jetzt halt: das Übliche. Ja, das ist ein normaler Rahmenvertrag, eine, wie es hier steht, Auftragsvereinbarung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Werbeagentur Schmied hat Subaufträge übernommen von der Orange beziehungsweise dem BZÖ, die entsprechend verrechnet wurden.

Arno Eccher: Ja, das stimmt so.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was waren die hauptsächlichen Leistungen der Werbeagentur Schmied für den Bundeswahlkampf? Waren das hauptsächlich graphische Dinge oder auch organisatorische?

Arno Eccher: Ja es waren eigentlich beide Geschichten, aber hauptsächlich schon im graphischen Bereich, aber es waren beide Geschichten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir wissen, das Budget war sehr knapp, der BZÖ-Vorstand persönlich, jedes Mitglied hat eine Haftung von 120 000 € übernommen, man hat den Wahlkampf auf Pump finanziert.

Was war mit Aktivitäten einzelner Bundesländer, die außerhalb des Bundeswahlkampfes zusätzliche Aktivitäten gesetzt haben? Wer hat das zu verantworten? Wer hat das beauftragt? Wurde das autonom von der Bundespartei gemacht oder nicht? In welcher Form ist das abgelaufen? Und wer hat in welchem Bundesland auffallend viele Aktivitäten eigenständig gesetzt?

Arno Eccher: Es ist so, wie ich bereits berichtet habe, dass natürlich unsere – also sprich von Bundesseite – Ausstattung an die Bundesländer für so eine Wahlbewegung eher bescheiden war. Es ist halt, wie ich vorher deponiert habe, in einigen Ländern mehr geschehen, in einigen weniger. Ich gehe auch davon aus, dass es sehr wahrscheinlich Kandidaten gegeben hat, die sogar mit privaten Mitteln und Einsätzen mitgekämpft haben. Das ist ja auch nichts Unübliches.

Ich wiederhole, dass ich natürlich die Aktivitäten in Tirol, verstärkte Aktivitäten in Tirol sehr wohl gemerkt habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen vor aus Ihrer Einvernahme und bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen: Sie sagen in dieser Einvernahme, dass, wenn es sich um spezifische Bundesländer-Aufträge gehandelt habe, diese nicht Sie vergeben haben, sondern die jeweils erwähnten Bundesländer autonom und dass dies auch von den Bundesländern selbst bezahlt werden musste.

Können Sie uns da konkrete Beispiele nennen? Welche Leistungen wurden zum Beispiel von Bundesländern autonom gesetzt, die Ihnen in Erinnerung sind, und wie wurden diese bezahlt?

Arno Eccher: Wie ich bereits vorher deponiert habe, haben einige Länder mehr getan. Es war aber so, dass sie das wirklich ausschließlich autonom getan haben. Zum Teil

waren das, habe ich mitbekommen, mehrere Setkarten, also eventuell nicht nur für den Spitzenkandidaten. Zum Teil, habe ich mitbekommen, ist im Bereich der Plakatierung in einigen Ländern mehr geschehen. Aber es war so, dass wohl den Ländern etwaige Firmen, wo solche Sachen zu beziehen sind, gemeldet wurden. Allerdings ist dann alles autonom über die Länder abgelaufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welches Bundesland hat da am meisten autonome Aktivitäten gesetzt? Sticht da irgendein Bundesland im Bundesländer-Vergleich hervor, wo Sie sagen, die haben am auffallendsten und am heftigsten eigenständig Wahlwerbung betrieben?

Arno Eccher: Das war zweifelsohne das Bundesland Tirol.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit dem Spitzenkandidaten?

Arno Eccher: Andreas Gebauer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und der Herr Wittauer, der die Finanzierung sichergestellt hat.

Gehen wir zu Herrn Wittauer. War Ihnen bekannt, dass die Wahlkampfgelder des Klaus Wittauer für das Bundesland Tirol Telekom-Gelder waren?

Arno Eccher: Nein, das war mir nicht bekannt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das jemals irgendwo in einer Bundessitzung, in einer Besprechung, in der Kaffeeküche irgendwo gefallen, dass diese Gelder des Wittauer von der Telekom kommen?

Arno Eccher: Nein, ganz sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass das intern im BZÖ auf Bundesebene immer nur – und das geht auch aus den Einvernahmen hervor – genannt wurde „das Geld vom Klaus“?

Arno Eccher: Ist mir zum Teil auch zu Ohren gekommen, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat der Klaus Wittauer, wenn man ihn dazu gefragt hat, etwas gesagt, woher er dieses Geld hat – oder wovon sind Sie ausgegangen, woher Wittauer dieses Geld hat?

Arno Eccher: Also ich weiß jetzt nicht, ob er es jemandem gegenüber deponiert hat. Aber es war jetzt nicht so, dass es nur überraschend war, weil es ja kein Geheimnis ist, dass Klaus Wittauer nicht so schlecht situiert ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie war das Verhältnis zwischen Klaus Wittauer und dem Spitzenkandidaten Peter Westenthaler?

Arno Eccher: Das war eigentlich keines.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das näher ausführen?

Arno Eccher: Ich hatte schon das Gefühl, dass Klaus Wittauer eigentlich wieder Ambitionen gehabt hätte, in den Nationalrat einzuziehen. Er war ja schon im Nationalrat und hatte auch damals von der FPÖ ins BZÖ gewechselt. Ich habe ihn eigentlich als engagierten Mandatar gesehen, kennengelernt, kann ich nicht einmal so sagen, damals gesehen. Ich weiß aber, dass hier eine Kandidatur oder im möglichen Bereich einer Mandatsnähe ... – Ich weiß nicht konkret, wo der Klaus Wittauer kandidiert hat, aber sicher nicht in Mandatsnähe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Klaus Wittauer war damals noch im Nationalrat, aber auf Basis der Umfragen und des zu erwartenden Ergebnisses und seines Listenplatzes war fix davon auszugehen, dass er dem nächsten Nationalrat

nicht angehören wird? (**Arno Eccher:** Ja!) – Ist es korrekt – mir sagen das Teilnehmer –, dass es einmal so eine Art interne Besprechung gegeben hat, wo Klaus Wittauer gegenüber der BZÖ-Führung, konkret Westenthaler, angeboten hat, dass er, wenn er einen fixen Listenplatz bekommt, eine entsprechend hohe Summe – ich glaube, es waren über 500 000 € – an Wahlkampfgeldern zur Verfügung stellen wird? Ist Ihnen von diesem Gespräch etwas bekannt?

Arno Eccher: Ich war bei diesem Gespräch nicht dabei, ich weiß aber, dass es so etwas gegeben hat, und weiß auch – damals, das war im Frühsommer 2006 –, dass Peter Westenthaler da klar deponiert habe – ich war selbst beim Gespräch nicht dabei –, dass Mandate nicht käuflich sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Wittauer hat eine Zahlung von mehreren Hunderttausend Euro angeboten für einen Spitzenplatz, und er hat ihn nicht bekommen, sondern man hat dieses Angebot ausgeschlagen. Es ist auch wichtig, das festzuhalten.

Ich halte Ihnen vor aus der Einvernahme von Kurt Schmied vom 9. August, wo Kurt Schmied sagt, dass er diese Telekom-Zahlung, dass er konkret von einer der folgenden drei Personen den Auftrag erhalten habe, diese Rechnungen an die Telekom zu stellen: Eccher, Gebauer, Wittauer.

Haben Sie, Herr Eccher, dem Herrn Schmied diesen Auftrag erteilt, Rechnungen an die Telekom zu stellen?

Arno Eccher: Nein. Diese Frage wurde mir auch bei meiner ersten und einzigen Einvernahme im August letzten Jahres gestellt. Es wurde mir diese Aussage von Kurt Schmied nahegebracht, und das kann ich fix verneinen.

Ich mache an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam, dass ich auch mit niemandem von der Telekom Kontakte hatte oder habe. Es wäre für mich auch nicht möglich gewesen, so etwas zu deponieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zum Bundesland-Wahlkampf in Tirol: Wissen Sie, wer die Agentur Schmied beauftragt hat, zusätzliche Leistungen autonom für das Bundesland Tirol zu erbringen? Ich halte Ihnen hier die Aussage des Herrn Phleps vor und frage Sie, ob Sie das bestätigen können – ich zitiere –:

Klaus Wittauer entschied mit Sicherheit, dass die Kampagne und die Abrechnung über die Firma Schmied abgewickelt werden. Warum das so entschieden wurde, kann ich nicht angeben. – Zitatende.

Ist das korrekt?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht, aber ich gehe jetzt davon aus, dass das so stimmt, wenn das Herr Phleps behauptet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben ja Zahlungsflüsse über den Klaus Wittauer, also von der Telekom über Klaus Wittauer in Richtung BZÖ-Wahlkampf Tirol, Gebauer, Wittauer, von rund 300 000 €.

Ist Ihnen von dieser Summe und der Verwendung dieser Summe jemals irgendetwas bekannt gewesen in Ihrer damaligen Funktion oder erst im Zuge der strafrechtlichen Ermittlungen?

Arno Eccher: Ich wiederhole hier meine Aussage, dass ich natürlich mitbekommen habe, dass im Bundesland Tirol im Zuge dieser Wahlbewegung sehr viel passiert und sehr engagiert gearbeitet wird – und mehr kann ich eigentlich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine persönliche Frage – Sie haben auch gesagt, dass nach dem Wahlkampf noch ein Kredit aufgenommen werden musste –: Haben Sie eigentlich als Geschäftsführer der Orange und des damaligen BZÖ einen persönlichen vermögensrechtlichen Nachteil aus Ihrer Funktion, die Sie für das BZÖ ausgeführt haben, erlitten? Wenn ja: in welcher Höhe?

Arno Eccher: Ja, das habe ich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns das konkret schildern?

Arno Eccher: Es war eben so, wie ich hier deponiert habe: dass im Wahlkampf eben mehr oder deutlich höhere Kosten entstanden sind. Es war dann auch so, dass die Situation, bevor dieser Kredit geholt werden konnte, mehr als angespannt war, sehr deutlich angespannt war, ich Geschäftsführer dieser Agentur war, ich dort auch eine Phase hatte, wo ich – wie viele bestätigen können – sehr alleine gelassen worden bin mit diesen Problemen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem alleine gelassen?

Arno Eccher: Ich sage jetzt einmal: von den damals im Wahlkampf Zuständigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer konkret?

Arno Eccher: Ja, natürlich schon der Bündnisobmann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In welcher Form alleine gelassen?

Arno Eccher: Es sind eben verschiedenste Zahlungen gekommen, die zum Teil schon „in der letzten Stufe“ waren. Es war natürlich für mich nicht einfach, da der Eigentümer der Agentur doch die Partei war, sie zu 100 Prozent Eigentümer dieser Agentur war, und ich einfach aus Loyalität, sage ich jetzt einmal, oder um größeren Schaden zu verhindern, teilweise auch Rechnungen, die im Frühjahr 2006 zum Teil in der letzten Stufe waren vom Mahnwesen her – was weiß ich, was mit der Agentur passiert wäre – diese Rechnungen privat übernommen habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hoch ist die Summe von Rechnungen aus dem Wahlkampf, die offensichtlich bestellt wurden und wo keiner etwas über die Zahlung gewusst hat und Sie dann damit alleine gelassen wurden? Wie hoch ist die Summe, die Sie persönlich als Privatperson übernommen haben für diesen Wahlkampf? Konkret die Summe.

Arno Eccher: Das sind etwa 65 000 €.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Sie abbezahlt haben aus Ihrem Vermögen oder wofür Sie einen Kredit aufgenommen haben?

Arno Eccher: Ich musste einen Kredit dafür aufnehmen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie ist Ihr Verhältnis zu Hubert Gorbach?

Arno Eccher: Hubert Gorbach ist ein langjähriger politischer Begleiter von mir. Wir kommen aus derselben Gemeinde, haben dieselbe Heimatgemeinde, und haben uns schon vor dem Jahre 1985 kennengelernt und ab 1985 auch in unserer Heimatgemeinde politisch engagiert.

Ich bin dann auch auf seinen Wunsch hin 1987 Landesgeschäftsführer bei der FPÖ-Vorarlberg geworden und war dann lange Zeit oder sehr lange – praktisch bis zu meinem Ausscheiden aus der Landesgruppe Vorarlberg 2001 – ganz sicher sein engster Begleiter, und ich getraue mich auch zu sagen, dass ich ihn als Freund sehe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also ein sehr enges Vertrauensverhältnis (**Arno Eccher:** Ja!), ein Freund. Es gibt ja Vorwürfe – die sind Ihnen wahrscheinlich

bekannt –, dass die Gegenleistung für diese Telekom-Zahlungen, die über Wittauer organisiert wurden, die Änderung der Universaldienstverordnung durch Hubert Gorbach gewesen wäre.

Wenn Sie so ein enges Vertrauensverhältnis haben, damals zugleich Bundesgeschäftsführer waren, auch für die Finanzierung verantwortlich waren, dann hätten Sie ja irgendwann mit Gorbach auch darüber geredet: Wir haben kein Geld!

Gorbach hat gesagt – oder auch nicht –: Ich werde die Universaldienstverordnung ändern, dafür gibt es Geld für das BZÖ. – Der Herr Pilz versucht das jedenfalls so zu konstruieren.

Der Herr Pilz ist kein Freund des BZÖ – Gott sei Dank ist das so –, aber ich frage Sie als Freund des Hubert Gorbach: Hat jemals etwas in diese Richtung, wie das der Herr Pilz zu konstruieren versucht, stattgefunden? Haben Sie irgendwelche Hinweise darauf, dass es politische Gegenleistungen für Telekom-Gelder gab, wie die Änderung der Universaldienstverordnung, irgendwelche Funkmasten-Geschichten, von denen der Herr Pilz da philosophiert? Hatten Sie jemals irgendeinen diesbezüglichen Hinweis von Gorbach, der ja Ihr persönlicher Freund war?

Arno Eccher: Nein, da gab es nie einen Hinweis.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass Hubert Gorbach in der Wahlbewegung 2006 beim BZÖ so gut wie keine Rolle mehr gespielt hat. Er war auch in keinem Gremium. Ich glaube, er hat überhaupt nicht mehr kandidiert – also nicht nur auf vorderen Rängen nicht, sondern überhaupt nicht, und das war nie ein Thema.

Ich möchte hier auch gleich deponieren, dass ich selber diesen Begriff „Universaldienstverordnung“ zum ersten Mal im August letzten Jahres gehört habe, und ich musste dann selber nachschauen, was das überhaupt bedeutet oder ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Schlussfrage, die konkret mit ja oder nein zu beantworten ist: Ist es also richtig, ja oder nein, dass Hubert Gorbach schon vor dem Wahlkampf seinen Ausstieg verkündet hat, nie in den Wahlkampf involviert war, nie in die Finanzierung involviert war, nie in den BZÖ-Wahlkampf 2006 involviert war, sondern sich ausschließlich auf seine Funktion als Minister konzentriert hat und – völlig abgekoppelt vom BZÖ – mit der Wahlbewegung überhaupt nichts mehr zu tun hatte?

Arno Eccher: Das ist vollkommen richtig. Dass Hubert Gorbach bei der Wahl nicht mehr zur Verfügung stehen wird, ist ja irgendwie bereits im Mai 2005 durch die Medien gegangen. Das war ganz kurz nach der Gründung des BZÖ. Ich kann das, was Sie jetzt sagen, nur bestätigen: Er war wirklich diesbezüglich auf Ministerebene tätig, aber eigentlich BZÖ-mäßig nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sehr geehrter Herr Eccher! Ich habe ein paar Nachfragen zu dem, was bis jetzt behandelt wurde. Sie haben vorhin gesagt, das Wahlkampfbudget hätte 3,6 Millionen € bis 3,8 Millionen € betragen.

War das die Summe für das Bündnis Zukunft Österreich oder war das das Budget bei „Orange“?

Arno Eccher: Das war das Gesamtbudget. (*Abg. Mag. Lapp: Von beiden?*) – Von beiden, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dann möchte ich jetzt auf den Rahmenvertrag kommen, den ein Kollege vor mir schon angesprochen hat. Sie haben bei Ihrer Einvernahme im August 2011 zu Protokoll gegeben, dass Sie keine Detailkenntnisse über diese organisatorische Einbindung der Agentur hatten.

Jetzt möchte ich nachfragen – weil Sie da ja eben unterschrieben und gesagt haben, das war ein normaler Vertrag –: Also hatten Sie doch Detailkenntnisse?

Arno Eccher: Ich möchte Sie nicht korrigieren, aber ich glaube, diese Antwort habe ich getätigt nach der Frage der Bundesländer.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das ist aber auch allgemein zu sehen.

Arno Eccher: Ja. Ich habe aber dort auch bestätigt, dass mit der Firma Schmied & Schmied zusammengearbeitet wurde. Also wenn Sie sagen, dass ich das gesagt habe, war das sicher betreffend die Einbindung des einen oder anderen Bundeslandes.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aha. Also es war nicht auf diesen Rahmenvertrag (**Arno Eccher:** Nein, nein!) bezogen, sondern es war auf die gesamten Aktivitäten auch in den anderen Bundesländern bezogen. (**Arno Eccher:** Genau, ja!) – Dann habe ich noch eine Frage zu dem Rahmenvertrag, weil da steht unten: Zahlungen an Orange Werbeagentur per 31.12.2006 und dass das 4,396171 Millionen € waren. Sie haben vorhin gesagt, das Gesamtbudget war 3,6 Millionen € bis 3,8 Millionen €.

Woraus ergibt sich diese Differenz?

Arno Eccher: Ich habe gesagt, ich **denke**, dass es 3,6 Millionen € bis 3,8 Millionen € waren. Ich habe das auswendig nicht mehr gewusst und habe das erst nachher vorgelegt bekommen. Ich sehe jetzt, dass es 4,3 Millionen € gewesen sind. Das kann schon so gewesen sein.

Also ich persönlich hatte 3,6 Millionen € bis 3,8 Millionen € in Erinnerung als Wahlbudget.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und die damals zuständigen Verantwortungsträger innerhalb des BZÖ waren Sie von Ihrer Seite als Bundesgeschäftsführer, dann der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Scheuch und Nationalratsabgeordneter Westenthaler, die für diese gesamten Budgetmittel verantwortlich waren. (**Arno Eccher:** Na ...)

Das haben Sie, glaube ich, auch vorhin auf die Frage des Kollegen Amon gesagt, dass das die Entscheidungsträger dort waren.

Arno Eccher: Ja, wobei ich hier jetzt den damaligen Nationalrat Uwe Scheuch ausschließen muss, weil der mit der Bundeswahlbewegung 2006, obwohl er damals Generalsekretär war, eigentlich nichts zu tun hatte. Er war Spitzenkandidat im Bundesland Kärnten und war eigentlich wochenlang in Kärnten. Uwe Scheuch war eigentlich in die gesamte Bundeswahlbewegung nicht eingebunden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt also, Sie und Herr Kollege Westenthaler waren verantwortlich für diese gesamten Aktivitäten?

Arno Eccher: Ja, und eben auch ein engeres Team um den Bundesobmann oder um den Spitzenkandidaten, wie der Wahlkampfleiter natürlich auch.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich bin schon ziemlich neugierig geworden, weil auch in sämtlichen Einvernahmeprotokollen darauf verwiesen wird, dass der Herr Klaus Wittauer solch ein wohlhabender Mensch wäre.

Können Sie mir kurz erläutern, nachdem ich keine Fraktionskollegin bin, also weder bei der FPÖ noch beim BZÖ war, worauf sich diese Wohlhabenheit begründet – oder ob die nur ein Nimbus ist, der ihn umgibt?

Arno Eccher: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, also da müssten Sie ihn wirklich selber fragen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Warum wissen Sie dann, dass er wohlhabend ist?

Arno Eccher: Ich habe betont, dass es **geheißen** hat, dass er nicht so schlecht situiert ist (*Abg. Mag. Lapp: Aha!*), aber ich kenne jetzt seine Eigentumsverhältnisse oder Sonstiges nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aha! Ich wollte Sie diesbezüglich befragen. – Danke für die Antwort.

Im Zusammenhang mit diesem Rahmenvertrag mit der Agentur Orange und der Schmied und Schmied GesmbH ist es so, dass es einen Auftrag von Orange an Schmied in Höhe von 50 400 gibt und dann einen anderen Auftrag von Schmied an Orange in Höhe von 320 400. Das ist, glaube ich, auch aus dem Rahmenvertrag ersichtlich.

Diesbezüglich würde mich interessieren, wie diese Zahlungsströme zustande gekommen sind.

Arno Eccher: Daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern. Ich sehe das jetzt zum ersten Mal nach sechs Jahren.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Den Rahmenvertrag, den Sie unterschrieben haben?

Arno Eccher: Ja. Den sehe ich zum ersten Mal, ja (*Abg. Mag. Lapp: Nachdem Sie ihn unterschrieben haben!*), jetzt wieder. Nach sechs Jahren, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und Sie können dazu in Ihrem Gedächtnis nichts finden? (*Arno Eccher: Nein!*)

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, diese wechselseitigen Zahlungen waren so üblich, aber es war anscheinend nicht so alltäglich üblich, dass Sie sich jetzt daran erinnern können.

Arno Eccher: Das stimmt, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Können Sie Ihre Aufgaben als Bündniskoordinator im Wahlkampf noch ein bisschen umschreiben? – Das heißt, Sie haben eigentlich nur die Aktivitäten bundesweit im Auge gehabt und nicht die Aktivitäten in den einzelnen Landesteilen?

Arno Eccher: Das stimmt eigentlich, ja, weil wir eine sehr kleine Mannschaft waren. Also, ich war eigentlich im Zuge der ganzen Wahlbewegung mehr oder weniger in Wien, und, wie gesagt, ich war verantwortlich für Grundausrüstungen in den Bundesländer, ich war verantwortlich für Tourenpläne, ich war verantwortlich für Wahlhelfer, ja, was eben so ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Für Tourenpläne in Wien oder in den Bundesländer?

Arno Eccher: Nein, diesbezüglich schon österreichweit.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aha. Da muss ich jetzt nachfragen, weil Sie auf der einen Seiten sagen, Sie waren bundesweit tätig und auf der anderen Seite ...

Arno Eccher: Ja, aber ein Tourenplan des Spitzenkandidaten hat nichts mit dem zu tun, ob in einem Bundesland mehr oder weniger passiert. (*Abg. Mag. Lapp: Ach so,*

Sie waren immer für den Spitzenkandidaten ...!) Der wird ja vorher fixiert. Das haben Sie missverstanden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Okay, also Ihr Hauptaufgabengebiet lag bei der Wahlkampfgestaltung für den Spitzenkandidaten.

Arno Eccher: Ganz genau, also die Rahmenbedingungen zu schaffen und so weiter – die organisatorischen Rahmenbedingungen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und die einzelnen Länder haben mehr oder weniger autonom agiert, oder wurden da keine Meldungen gemacht?

Arno Eccher: Nein, abgesehen von der bereits erwähnten Grundausstattung wurde sehr autonom agiert, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wie sind sie auf die Firma Schmied und Schmied gekommen, darauf, dass Sie mit dieser Firma eben diesen Rahmenvertrag abschließen?

Arno Eccher: Die Firma Schmied und Schmied war schon im Umfeld der FPÖ keine Unbekannte und war auch, soweit ich das in Erinnerung habe, bereits bei der Gründung des BZÖ mit verschiedensten Aufgaben betraut, also bei der Gründung im April 2005. Und das war dann praktisch eine Fortsetzung der Zusammenarbeit, sehr wahrscheinlich auch deshalb, weil auch der damalige Spitzenkandidat und Bündnisobmann diese Firma schon sehr gut gekannt hat aus früheren Wahlbewegungen zu FPÖ-Zeiten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Können Sie mir vielleicht noch aus Ihrer Erinnerung sagen, wie viele Leute bei „Orange“ beschäftigt waren?

Arno Eccher: Ich denke, es waren sieben bis acht Personen. In der Wahlbewegung könnten es etwas mehr gewesen sein – also auch ohne Wahlhelfer etwas mehr gewesen sein –, aber der Kern, sagen wir, dürfte so sieben, acht Personen gewesen sein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und bei Schmied und Schmied waren wie viele Leute beschäftigt?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wissen Sie nicht, ob das eine große oder eine kleine Agentur war?

Arno Eccher: Ich weiß, dass die Firma Schmied und Schmied teilweise auch zugekauft hat, das ist auch nichts Unübliches, und ich weiß, dass der Kern eigentlich zwei Brüder waren. Und dann hat es, glaube ich, noch einen Graphiker ... – Ich weiß es nicht genau.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich habe noch eine Frage zur ehemaligen Justizministerin Gastinger. Hatten Sie darüber Informationen, dass es da einen Persönlichkeitswahlkampf geben hätte sollen – das sind ein bisschen sehr viele Konjektive –, also dass es da Ideen gegeben hat, dass es damals einen Persönlichkeitswahlkampf ... (**Arno Eccher:** Nein, nein!) – Davon haben Sie nichts gewusst? (**Arno Eccher:** Nein!)

Dann recht herzlichen Dank! (**Arno Eccher:** Gerne!)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, ich habe da zwei Rechnungen – eine vom 19. Juni 2006 und eine vom 1. August 2006 –, die die Werbeagentur Schmied an „Orange“ zu Handen Herrn Arno Eccher legt: eine über 33 600 € und eine über 16 800 €.

Ist Folgendes richtig: Die Agentur Schmied hat über diese Rechnungen Aufträge der „Orange“ erfüllt?

Arno Eccher: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, Sie haben der Firma Schmied Aufträge gegeben – hier steht: BZÖ Nationalratswahl 2006, Strategie, Marketing, Werbung, graphische Gestaltung, Inseratabwicklungen und so weiter. (**Arno Eccher:** Ja!) – Ja. Okay, das ist einmal das eine.

Das Zweite ist, Sie haben Folgendes gesagt – und mein Mitarbeiter Mag. Niklfeld hat das wörtlich mitgeschrieben –:

Eccher: Es war so, dass die Finanzlage sehr angespannt war, und ich habe dann den Auftrag bekommen, die Rechnungen an die Firma Schmied zu stellen.

Kollege Amon fragt: Von wem kam der Auftrag?

Eccher: Vom Eigentümer – und auf Nachfrage – vom Bündnisobmann.

Und dann wieder auf Nachfrage von Amon: Peter Westenthaler.

Sagen Sie, wann war das? Wann sind die Finanzmittel so knapp geworden, dass es diesen Auftrag von Westenthaler gegeben hat? Wann war das ungefähr?

Arno Eccher: Das kann ich jetzt wirklich nicht genau sagen. Ich weiß auch nicht, ob es konkret mit der Enge der Finanzmittel ... – Ich meine, das hat uns begleitet im Zuge der ganzen Wahlbewegung, also da hat es keinen Tag x gegeben, wo man gesagt hat: Heute ist es schlechter als gestern.

Ich verstehe Ihre Frage nicht ganz, weil das sind Fakturen, die auf Basis dieses Rahmenvertrages ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das sind andere Rechnungen. Die ersten Rechnungen waren für Leistungen, die offensichtlich Schmied für Sie erbracht hat. (**Arno Eccher:** Ja!) Jetzt reden wir von etwas anderem. (**Arno Eccher:** Ach so! Na, die wurden ja!)

Jetzt reden wir von etwas anderem, nämlich von anderen Rechnungen, und da dreht sich plötzlich irgendwann das Verhältnis um. Zuerst ist Schmied ein Auftragnehmer von „Orange“, und dann passiert etwas und plötzlich ist „Orange“ ein Auftragnehmer von Schmied. Zuerst zahlt „Orange“ an Schmied für Leistungen, und plötzlich dreht sich die Geschichte um und Schmied zahlt an „Orange“ für mögliche oder echte Leistungen.

Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, für diese zweite Gruppe von Rechnungen, also die von „Orange“ an Schmied, wo dann „Orange“ von Schmied kassiert hat, und zwar sehr viel mehr Geld – wir kommen auf die Summen dann zurück –, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie auf die Frage des Abgeordneten Amon geantwortet, dass Sie dazu den Auftrag vom Herrn Westenthaler bekommen haben. – Ist das richtig?

Arno Eccher: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wann war das?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht. Ich kenne jetzt das Fakturendatum nicht. Sie werden es ja haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War das im Zuge des Wahlkampfes?

Arno Eccher: Ich denke, im Zuge der Wahlbewegung, ja, aber ich werde es jetzt sowieso gleich sehen, oder nicht?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Jetzt sagt der Westenthaler zu Ihnen plötzlich: Stell der Firma Schmied das und das und das in Rechnung! – Sie haben ja diese Rechnungen vor sich. (**Arno Eccher:** Ja!)

Ist das für Sie überraschend gekommen, dass der Kollege Westenthaler plötzlich sagt: Herr Eccher, stellen Sie der Firma Schmied diese Rechnungen!?

Arno Eccher: Ich kann Ihnen sagen, überraschend, aber erfreulich. Wenn man zum Teil für die Finanzsituation zuständig ist und der Eigentümer sagt, man kann da Fakturen stellen, dann werde ich als Geschäftsführer der Agentur nicht **nein** sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber ist es für Sie überraschend gekommen, dieser Auftrag vom Abgeordneten Westenthaler?

Arno Eccher: Das schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ist überraschend gekommen.

Jetzt haben wir da den Rahmenvertrag Auftragsvereinbarung. Das entnehmen wir auch dem Akt vom 23. Juni 2006, also lange bevor die Wahlbewegung begonnen hat und Geld ausgegeben worden ist. Das war ein Rahmenvertrag zwischen BZÖ, Projektentwicklung Werbeagentur Schmied und Orange Werbeagentur. Und da ist etwas Interessantes drin. Da wird bereits geplant, eingeplant, dass die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied am 27.9.2006 den Betrag von 60 000 € an Orange überweist und ans BZÖ, 28.9.2006 170 400 und 5.10.2006 90 000. Das Ganze ist unterschrieben von mehreren Personen, für das Bündnis Zukunft Österreich der Finanzreferent Harald Fischl und der Bündnisobmann Ing. Westenthaler – ich sehe hier allerdings keine Westenthaler-Unterschrift –, für die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH Richard Schmied, Unterschrift, für die Orange Werbeagentur der Geschäftsführer Arno Eccher.

Jetzt frage ich mich Folgendes: Wenn deutlich später, nämlich zu der Zeit, wie die Rechnungen dann wirklich gelegt worden sind, der Herr Eccher von Orange überrascht worden ist durch den Spitzenkandidaten und Bündnisobmann, diese Rechnungen seien an die Firma Schmied zu legen, warum hat er dann vor dem Beginn des Wahlkampfes einen Rahmenvertrag mit der Firma Schmied unterzeichnet, in dem das Ganze bereits für Monate später geplant ist?

Arno Eccher: Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, es gibt zwei Möglichkeiten. Eine Möglichkeit ist – und das halte ich für die realistische Möglichkeit, für die sehr wahrscheinliche –, dass dieser Rahmenvertrag, diese sogenannte Auftragsvereinbarung zwischen BZÖ, Werbeagentur Orange und Werbeagentur Schmied bereits in Kenntnis der Telekom-Schmiergelder vordatiert worden ist.

Halten Sie das für möglich?

Arno Eccher: Das halte ich für unmöglich und sage nochmals, ich hatte von Telekom-Schmiergeldern keine Ahnung, keinen Kontakt und habe die Universalienverordnung nicht gekannt, bis letztes Jahr im August. Das zu deponieren, ist mir sehr wichtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das haben Sie hiermit deponiert. Auf der anderen Seite stehen die Fakten.

Arno Eccher: Sie werfen mir Schmiergelder vor.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, ich versuche draufzukommen, was Sie gewusst haben. Und ich versuche draufzukommen, was es mit einem Vertrag

auf sich hat, der in diametralem Widerspruch zu dem steht, was Sie über die Anweisung von Peter Westenthaler gesagt haben. Das eine oder das andere, beides geht nicht. So viel ist zumindest logisch denkenden Menschen hoffentlich klar.

Noch einmal: Wer hat Ihnen diese Vereinbarung, in der bereits Monate bevor überhaupt über die Telekom-Gelder verhandelt und es dann abgeschlossen worden ist, wer hat Ihnen gesagt, damit Sie das auch unterschrieben haben, dass Sie an die Firma Schmied Monate später diese Forderungen stellen können?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht mehr. Herr Pilz, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, wie konnte das BZÖ Monate bevor überhaupt mit der Telekom das offen über Mails und so vereinbart worden ist, bereits wissen, dass es diese Gelder geben wird? Wie konnten Sie bereits am 23. Juni das wissen, was erst Monate später passiert ist und wo Sie sagen, überraschenderweise hat Ihnen der Herr Westenthaler einen Auftrag gegeben?

Wie konnten Sie von etwas überrascht sein, was Sie behaupten, Monate vorher unterschrieben zu haben?

Arno Eccher: Vielleicht habe ich das nicht mehr in Erinnerung gehabt, aber ich sage Ihnen jetzt noch einmal, dass ich überrascht war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin jetzt etwas überrascht, wie man im Juni etwas wissen kann, von dem man Ende August **überrascht** wird. Das ist überraschend, Herr Eccher.

Ich frage ein letztes Mal dazu, weil manchmal bleiben einfach Widersprüche in der Aussage einer Auskunftsperson bestehen: Haben Sie irgendeine Erklärung, warum Sie etwas unterschreiben konnten, wo über Gelder von der Agentur Schmied bereits genaue Planungsgrößen vorlagen, die erst Monate später vereinbart wurden?

Arno Eccher: Nein, das kann ich Ihnen jetzt nicht erklären.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, das ist einmal der erste wichtige Punkt.

Für mich ist nur eines entscheidend: Wenn dieses Datum echt ist und wenn Sie das wirklich am 23.6.2006 unterschrieben haben, dann mussten Sie, Peter Westenthaler und alle anderen, die das mit unterschrieben hatten, nämlich auch Harald Fischl und Richard Schmied, wissen, dass es zwei Monate später zu eben solchen Abschlüssen mit der Telekom und damit zu den Geldern kommen würde, die dann Schmied an Sie weiterüberweisen sollte.

Das ist das Problem, das wir haben, ob Sie und andere damals bereits gewusst haben, dass es zwei Monate später diese Telekomgelder geben wird, über vorgetäuschte Leistungen und über Scheinrechnungen. Das möchte ich von Ihnen wissen.

Arno Eccher: Ich sage es Ihnen nochmals, dass ich es nicht gewusst habe. Sie Können es mir jetzt glauben oder nicht, ich sage das noch einmal.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, es ist völlig unerheblich, ob ich Ihnen was glaube oder nicht. Es geht schlicht und einfach nur darum, draufzukommen, was wirklich passiert ist, ob die Dokumente so, wie sie uns in Kopie vorliegen, authentisch sind, ob die Daten stimmen, weil wir haben heute schon, da haben Sie nichts damit zu tun, vom Herrn Schmied erfahren, dass Anbote rückdatiert worden sind. Es könnte einen Zusammenhang mit diesem sogenannten Rahmenvertrag geben, weil wenn man möglichst weit rückdatiert, kann man den Eindruck erwecken, dass es einen seriösen Vertrag zur damaligen Zeit möglicherweise bereits geben konnte, obwohl sich nicht einmal das datumsmäßig ausgeht. Aber das hat mehr mit der Aussage Schmied und weniger mit Ihrer Aussage zu tun.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt. Sie waren Finanzverantwortlicher des BZÖ gemeinsam mit Harald Fischl zum damaligen Zeitpunkt und Geschäftsführer von Orange. – Habe ich das richtig verstanden?

Arno Eccher: In der Partei ist der Finanzverantwortliche immer der Finanzreferent, in der Partei, der Geschäftsführer in der Partei ist der, wo umsetzt, der sich an das Budget zu halten hat, was der Finanzreferent vorgibt.

Ich war Geschäftsführer der Orange, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und als Geschäftsführer der Orange zahlen Sie Rechnungen für Leistungen der Schmied Werbeagentur, ich habe es Ihnen bereits vorgehalten, 19. Juni und 1. August 2006. Und jetzt kommt plötzlich die Schmied Werbeagentur, der Sie bis jetzt für ihre Arbeit was bezahlt haben, und bringt Ihnen ein paar Hunderttausend Euro ins Orange-Budget.

Haben Sie sich gefragt, warum die Werbeagentur Orange plötzlich von der Werbeagentur Schmied finanziert wird, die vorher Kunde der Werbeagentur Orange war?

Arno Eccher: Sie wiederholen sich jetzt eigentlich, Sie sagen jetzt dasselbe, das Sie vorher gesagt haben, im Zusammenhang mit diesen Rechnungen. Sie haben genau dasselbe erwähnt, dass zuerst die Orange an Schmied fakturiert hat und dann ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir ist es um etwas anderes gegangen. Mir ist es um diesen plötzlichen Rollenwechsel gegangen, darum, ob Sie als Finanzverantwortlicher einerseits und als Geschäftsführer der Orange andererseits eine Erklärung dafür haben, warum eine Agentur, die Sie bezahlt haben, plötzlich Ihnen etwas bezahlt.

Gibt es dafür eine Erklärung?

Arno Eccher: Nein, das habe ich schon deponiert, dass ich natürlich als Geschäftsführer in einer finanziell sehr angespannten Situation...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind überschritten, aber wir können ja auf Kosten der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das sind im Wesentlichen die Fragen zu diesem Komplex. Ich komme dann zu ganz anderen Komplexen. Da ist es vielleicht gescheiter, wenn ich in der zweiten Runde dazu frage. – Danke schön.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Eccher, Sie haben gesagt, dass Sie mit der Agentur für den ganzen Wahlkampf zuständig waren, aber die Bundesländerorganisationen halt auch ihren eigenen Wahlkampf irgendwie bestritten haben. Können Sie uns sagen, wer für die einzelnen Bundesländer zuständig war, wer der Verantwortliche war, wer auch mit Ihnen in Kontakt war, was die Verantwortungen betrifft?

Arno Eccher: Ja, das waren natürlich großteils die, ich habe jetzt nicht alle Namen in Erinnerung, aber Spitzenkandidaten in den Ländern oder, was meistens dann in einer Person war, der Landesobmann. Aber ich kann es Ihnen jetzt nicht, alle Namen habe ich nicht mehr in Erinnerung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber wer zum Beispiel in der Steiermark verantwortlich war, in Tirol haben Sie es ja vorher schon gesagt, wer da verantwortlich war, aber wer beispielsweise in der Steiermark verantwortlich war. Wissen Sie das noch?

Arno Eccher: Ja, in der Steiermark hat es auch einen Spitzenkandidaten gegeben und einen Landesobmann damals.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war das damals?

Arno Eccher: Spitzenkandidat? (*Abg. Tamandl: Ja!*) Zuerst die Frau Gastinger, ich weiß wirklich nicht, wer ihr nachgefolgt ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und auch nicht, wer der Landesobmann war zur Zeit der Nationalratswahl?

Arno Eccher: Das war, glaube ich, damals Gerald Grosz.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Keine Fragen mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich nehme Bezug auf das Dokument, das Herr Pilz zitiert hat, mit dieser offenen Frage der Datierung. Sie haben, glaube ich, dieses Dokument, diesen Rahmenvertrag vorliegen. Da sind auf der Seite vier drei Unterschriften drauf.

(*Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.*)

Kennen Sie diese Handschrift? Können Sie mir sagen, von wem diese Unterschriften, konkret von welchen Personen, stammen?

Arno Eccher: Nein, das kann ich natürlich nicht. Das wäre interessant, zu wissen, wo das Original ist. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für die Orange Werbeagentur der Geschäftsführer Arno Eccher. Dann ist darunter eine Unterschrift. Ist das Ihre Unterschrift oder nicht?

Arno Eccher: Ich gehe davon aus, das kann meine Unterschrift sein, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von der Werbeagentur Schmied der Geschäftsführer Richard Schmied. Ist das, wenn man es liest, die Unterschrift von Richard Schmied: ja oder nein?

Arno Eccher: Ich weiß es nicht, ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich kenne den Richard Schmied zu wenig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für das BZÖ steht oben der Finanzreferent Harald Fischl und der Bündnisobmann Peter Westenthaler. Dann ist aber nur eine Unterschrift oben. Von wem stammt diese Unterschrift: Fischl oder Westenthaler? Sie kennen die Westenthaler-Unterschrift, die müssen Sie kennen, er war ja damals Obmann.

Arno Eccher: Die habe ich auch sechs Jahre nicht mehr gesehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das die Unterschrift des Peter Westenthaler?

Arno Eccher: Es tut mir leid, Herr Petzner, ich kann Ihnen das nicht sagen, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir werden Ihnen eine Unterschrift des Peter Westenthaler besorgen und sie Ihnen noch einmal vorlegen, dann können Sie selbst vergleichen: Es ist **nicht** die Unterschrift des Peter Westenthaler.

Ich frage noch einmal: Karin Gastinger, die hat einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf gehabt. Hat das BZÖ, die Bundespartei irgendetwas mit diesem Vorzugsstimmen-Wahlkampf zu tun gehabt?

Arno Eccher: Nein, damit hatte die Bundespartei ganz sicher nichts zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gab es irgendeine Leistung, eine einzige seitens der Bundespartei BZÖ für den Gastinger-Vorzugsstimmen-Wahlkampf?

Arno Eccher: Nein, gab es ganz sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gab es irgendeine finanzielle Leistung der Partei BZÖ auf Bundesebene für den Gastinger-Vorzugsstimmen-Wahlkampf?

Arno Eccher: Nein, gab es ganz sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Keinen einzigen Cent?

Arno Eccher: Nein, ganz sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hat das die Frau Gastinge dann finanziert?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht, aber ich glaube, Sie haben die Gelegenheit, sie morgen oder übermorgen zu fragen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aus den Akten geht hervor, dass der Vorzugsstimmen-Wahlkampf der Karin Gastinge – Sie geben an, es wurde kein Cent des BZÖ dafür verwendet – über Klaus Wittauer finanziert wurde und Telekom-Gelder, konkret eine Summe von insgesamt 100 000 € am Ende des Tages.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Arno Eccher: Nein, habe ich nicht. Ich habe das vor zirka zwei oder drei Wochen den Medien entnommen, ich habe das nicht gewusst, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Gerüchte und welche Gespräche gab es damals im Zuge des Gastinger-Rücktritts? Gab es damals die Vermutung, dass es ein Versuch der ÖVP ist, Karin Gastinge abzuwerben?

Arno Eccher: Das war damals auch ein Thema, aber so genau weiß ich es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie die Agentur MEDIASELECT?

Arno Eccher: Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie ausschließen, dass Gastinge-Inserate über die Österreichische Volkspartei und deren Werbeagenturen finanziert wurden?

Arno Eccher: Kann sein, ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es kann sein, eben weil die Medien haben damals geschrieben: Die Frau Gastinge, ein kluger Schachzug vom Herrn Schüssel. Ich sage es Ihnen noch, die Frau Gastinge war damals zweimal persönlich beim damaligen Bundeskanzler Schüssel, um sich zu beraten. Das ist alles medial diskutiert worden. Mir ist nur wichtig, festzuhalten, es ist kein Cent des BZÖ an die Frau Gastinge für den Wahlkampf geflossen.

Wir werden sehen, ob das auch die ÖVP am Ende des Tages von sich behaupten kann. Ich wollte das nur noch einmal von Ihnen gehört haben.

Ich halte Ihnen vor aus der Einvernahme des Herrn Kurt Schmied vom 9. August 2011. Da geht es noch einmal um diese Telekom-Gelder, wo er sagt, eine der drei genannten Personen habe den Auftrag erteilt, diese Rechnungen zu machen. Und dann sagt er – ich zitiere –:

Darum vereinbarten wir, dass die Telekom den Betrag an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH bezahlt und wir im Gegenzug den Wahlkampf des BZÖ für das Bundesland Tirol durchführen und auch die Inserate bezahlen. – Zitatende.

Und weiter unten noch einmal:

Man kann sagen, dass die 600 000 € ein Wahlkampf-Budget für den BZÖ-Wahlkampf in Tirol waren. – Zitatende.

Wir haben heute schon einmal festgehalten – ich wiederhole es noch einmal –, wir haben nichts gegen das „heilige Land Tirol“, aber es steht leider so in den Akten.

Können Sie bestätigen, dass diese 600 000 €, die letztendlich dann auch – das geht aus den Akten hervor – der Tiroler Klaus Wittauer organisiert hat, dass diese 600 000 € ausschließlich für den Wittauer in Tirol verwendet wurden, oder sind da irgendwelche Euros dieser 600 000 bei Ihnen in der Orange oder in der Bundespartei gelandet?

Arno Eccher: Das müssen Sie besser wissen, wer da jetzt genau mit der Telekom in Kontakt war. Es schwirrt hier der Name Klaus Wittauer herum, das kann ich nicht bestätigen, das weiß ich nicht, und eigentlich ist es mir auch egal. Mir ist wichtig, dass es nicht ich war. Und der Großteil dieser Gelder, was ich weiß – ich war aber im Tiroler Wahlkampf nicht eingebunden –, ist an das Bundesland Tirol gegangen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben im Internet kurzfristig eine Unterschrift gefunden von Peter Westenthaler auf einem Dokument. Ich zeige Ihnen dieses Foto, es ist die Unterschrift von Peter Westenthaler, und ich lege Ihnen noch einmal diese Vereinbarung vor, diesen Rahmenvertrag, diese Auftragsvereinbarung, und ich bitte Sie, diese Unterschrift, die unter Westenthaler steht, zu vergleichen und uns zu sagen, ob es sich um dieselbe Unterschrift handelt oder nicht.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Arno Eccher: Nein, ganz sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bitte ins Mikrophon. Man hat Sie nicht gehört.

Arno Eccher: Ich sagte: ganz sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, dieses Dokument trägt nicht die Unterschrift von Peter Westenthaler?

Arno Eccher: In diesem Fall schon, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt zwangsläufig, wenn es nicht seine Unterschrift trägt, dass es auch möglich ist, dass er von dieser Vereinbarung gar nichts gewusst hat.

Arno Eccher: Kann sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kann sein. Gut, das war mir wichtig, festzuhalten, dass hiermit feststeht, dass dieses von Herrn Pilz so schön zelebrierte Dokument gar nicht die Unterschrift des Peter Westenthaler trägt und wir gar nicht wissen, ob er es überhaupt kennt. (Zwischenbemerkung des Abg. Dr. Pilz.)

Na und, die Rede ist von Westenthaler, unterbrechen Sie mich nicht!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ganz kurz: falscher Vorhalt. Bei der Vorlage des Dokuments habe ich darauf hingewiesen, dass sich darauf vier Namen befinden, inklusive Westenthaler, drei Unterschriften ohne Westenthaler, das habe ich genau geschildert. Dazu brauche ich nicht die Petzner-Fotos. Danke schön. Ich bitte um einen richtigen Vorhalt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Danke. Damit habe ich ausreichend Zeit gehabt, meine nächste Frage vorzubereiten, Herr Pilz.

Wir haben diese 300 000 € von der Telekom für Tirol schon gehabt, die nicht in der Bundespartei gelandet sind. Es gibt da noch diese Gelder über die Haslinger für den Gasteringer-Wahlkampf.

Sind von diesen Geldern, das sind in Summe 300 000 €, sind von diesen 300 000 € Geldern der Telekom an Haslinger Gelder am Ende des Tages in der BZÖ-Bundespartei, Bündnis Zukunft Österreich gelandet?

Arno Eccher: Das kann ich verneinen. Ich kenne die Agentur Haslinger nicht, ich weiß auch nicht genau, was mit dem Vorzugsstimmen-Wahlkampf Gasteringer abgelaufen ist. Das kann ich verneinen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: An sich ist Ihre Fragezeit zu Ende, Sie haben sie schon überschritten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Darf ich da jetzt gleich meine Zusatzfrage verwerfen, weil das ist ein ganz entscheidender Punkt. Kollege Pilz, jetzt keine Geschäftsordnungsmeldungen durchdenken, sondern zuhören!

Ist es damit korrekt, dass von Wittauer Geld für Tirol nichts im BZÖ gelandet ist? Vom Haslinger-Geld vom Wittauer für die Gasteringer ist auch nichts im BZÖ gelandet. Ist dann überhaupt irgendein Cent der Telekom-Gelder, die der Klaus Wittauer organisiert hat, im Bündnis Zukunft Österreich der Bundespartei gelandet, wo Sie Geschäftsführer waren: ja oder nein?

Arno Eccher: Nicht beim Bündnis Zukunft Österreich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe nur ganz kurz noch eine Frage, weil Sie vorhin darauf hingewiesen haben, dass die Orange in finanzielle Schräglage gekommen ist. Wodurch – Sie waren ja Geschäftsführer – und wann haben Sie das gemerkt?

Arno Eccher: Ja, das war eigentlich schon im Zuge der Wahlbewegung. Wie es immer ist, kommt Unvorhergesehenes. Wir hatten zum Beispiel aufgrund einer nicht so glücklichen Namensnennung auf Plakaten, Prospekten, Wahlautos und so weiter Korrekturen vorzunehmen. Es wurde uns gerichtlich vorgeschrieben, dass wir hier Korrekturen vornehmen müssen, und alleine diese haben zum Beispiel über 300 000 € gekostet, wo wir innerhalb einer Woche sämtliche Plakate in Österreich neu plakatieren mussten, und so weiter, und so weiter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Diese finanzielle Schlechtlage ...

Arno Eccher: Das war zum Beispiel nicht budgetiert.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):, diese finanzielle Entwicklung: Mit wem von den Eigentümern haben Sie die besprochen?

Arno Eccher: Natürlich schon großteils oder immer wieder mit dem Bündnisobmann und damaligen Spitzenkandidaten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Mit dem Herrn Westenthaler?

Arno Eccher: Mit dem Herrn Westenthaler, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer hat Strategien erstellt, was man gegen diese finanzielle Entwicklung machen kann? Sie müssen ja irgendwie damit umgehen. Die Firma geht den Bach runter, Sie haben einen Eigentümer, Sie stehen als Geschäftsführer da – was machen Sie?

Arno Eccher: Es hat sich dann so entwickelt, wie ich Ihnen gesagt habe. Zum Teil musste ich das privat begleichen, und die Rettung war dann eigentlich schon dieser Kredit, der aufgenommen wurde.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer hat den Kredit aufgenommen?

Arno Eccher: Das BZÖ.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer hat den Beschluss gefasst, diesen Kredit aufzunehmen?

Arno Eccher: Das BZÖ-Bündnisteam.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist der Kredit dann der Gesellschaft zugutegekommen? Hat die Orange dadurch Mittelzuführungen bekommen oder nicht? Wenn das BZÖ jetzt einen Kredit aufnimmt, haben Sie ja nicht unmittelbar in Ihrer Gesellschaft etwas ...

Arno Eccher: Wie Sie wissen, war das BZÖ ja 100 Prozent-Eigentümer der Orange-Werbeagentur, und diese Summe war auch notwendig, um Wahlkampfrechnungen, die noch ausgestanden sind, zu begleichen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Rechnungen, die Sie an das BZÖ ausgestellt haben, wurden dadurch beglichen?

Arno Eccher: Ja, soviel ich weiß, schon.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und dadurch ist es Ihnen wieder besser gegangen? (*Arno Eccher: Etwas!*) – Wir haben heute von Herrn Schmied Aussagen gehört, und er sagt in dem Zusammenhang auch, und das auch im Rahmen der Einvernahme bei der Exekutive:

Davon, dass unsere Leistungen –

also Schmied & Schmied –

nicht an das BZÖ weiterverrechnet wurden, wussten Wittauer und Eccher. – Zitatende.

Haben Sie das irgendwann einmal wahrgenommen, dass da Leistungen erbracht werden, die nicht in Rechnung gestellt werden?

Arno Eccher: Ja, ich habe ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also der Vorhalt ist der, dass Leistungen erbracht werden. Sie waren ja im Wahlkampf ganz prominent engagiert, Sie sind auch für die Finanzen zuständig gewesen. Sie werden ja gemerkt haben, dass umfassende Leistungen erbracht werden, die nicht – und: Eccher und Wittauer wussten davon – weiterverrechnet werden.

Was haben Sie geglaubt, was da eigentlich passiert?

Arno Eccher: Nein, also da muss ich die Aussage von Kurt Schmied korrigieren. Ich habe das, glaube ich, auch in meiner Einvernahme getan.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie können sie nicht korrigieren – er hat es gesagt.

Arno Eccher: Wenn Sie sagen, Leistungen nicht weiterverrechnet, dann kann der Kurt Schmied ja nur das BZÖ Tirol meinen, wo er Leistungen erbracht hat. Diese hat er

aber nicht in Absprache mit mir gebracht, sondern da wurden ja von der Agentur, wie ich weiß, auch, glaube ich, Inserate geschalten, wo dann direkt übers Tirol oder mit dem BZÖ Tirol, sage ich jetzt einmal, abgerechnet wurde.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich kann Ihnen nur vorhalten, was er gesagt hat.

Eine letzte Frage noch, und zwar ebenfalls Schmied, zu den Rechnungen – das sind 250 000 € und 350 000 € netto –:

Sie wurden von mir an die Telekom im Auftrag des BZÖ, namentlich durch Eccher, Gebauer und Wittauer, erstellt. – Zitatende.

Wie kommt der Herr Schmied dazu, dass er das sagt?

Arno Eccher: Diese Information ist ganz sicher nicht richtig. (*Abg. Dr. Jarolim: Danke!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Beginnen wir mit einer Aussage von Herrn Kurt Schmied vom 9. August 2011 vor dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung. Schmied sagt da Folgendes:

Normalerweise ist es so: Wenn ich als Agentur Leistungen für einen Wahlkampf erbringe, schalte ich ein Inserat in einer Zeitung. Diese verrechnet den Betrag an mich und ich weiter an zum Beispiel das BZÖ. In unserem Fall war es aber so, dass ich ein Inserat im Auftrag des BZÖ schaltete. Die Rechnung bezahlte aber die Schmied GmbH selbst, weil wir das Geld ja schon von der Telekom erhalten hatten, und verrechneten es nicht an das BZÖ weiter. Davon, dass unsere Leistungen nicht an das BZÖ weiterverrechnet wurden, wussten Wittauer und Eccher. – Zitatende.

Herr Schmied sagt also eindeutig in seiner Vernehmung, Herr Eccher war voll informiert, dass dieses Geld von der Telekom kommt und nicht ans BZÖ weiterverrechnet werden muss.

Was sagen Sie zu dieser Aussage von Herrn Schmied?

Arno Eccher: Ich sage jetzt dasselbe wie vorher in dieser Antwort, dass ich nicht gewusst habe, dass dieses Geld von der Telekom kommt, dass es sich auch, was Sie jetzt vorgelesen haben, Herr Abgeordneter, sehr wahrscheinlich um das BZÖ Tirol gehandelt hat; ich weiß es nicht genau. Aber diese Aussage von Kurt Schmied ist nicht richtig. Ich weiß nicht, will er da jemanden schützen, aber sie ist nicht richtig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir können es ja so festhalten, damit steht in dem Fall Aussage gegen Aussage. Das kommt vor, wenn man Auskunftspersonen fragt.

Die Schmied-Aussage wird nur durch alles, was wir bis jetzt über diese Verträge, Zahlungsflüsse und so weiter erfahren haben – zumindest ist das meine persönliche Sicht –, durchaus glaubhaft und glaubwürdig. – Das ist einmal das eine.

Das Zweite ist: In welchem Verhältnis standen Sie zu Peter Hochegger, insbesondere, was waren Ihre Kontakte zu Peter Hochegger in der fraglichen Zeit? (*Arno Eccher: Keine!*) – Keine.

Ich halte Ihnen vor die Beschuldigtenvernehmung von Peter Hochegger vom 26. September 2011. Hochegger wird von den Kriminalbeamten gefragt:

Kennen Sie Arno Eccher? Wenn ja, warum und in welcher Beziehung? Hatte diese Person etwas mit dem oben angeführten Geschäftsfall zu tun beziehungsweise war diese Person involviert?

Antwort Hochegger: Ich kenne Arno Eccher. Ich habe ihn einmal im Jahr 2005 – oder 2006?, das sieht man hier nicht so genau – im Café Oberlaa getroffen und danach nicht mehr. Dieses Treffen wurde von Walter Meischberger eingefädelt. Es ging um die Abwicklung eines Projektes, Werbegeschenke für das BZÖ über mich anzuschaffen. – Zitatende.

Ist Ihnen etwas darüber bekannt: Ein Treffen mit oder ohne Hochegger, jedenfalls mit Meischberger, wo es darum gegangen ist, Sponsoren für Werbegeschenke für das BZÖ zu finden?

Arno Eccher: Also ich könnte jetzt auch nichts sagen, weil es mit dem, weswegen wir heute zusammensitzen, nichts – absolut nichts! – zu tun hat. Ich kenne aber das, was Sie jetzt vorgelesen haben, Herr Abgeordneter. Ich kenne diese Aussage von Peter Hochegger im Zusammenhang mit einer anderen Sache und habe dies dort ebenfalls verneint, und ich sage jetzt nochmals: nein. Sie haben aber angefangen: zur fraglichen Zeit. Also die wäre dann wohl 2006 gewesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es kann ja Vorbereitungs...

Arno Eccher: Sie haben das gesagt. Sie haben das gesagt!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, es kann Vorbereitungshandlungen bereits früher geben; das weiß ich nicht. Ich versuche nur, anhand der Protokolle der Zeugeneinvernahmen draufzukommen, wie es sich wirklich verhalten hat, und stelle Ihnen deswegen Fragen. Die Bewertungen – da können Sie sich darauf verlassen – werden wir schon noch vornehmen, aber nicht jetzt.

Arno Eccher: Sie können tun, was Sie wollen, das ist mir eigentlich egal. Aber das hat mit der heutigen Sache, warum wir da sitzen, nichts zu tun. Ich kenne diese Aussage von Peter Hochegger, wie gesagt, im Zusammenhang mit einer anderen Geschichte und habe sie damals ebenfalls und ehrlich gesagt verneint.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da geht es um eine Finanzierung von Werbegeschenken durch die Firma PORR. – Sie haben vollkommen recht, das hat jetzt nichts mit der Universalienstverordnung zu tun. Deswegen werden wir an anderem Ort dazu weiter fragen.

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang nur noch eine allgemeinere Frage stellen. Wir haben jetzt die Finanzierung durch die Telekom. Wir haben einen Hinweis: Finanzierung Verbund, dem wir noch nachgehen müssen. (**Arno Eccher:** Von was?) – Durch die Verbund AG. Das ist in der Befragung von Herrn Schmied passiert. Wir haben den Hinweis aus der Hochegger-Einvernahme von Zuwendungen vonseiten der Firma PORR. Sie waren Finanzverantwortlicher, gemeinsam mit Herrn Fischl, im Nationalratswahlkampf 2006.

Von welchen Firmen ist es Ihnen erinnerlich, dass damals der Nationalratswahlkampf des BZÖ, in welcher Art auch immer, unterstützt worden ist?

Arno Eccher: Die Frage wurde mir heute schon einmal gestellt, und ich wiederhole sie jetzt: von keiner Firma.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von keiner Firma?

Arno Eccher: Ich sage es, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Armes BZÖ!

Wie war Ihr Verhältnis im Nationalratswahlkampf 2006 zu Herrn Rumpold?

Arno Eccher: Der Herr Rumpold ist, wie bereits erwähnt, Wahlleiter gewesen. Er wurde damals vom Ing. Peter Westenthaler relativ rasch, als er zum Spitzenkandidat nominiert wurde, als Wahlleiter engagiert, und wir waren eigentlich nicht unglücklich, so einen absoluten Werbe- und Wahlprofi in unserem Team zu haben. Also der Peter Westenthaler hat ihn damals, muss man sagen, reaktiviert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welcher Art und Weise ist Rumpold durch Peter Westenthaler reaktiviert worden?

Arno Eccher: Als Wahlkampfleiter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wann war das?

Arno Eccher: Auf Wunsch ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf Wunsch von Peter Westenthaler?

Arno Eccher: Ich glaube schon. Relativ rasch nach der Nominierung von Peter Westenthaler. Sehr rasch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was hatte der Wahlkampfleiter mit der Wahlkampffinanzierung zu tun?

Arno Eccher: Der Herr Rumpold hat mit der Wahlkampffinanzierung nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben also keinerlei Wahrnehmung (*Arno Eccher: Nein!*), dass sich Herr Rumpold in irgendeiner Art und Weise um die Wahlkampffinanzierung gekümmert hat?

Arno Eccher: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Herr Rumpold für seine Leistungen im Wahlkampf etwas verrechnet?

Arno Eccher: Ich gehe davon aus, dass da Fakturen gestellt wurden. Ja, sicher.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wie viel hat Herr Rumpold verrechnet?

Arno Eccher: Das weiß ich doch nicht auswendig! Das war vor sechs Jahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, für mich ist das nicht selbstverständlich, dass Sie das nicht auswendig wissen. Billig wird er ja nicht gewesen sein. Wenn ich mich an Eurofighter erinnere: Rumpold gibt es nicht billig.

Arno Eccher: Es ist jetzt nicht wichtig, an was **Sie** sich erinnern, sondern Sie sollten mich fragen, und ich habe Ihnen gesagt, ich weiß es nicht mehr. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Ich meine, Eurofighter hat jetzt auch nichts mit dem zu tun. Oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auch das ist falsch. Eurofighter hat mit der Finanzierung des BZÖ mit Sicherheit einiges zu tun. Aber das ist wieder ein anderes Kapitel. Das werden wir jetzt nicht unter diesem Beweisthema behandeln. Da kommen wir in einem anderen Zusammenhang wieder zurück, wenn es auch darum geht, was der Herr Rauen bei Rumpold, in den Schmied-Firmen und so weiter zu tun gehabt hat, wie Rumpold-Gelder der „100 % Communications“ abgerechnet worden sind, welche Hinweise sich hier auf Parteien- und Personenfinanzierung nicht nur im Bereich BZÖ ergeben. – Das ist eine andere Geschichte, die jetzt nicht zum Beweisthema gehört.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung auf eine Tätigkeit der „100 % Communications“ im Nationalratswahlkampf des BZÖ im Jahr 2006? Denn uns liegt ein Dokument mit einem Schalt- und Medienplan vor, der im Zusammenhang mit dem von mir zitierten und von Ihnen unterschriebenen Vertrag steht, und auf einem dieser Dokumente scheint unten die „100 % Communications“ als Dokumentersteller auf.

Haben Sie dafür irgendeine Erklärung?

Arno Eccher: Ich glaube nicht, dass ich da eine Erklärung brauche. Der Herr Rumpold war Wahlkampfleiter. Er war Wahlkampfleiter – vom Peter Westenthaler nominiert. Der Herr Rumpold hat das natürlich auch in Rechnung gestellt. Ob da eventuell – weil Sie jetzt von Medien- oder Schaltplänen reden – auch welche über die „100 % Communications“ geflossen sind, das weiß ich nicht mehr, kann aber auch sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist ja für mich ein ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, es ist die Zusatzrunde bereits um eine Minute überschritten.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Petzner zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich darf mich noch einmal an die Vorsitzende und in diesem Fall auch an den Verfahrensanwalt wenden, dass man wirklich darauf achtet, dass der Herr Pilz da schon wieder irgendwelche „G'schichtln“ druckt, in denen er selber ausführt, dass die überhaupt nicht Untersuchungsgegenstand sind und nicht vom Beweisthema umfasst sind. Noch einmal: Das ist unzulässig. Ich darf Sie wirklich auch darum ersuchen, da genau aufzupassen und nicht zuzulassen, dass der Herr Pilz von Dingen spricht, wo er selber mehrmals zugibt, die haben eigentlich mit der Causa überhaupt nichts zu tun. Das ist ein billiger Versuch von ihm, durch irgendwelche „G'schichtl-Druckereien“ wieder morgen die Zeitungen voll zu kriegen und zu hoffen, dass alle auf seine Märchen, die sich in 30 Jahren nicht bewahrheitet haben, hineinfallen.

Das ist keine Märchenstunde hier, Herr Pilz, sondern wir müssen uns an die **Fakten** halten. Und es ist Aufgabe der Vorsitzführung, Märchenerzählungen durch den Herrn Pilz, der sich hier als **Hans-Christian Andersen der Grünen** gebärdet, zu unterbinden. Denn es ist auch unfair und unsachlich gegenüber der Auskunftsperson, die heute aussagt – die sich auch der Aussage entschlagen könnte, wie auch der Herr Schmied das hätte tun können. Auch das muss ich festhalten. Alle hier vorgeladenen Personen bisher sind Beschuldigte und machen von ihrem Entschlagungsrecht **nicht** Gebrauch. Das muss man auch anerkennen.

Umso ungerechter und unfairer ist es gegenüber den Auskunftspersonen, diese indirekt mit Sachverhalten zu konfrontieren, die erstens weder Gegenstand des Beweisthemas und des Untersuchungsauftrages sind und zweitens oft auch in keinerlei Zusammenhang mit der Auskunftsperson stehen.

Ich darf wirklich noch einmal den Verfahrensanwalt und die Vorsitzende ersuchen, auch im Sinne eines Erfolgs dieses Ausschusses, solche Aktionen und Märchenerzählerstunden zu unterbinden, weil sonst werden wir in Zukunft wieder mehrfach das Problem haben, dass sich Leute der Aussage entschlagen, weil sie sich diese Märchenstunden des Herrn Pilz nicht antun wollen. – Ich übrigens auch nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ihre subjektiven Wahrnehmungen unterscheiden sich deutlich von denen des Herrn Verfahrensanwaltes und mir. Es **ist** Gegenstand des Untersuchungsausschusses. Das Problem liegt alleine in der Zeit, und die Zeit ist an sich überschritten.

Können wir diese Frage jetzt beenden und zur Zusatzfragerunde kommen?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Darf ich etwas sagen. Der Abgeordnete Pilz hat eine Urkunde vorgehalten, die in den Akten ist, nämlich diese Aufstellung, wo

Beträge und Zuweisungen enthalten sind. Und ich habe selber gesehen, dass links unten ein Hinweis auf „100 % Communications“ steht. Das Ganze ist in Verbindung zum Wahlkampf 2006 und zu der Finanzierung dieses Wahlkampfes, und daher meine ich, dass es gedeckt ist im Untersuchungsgegenstand.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist korrekt, Herr Verfahrensanwalt, dass sich die Unterlage und das Dokument mit dem Untersuchungsgegenstand decken – da haben Sie auch recht – und der Vorhalt an die Auskunftsperson Eccher in diesem Fall hier. Was aber eben **nicht** korrekt ist, ist, dass der Herr Pilz dann auf Basis eines Dokumentvorhaltes, der vom Untersuchungsgegenstand umfasst ist, unzulässige Interpretationen und Aussagen trifft in endlosen, wirren Interpretationen, die überhaupt nicht mehr mit dem Sachverhalt zusammenhängen und die vor allem dann nicht mehr mit dem Untersuchungsgegenstand zusammenhängen.

Konkret: Er hält ein Dokument vor, philosophiert dann darüber und sagt selber mehrmals im Rahmen seiner philosophischen Ausführungen, dass das nicht vom Beweisthema umfasst ist. Und das, meine ich, gilt es zu unterbinden.

Die Dokumentvorlage – okay, wenn es vom Untersuchungsauftrag erfasst, was der Fall ist. Fragen zum Dokument und zum Untersuchungsauftrag – auch korrekt. Aber bitte dann nicht auf diesen Schmäh hineinfallen, auf Basis eines korrekt vorgelegten Dokuments Interpretationen und philosophische Abhandlungen und Märchenstunden zuzulassen, von denen der Herr Pilz selber mehrfach gesagt hat – Sie werden es dann im Protokoll nachlesen können –, dass das heute gar nicht Untersuchungsgegenstand ist und auch nicht umfasst ist vom Beweisthema 1.f, über das wir heute diskutieren und die Auskunftspersonen befragen. Also das ist nicht Teil des Untersuchungsgegenstandes. Das hat ja der Herr Pilz selber dreimal oder viermal sogar zugegeben in seinen Ausführungen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es bleibt Ihnen unbenommen, Ihre persönlichen Darstellungen zu machen, allerdings nur in Form von einer Runde.

Wir kommen damit zur Zusatzfrage. – Herr Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine ganz kurze Frage: Den Herrn Hochegger haben Sie also nie getroffen?

Arno Eccher: Ich habe ihn sicher auch gesehen in Wien, aber ich hatte keinen Termin mit ihm oder kein Gespräch mit ihm.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt etwas anderes. Der Kollege Petzner hat sich in aller Länge alteriert über den Befragungsstil des Kollegen Pilz. Ich muss Sie da auch ein bisschen beruhigen, weil der Kollege Pilz hat Ihnen eine Aussage, nämlich vom Herrn Schmied, vorgehalten vom 9.8.2011 vor dem BAK mit einem Zitat, wo Sie etwas gewusst haben, und Sie haben auch gemeint: Na, da divergieren halt die Aussagen.

Herr Kollege Pilz hat nur übersehen, das ganze Zitat zu bringen. Da kann ich Sie jetzt ein bisschen beruhigen. Ihre Darstellung weicht nämlich von der vom Kollegen Schmied nicht ab. Wenn ich Ihnen jetzt das gesamt Zitat vortragen darf, insbesondere den ersten Satz. Sie haben nämlich immer gesagt, dass Sie mit der Finanzierung des Tiroler BZÖ-Wahlkampfes nichts zu tun hatten, und da ist mehr passiert. Das ganze Zitat vom Herrn Schmied in seiner Niederschrift lautet nämlich:

„Ich möchte dies noch mal so erklären. Man kann sagen, dass die EUR 600.000,-- –

das ist diese Summe Telekom –

„ein ‘Wahlkampfbudget’ für den BZÖ-Wahlkampf in Tirol waren.“

Und dann hat Kollege Pilz richtig weiterzitiert:

„Normalerweise ist es so, wenn ich als Agentur Leistungen für einen Wahlkampf erbringe, schalte ich ein Inserat in einer Zeitung, diese Verrechnet den Betrag an mich und ich weiter an zB das BZÖ. In unserem Fall war es aber so, dass ich ein Inserat auftrags der BZÖ schaltete, die Rechnung bezahlte aber die Schmied GmbH selbst, weil wir das Geld ja schon von der Telekom erhalten hatten und verrechneten es nicht an das BZÖ weiter. Davon, dass unsere Leistungen nicht an das BZÖ weiterverrechnet wurden, wussten Wittauer und Eccher.“

Kollege Pilz hat aus dem Satz, dass nicht weiterverrechnet wird, wussten Wittauer und Eccher, unzulässig aus diesem Zitat eine Konstruktion gemacht, dass Sie auch gewusst hätten, dass die Telekom dieses Geld gehabt hätte. Das steht an sich in diesem Zitat überhaupt nicht da. Im Eingangssatz geht es um den Tiroler Wahlkampf und Sie wussten nur, dass Inserate offensichtlich aus diesem Tiroler Wahlkampf von Schmied nicht an das BZÖ weiterverrechnet wurden. Das deckt sich an sich mit Ihren bisherigen Einlassungen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es eine Frage Ihrerseits?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die erste Frage ist schon beantwortet.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nächster in der Zusatzfrage-Runde ist Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie die Frau Kröll-Maier?

Arno Eccher: Ich kenne sie etwas, ich weiß, welche Funktionen sie innehatte. Sie wurde selbst tätig in der Freiheitlichen Partei Vorarlberg, wo ich schon ausgeschieden war; ich glaube, im Laufe des Jahres 2001. Und ich bin im Frühjahr 2001 dort ausgeschieden, hatte dann den einen oder anderen, aber relativ bescheidenen Kontakt. Ich weiß, wer sie ist, aber dann haben wir das schon.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie etwas über ihre Tätigkeit für Hubert Gorbach nach dessen Ausscheiden aus der Politik und aus dem Vizekanzleramt und die Bezahlung dieser privaten Gorbach-Sekretärin?

Arno Eccher: Nein, das weiß ich nur aus den Medien. Ich weiß das nur aus den Medien.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie mir die verantwortlichen Organe im Jahr 2005/2006 der Werbeagentur Orange nennen? Neben Ihnen als Geschäftsführer, wer waren die anderen verantwortlichen Organe?

Arno Eccher: Das verantwortliche Organ war immer der jeweilige Bündnisobmann, das war zuerst Dr. Haider, dann der Peter Westenthaler, und natürlich – die Gruppe war nicht ganz so groß – eigentlich das ganze Bündnis-Team, sage ich jetzt einmal, weil die Mannschaft am Anfang eher bescheiden war. Es war auch Herbert Scheibner dabei; ich glaube, die Justizministerin wurde zu einer Stellvertreterin gewählt beim ersten Bündnis-Konvent. Also das war eigentlich so die Mannschaft.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Letzte Frage. Aus unseren Recherchen, die wir getätigkt haben, geht immer wieder hervor, dass es eine sehr enge Freundschaft und auch immer wieder Kontakte gab. Da gab es immer wieder Anträge dieser Person im Zusammenhang mit der Telekom, nämlich eine sehr enge Freundschaft des Klaus Wittauer mit dem erstinstanzlich zu sechs Monaten Haft verurteilten Herrn Dipl.-

Ing. Uwe Scheuch. Ich darf noch einmal fragen, der war ja damals Generalsekretär. Das ist eigentlich die wichtigste Funktion auch. Jetzt war der so eng mit Wittauer befreundet, hat selbst Anträge gestellt, obwohl er gar nicht zuständig war als Bereichssprecher für die Telekom.

Können Sie ausschließen, dass der damalige, auch letztendlich für die Finanzierung und den Bundeswahlkampf verantwortliche, mittlerweile in erster Instanz zu sechs Monaten Haft verurteilte Dipl.-Ing. Uwe Scheuch irgendetwas und irgendwie mit diesen Telekom-Geldern, die Klaus Wittauer organisiert hat, zu tun hatte, darüber Bescheid gewusst hatte oder nicht? Und: Ich frage Sie jetzt unter Wahrheitspflicht als Auskunftsperson und nicht als FPÖ-Landesgeschäftsführer in Vorarlberg.

Arno Eccher: Ich kann ganz sicher ausschließen, dass Herr Dipl.-Ing. Scheuch über die Sache Bescheid wusste oder damit was zu tun hatte. Ganz sicher.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Woher können Sie das ausschließen, wenn Sie selber nichts davon gewusst haben?

Arno Eccher: Weil sich, wie gesagt, Uwe Scheuch im Zuge der Wahlbewegung eigentlich sehr auf Kärnten konzentriert hat und in Wien oder mit Wien da sehr bescheiden im Kontakt ist. Also es würde mich sehr ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigung, noch einmal: ...

Arno Eccher: Es würde mich sehr wundern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal: Sie wissen selber nichts von diesen Telekom-Geldern des Wittauer (**Arno Eccher:** Ja!), woher wollen Sie dann wissen, dass Scheuch damit nichts zu tun hat, wenn Sie selbst heute unter Wahrheitspflicht ausgesagt haben, Sie haben selber nichts davon gewusst, dann können Sie auch einen Scheuch-Zusammenhang nicht ausschließen?

Arno Eccher: Ich gehe davon aus, weil ich habe nicht das Gefühl, dass Herr Wittauer das sehr vielen Personen gesagt hat. Ob jetzt das Verhältnis oder Freundschaft Wittauer/Scheuch so groß war, weiß ich ehrlich gesagt nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlusssatz: Ich kenne den Herrn Scheuch und den Herrn Wittauer; ich gehe davon aus. – Aber das werden wir noch herausfinden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, **Fragen** sind wesentlich – und nicht Feststellungen.

Arno Eccher: Ich bin nicht für Freundschaften verantwortlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei diesen drei Rechnungen, mit denen das Telekom-Geld über die Agentur Schmied in die Agentur Orange geschleust worden ist, Rechnung 37, Rechnung 38 und Rechnung 39, da findet sich auf Rechnung 37 ein handschriftlicher Vermerk, Herr Eccher.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Können Sie das vorlesen? Vielleicht haben Sie eine Möglichkeit, das zu entziffern.

Arno Eccher: Ich weiß, dass das nicht meine Schrift ist. – Drei Teile, das Erste kann ich nicht lesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das Erste wäre wichtig gewesen, aber wenn Sie es nicht lesen können ...

Arno Eccher: Nein, das kann ich wirklich nicht lesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann lassen wir es, dann müssen wir es bei anderen Auskunftspersonen versuchen.

Arno Eccher: Ich kann es wirklich nicht lesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist ja kein Problem.

Zweite, ganz kurze Bemerkung zum Zitat, das Kollege Rosenkranz ergänzt hat. Sie haben vollkommen recht, man muss das wirklich in Gesamtheit lesen, da fehlt nämlich jetzt der ganze erste Teil. Ich erlaube mir, das kurz zu verlesen:

„Eine der oben genannten drei Personen“ –

sagt Schmied; und mit den drei Personen meint er Gebauer, Wittauer und Eccher –

„trat irgendwann im August 2006 an mich heran und vereinbarte mit mir, dass ich Rechnungen an die Telekom stellen sollte, wobei der Geldbetrag eigentlich für das BZÖ bestimmt war. Das BZÖ konnte den ‚Auftrag‘ nur nicht direkt selbst oder über die Werbeagentur Orange abwickeln. Darum vereinbarten wir, dass die Telekom den Betrag an die Projektentwicklung Werbeagentur Schmied GmbH bezahlt und wir im Gegenzug den Wahlkampf des BZÖ für das Bundesland Tirol in Bezug auf die Nationalratswahl 2006 durchführen und die Inserate usw auch bezahlen. Dies führten wir dann auch so durch. Für den Betrag, den uns die Telekom überwies, machte unsere Agentur Wahlkampfleistungen (Inserate usw) für das BZÖ. Ich glaube, dass etwa 5 % der EUR 600.000,- Eigenleistung meiner Agentur waren, der Rest waren ‚Durchläufer‘ für Zeitungsinserrate.“

Ich möchte dies nochmals so erklären: Man kann sagen, dass die EUR 600.000,- ein ‚Wahlkampfbudget‘ für den BZÖ Wahlkampf in Tirol waren.“

Von dort habe ich dann weiterzitiert:

„Normalerweise ist es so, wenn ich als Agentur Leistungen für einen Wahlkampf erbringe, schalte ich ein Inserat in einer Zeitung, diese Verrechnet den Betrag an mich und ich weiter an zB das BZÖ. In unserem Fall war es aber so, dass ich ein Inserat auftrags der BZÖ schaltete, die Rechnung bezahlte aber die Schmied GmbH selbst, weil wir das Geld ja schon von der Telekom erhalten hatten und verrechneten es nicht an das BZÖ weiter.“

Und dann fasst er zusammen, wer über das alles, dass das nicht an das BZÖ weiterverrechnet wird, gewusst hat, und sagt aus:

„Davon, dass unsere Leistungen nicht an das BZÖ weiterverrechnet wurden, wussten, Wittauer und Eccher.“

Das ist der Kern der Aussage. Das wiederholt sich an anderen Orten, immer wieder Schilderung dieses Systems: Telekom zahlt, Schmied wäscht die Spende, Orange kassiert. Und jetzt sagt Schmied: Dass das nicht an das BZÖ weiterverrechnet wird, wussten Wittauer und Eccher. – Nur dieses wollte ich zitieren und damit auch meine Frage begründen.

Ich komme zur letzten Frage. Es gibt eine Sachverhaltsdarstellung des Bündnis Zukunft Österreich, des Bundesgeschäftsführers und dazu auch öffentliche Erklärungen des derzeitigen Bündnisobmanns Bucher, wo er sehr genau beschreibt, was die Vorwürfe sind uns so weiter, Zahlungen des Unternehmens Telekom Austria an das BZÖ und und und.

Und unter „7.“ macht das BZÖ in seiner Sachverhaltsdarstellung einen Vorschlag:

„Für weitere Aussagen zu dieser Geschäftsbeziehung verweist der Sachverhaltsdarsteller“ –

also das BZÖ –

„auf die zum damaligen Zeitpunkt verantwortlich gewesenen Personen. Diese sind seitens des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) sowie der Fa. Orange Werbeagentur GesmbH:

Herr Arno Eccher, als damaliger Bundesgeschäftsführer des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) sowie als damaliger Geschäftsführer der Fa. Orange Werbeagentur GesmbH;

Herr LH-Stv. DI Uwe Scheuch, als damaliger Generalsekretär (Bündnissprecher) des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ);

Herr NAbg. Ing. Peter Westenthaler, als damaliger Bündnisobmann des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ).“

Also das Bündnis Zukunft Österreich zeigt an und nennt diese drei Personen als die damals Verantwortlichen.

Ich wollte Sie fragen, Herr Eccher, nachdem das BZÖ diese drei Personen der Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat, ob es noch darüber hinaus Personen gibt, die der Staatsanwaltschaft als Verantwortliche für die damaligen Vorgänge nach Ihrem Wissensstand zu nennen wären.

Arno Eccher: Nein, eigentlich nicht. Ich meine, das sind diese drei Personen, die damals die Funktionen wie Bündniskoordinator, Generalsekretär und Bündnisobmann hatten. Das wurde gemeldet. – Mehr kann ich dazu nicht sagen, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube auch, dass das die Hauptverantwortlichen waren, und habe keine weiteren Fragen. – Danke schön.

Arno Eccher: Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass das kraft Statuten die damals Verantwortlichen waren. Ich glaube, Sie müssten das auch verstehen, oder?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich verstehe das vollkommen. – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich bedanke mich bei der Auskunftsperson.

(Die Auskunftsperson Arno **Eccher** verlässt den Sitzungssaal.)

15.20

15.22

Auskunftsperson Mag. Gabriele Kröll-Maier

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Frau Mag. Gabriele Kröll-Maier.

(Die Auskunftsperson **Mag. Gabriele Kröll-Maier** sowie die Vertrauensperson **Mag. Claudia Bogensberger** werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen ausgeschaltet werden.

Frau Mag. Kröll-Maier, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Gabriele Kröll-Maier; geboren am 19. September 1966; Anschrift: Koblach; Beruf: Hauptschullehrerin. Sie waren in dem für den Untersuchungsausschuss relevanten Zeitraum nicht als öffentlich Bedienstete tätig.

Frau Mag. Kröll-Maier, auf die Aussageverweigerungsgründe gemäß § 7 der Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Eine **generelle** Auskunftsverweigerung vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich komme jetzt noch zur Erhebung der Daten für die **Vertrauensperson**. Vollständiger Name: Mag. iur. Claudia Bogensberger; geboren am 27. Mai 1970; Anschrift: Höchst.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Frau Mag. Bogensberger als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil sie entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte; § 14 Abs. 2 lit. a und b Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse. – Das ist nicht der Fall.

Wer dafür ist, dass Frau Mag. Bogensberger als Vertrauensperson von Frau Mag. Kröll-Maier hier im Ausschuss anwesend ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Einwendungen werden nicht erhoben.

Ich setze die **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort: Ich habe auch Sie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird, wenn er es für erforderlich hält, mich gemäß § 20 Abs. 1 Verfahrensordnung informieren.

Frau Kröll-Maier, wir können nun mit der Befragung beginnen. Sie haben die Möglichkeit, im Rahmen von 10 Minuten eine Art Erzählung zum Gegenstand der Befragung zu geben. Sie können auch noch allfällige Darlegungen oder Entschuldigungen vorbringen. Das liegt ganz in Ihrer Hand. Eine andere Möglichkeit wäre, gleich mit der Befragung zu beginnen. – Frau Mag. Kröll-Maier, was bevorzugen Sie? (*Mag. Kröll-Maier: Eine kurze Ausführung vielleicht zur Entschuldigung!*) – Bitte.

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Grüß Gott! Ich kann weder zur Causa Telekom noch zur Causa Universaldienstverordnung irgendetwas sagen, weil ich davon schlicht und einfach nichts weiß.

Bei Ihren späteren Fragen – das kann ich auch jetzt schon vorausschicken – werde ich natürlich mein Recht auf Entschlagung in Anspruch nehmen, weil es ein laufendes Verfahren gibt. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen!

Zu meiner Entschuldigung vor zwei Wochen möchte ich kurz folgende Ausführung machen:

Ich unterrichte Schüler der vierten Klassen. Sie stehen in zwei Wochen vor dem Semesterschluss in der bedeutendsten Phase des Schuljahres. Es geht um die Aufnahme in die weiterführenden Schulen beziehungsweise um zukünftige Ausbildungsstätten. Eine entscheidende Bedeutung haben daher die Noten für diese Schüler. Deshalb bin ich der Ansicht gewesen – und das bin ich nach wie vor –, dass meine Schüler das Recht auf Ausschöpfung aller Möglichkeiten haben, wenn es darum geht, ihre Noten für ihre Zukunft zu optimieren. Diese Möglichkeit wollte ich den Kindern geben – und das würde ich jederzeit wieder tun. Dafür ersuche ich bitte um Verständnis.

Heute bin ich gerne hier. Wie gesagt, in der Sache selbst werde ich Ihnen nicht helfen können.

Und noch etwas Wichtiges: Mir wurde die Ladung am 25. Januar 2012 zugestellt. Bereits am 27. Januar 2012 wurde ich gut begründet durch meinen Rechtsanwalt entschuldigt; übrigens auch in den Medien nachlesbar. Wer die Person ist, die die Ladung zugestellt hat, habe ich erst mit E-Mail vom 31. Januar 2012 erfahren. Dass meine Entschuldigung intern nicht weitergeleitet wurde, ist nicht in meiner Sphäre zu vertreten. Ich durfte zu Recht davon ausgehen, dass die Entschuldigung nicht nur rechtzeitig zur Kenntnis gelangt ist, sondern auch akzeptiert wird, zumal ich die gegenteilige Rückmeldung nicht rechtzeitig erhalten habe. Es handelt sich um eine begründete Entschuldigung und um keine Frage, sodass ich auch keinerlei Anlass sah, mich an Frau Dr. Moser zu wenden. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Höbart das Wort.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Frau Magister, gleich eingangs sei hinterfragt – Sie sind ja jetzt wieder, Sie haben das auch gerade festgestellt bei Ihrer

Eingangsstellungnahme, in Ihren ursprünglichen Beruf zurückgekehrt –: Haben Sie im Moment noch irgendetwas mit dem ehemaligen Vizekanzler Hubert Gorbach zu tun: in irgendeiner Konstellation, Firmenbeteiligungen, was auch immer?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich gehe davon aus, dass die Antwort auf diese Frage im Zusammenhang mit einem gegen mich derzeit durchgeföhrten Strafverfahren steht, und ich mache deshalb von meinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Es gibt mittlerweile zwei Vernehmungsprotokolle, eines vom 11. August 2011 und ein uns vor Kurzem zugestelltes vom 24. Jänner 2012, und ich stelle fest, dass es bereits beim ersten Protokoll zwei Varianten gegeben hat, worauf ich später noch ein bissel eingehen möchte. Sie haben zum Schluss Präzisierungen oder Abänderungen, Modifikationen, zum Besten gegeben und diese sogenannten Präzisierungen bei der letzten Vernehmung wieder etwas anders dargestellt. Da hätte mich einmal schlicht und einfach interessiert: Warum?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Aufgrund des laufenden Strafverfahrens darf ich von meinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Ich versuche es vielleicht ein bisschen andersrum, indem wir nicht unbedingt auf die Vernehmungsprotokolle eingehen. Können Sie uns vielleicht von Ihrer Wahrnehmung her ein bisschen die Jahre 2005, 2006 schildern? Das waren ja doch sehr turbulente Jahre, Stichwort BZÖ. Sie haben auch einiges in den Protokollen niedergeschrieben oder niederschreiben lassen, ausgesagt.

Können Sie uns vielleicht ein bisschen eine persönliche Wahrnehmung kundtun?

Um Ihnen vielleicht einen Denkanstoß zu liefern: Sie sagen, es war eine sehr schwierige Zeit, die Zeiten waren sehr unsicher, im Bündnis Zukunft Österreich gab es ja bis auf einen kleinen Nationalratsklub nach den Nationalratswahlen 2006 kaum Strukturen. Sie hatten sozusagen, wenn ich das jetzt einmal so interpretieren darf, Zukunftsängste.

Können Sie uns ein bissel schildern, was sich da so abgespielt hat?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Leider nein. Diese Frage steht auch im Zusammenhang mit dem laufenden Strafverfahren, weshalb ich von meinem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch mache.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Sie sind ja doch eine sehr langjährige Wegbegleiterin des ehemaligen Vizekanzlers Gorbach. Haben Sie da vielleicht wahrgenommen, wie ehemalige oder amtierende Telekommanager ein- und ausgegangen sind, vor allem im Jahr 2006, als es um die Universaldienstverordnung ging? Auch wenn Sie eingangs gemeint hätten, Sie haben da kaum oder nichts wahrgenommen – haben Sie daran vielleicht irgendwelche Erinnerungen?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Aufgrund des Zusammenhangs mit einem laufenden Strafverfahren darf ich auf mein Recht auf Entschlagung verweisen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Eine nicht einfache Befragung. – Vielleicht ein kleines Detail am Rande, um die Runde ein wenig aufzulockern. Ich habe gerade erwähnt, Sie sind eine langjährige Begleiterin des ehemaligen Vizekanzlers, haben auch in Ihren Präzisierungen bei der ersten Einvernahme zu Protokoll gegeben, dass letztendlich von Ihnen niemals Leistungen in Richtung Valora erbracht wurden. Das heißt, Sie haben ausschließlich Assistenztätigkeiten von Hubert Gorbach wahrgenommen.

Was mich jetzt als kleines Detail am Rande interessieren würde: Haben Sie den berühmt-berüchtigten Brief an den britischen Finanzminister Alistair Darling verfasst?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Aufgrund des damit im Zusammenhang stehenden Strafverfahrens darf ich mein Recht auf Entschlagung wahrnehmen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich habe jetzt zur Geschäftsordnung schon eine Frage an den Verfahrensanwalt.

Natürlich sind die Rechte von Beschuldigten zu wahren, und daher versteh ich auch durchaus die Aussage, dass es ein Strafverfahren gibt. Kollege Höbart hat aber zum einen die Frage gestellt, ob ein bestimmter Brief verfasst wurde, und die Antwort darauf steht meiner Meinung nach nicht im Zusammenhang mit einem Strafverfahren. Eine andere Frage war, ob im Zuge der Tätigkeit im Sekretariat des Vizekanzlers Manager der Telekom gesehen worden sind oder nicht.

Meine Frage ist, ob in der weitesten Auslegung des Beschuldigtenrechtes die Nichtbeantwortung beziehungsweise die Verweigerung der Beantwortung dieser Fragen noch zulässig ist oder nicht – bei weitester Auslegung.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine, dass wir etwas Grundsätzliches sagen sollten. Nach der Verfahrensordnung kann auf einzelne Fragen die Antwort verweigert werden, wenn man sich einer strafgerichtlichen Verurteilung aussetzen würde. Es ist also bei jeder Frage letztlich nach ihrer Erklärung zu beurteilen, ob die Beantwortung dieser Frage sie einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde.

Auf der anderen Seite meine ich, dass man bei der Entscheidung der Frage, wie weit das Entschlagungsrecht geht, auf die Strafprozessordnung in der derzeit geltenden Fassung Rücksicht nehmen müsste. Ich gehe davon aus – jedenfalls der größere Teil der Abgeordneten wird das wissen, meine Berufskollegen ebenfalls –, dass die Strafprozessordnung dahin novelliert wurde – mit gutem Grund –, dass es zwei Bereiche gibt, innerhalb welcher man sich einer Antwort entzonen kann. Wenn noch kein Strafverfahren anhängig ist, in dem man Beschuldigter ist, dann gibt es noch das alte generelle Entschlagungsrecht, falls man sich einer späteren strafgerichtlichen Verfolgung aussetzt. – Das ist Fall eins.

Fall zwei ist jener, wenn schon einmal eine Aussage getätig wurde, muss man auch als in einem strafgerichtlichen Verfahren Beschuldigter über jene Dinge, die man vor der Exekutive schon zugestanden hat, aussagen, also antworten. Man muss nicht antworten, wenn man sich durch eine wahrheitsgemäße Aussage weiterhin beschuldigen würde.

Das heißt, wenn eine Auskunftsperson, als Beschuldigte vernommen, schon etwas gesagt hat, hat sie durchaus auszusagen. Sie kann die Aussage nur dann verweigern, wenn sie durch eine weitere Beantwortung über diesen Rahmen hinaus sich weiter beschuldigen würde. Dann greift das Recht auf Aussageverweigerung.

Im gleichen Sinn gibt es – ich habe das auch hier schon gesagt – eine grundlegende Entscheidung des Oberlandesgerichtes Wien, sogar in einem Fall, der uns einmal hier befassen wird, wo genau dieser Sachverhalt so beurteilt wird.

Ich meine daher, dass Sie unter Bezugnahme auf das Protokoll – und das muss man dann bitte aber sehr genau beachten, meine Damen und Herren! – zu Fragen, die dort schon beantwortet worden sind, wo Sie sich allenfalls schon selbst beschuldigt hätten,

die Aussagen wiederholen müssten, nur nicht weiter darüber hinaus Dinge, die Sie noch nicht zugestanden haben! – Das ist meine Rechtsmeinung.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Dann werde ich jetzt wirklich darauf eingehen, was Sie ausgesagt haben. Es gibt da schon ein paar interessante Dinge.

Ich zitiere jetzt aus diesem Vernehmungsprotokoll:

Auf Nachfrage, ob es für die Firma Valora AG jemals, wie vertraglich vereinbart, Leistungen meinerseits gab, gebe ich an, dass es nie eine Leistung meinerseits –

also von Ihnen –

für die Valora AG gab.

Ist das nach wie vor korrekt?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich bitte um Verständnis, diese Frage steht im Zusammenhang mit dem gegen mich geführten Strafverfahren. Ich nehme mein Recht auf Entschlagung in Gebrauch.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das Problem ist, wie der Herr Verfahrensanwalt ja deutlich ausgeführt hat: Sie sind dann zu einer Aussage vor dem Ausschuss verpflichtet, wenn Ihre Aussage vor dem Staatsanwalt oder vor den ermittelnden Beamten bereits protokolliert wurde. Dann sind Sie verpflichtet, das dort Ausgesagte hier noch einmal vor dem Ausschuss zu wiederholen. (*Abg. Dr. Rosenkranz – in Richtung Auskunftsperson –: Sie können auch den Herrn Verfahrensanwalt noch gerne beziehen! – Abg. Dr. Jarolim: Das würde ich vorschlagen, ja! – Die Auskunftsperson spricht mit Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ist es geklärt?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es ist vielleicht ein gangbarer Weg, geklärt ist es wohl nicht. Die Sorge besteht auf Seiten der Auskunftsperson, dass hier ins Protokoll nicht exakt jener Wortlaut kommt, der in dem Vernehmungsprotokoll bei der Staatsanwaltschaft oder bei der Polizei oder bei der Exekutive vorliegt. Jetzt meint man, dass die Auskunftsperson bereit wäre, wenn der Wortlaut genau vorgetragen wird, diesen Wortlaut zu bestätigen, dass sie das gesagt hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wäre es eine gangbare Möglichkeit, das Protokoll, aus dem zitiert wird, der Auskunftsperson vorzulegen, dass sie mitlesen kann, und sie kann dazu sagen: Ja, das habe ich gesagt!, oder: Das ist meine Aussage!? Ist das möglich?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ja, das ist möglich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dann gehen wir so vor.

Möchten Sie aus dem Protokoll zitieren, Herr Abgeordneter Höbart?

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Das Protokoll vom August 2011 liegt vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich darf bitten, wenn man schon die Protokolle vorlegt, diese vollständig vorzulegen. Es gibt eine Einvernahme der Frau Kröll-Maier aus dem August 2006. Es gibt aber auch eine weitere Beschuldigtenvernehmung mit ganz wichtigen, entscheidenden Klarstellungen zur ersten Einvernahme vom 24. Jänner 2012, was uns erst seit kurzem vorliegt.

Ich darf ersuchen, wenn schon die Einvernahmeprotokolle zur Verfügung gestellt werden, diese auch vollständig zur Verfügung zu stellen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist die Entscheidung des Herrn Abgeordneten Höbart, was er vorlegt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Aber wir haben uns darauf geeinigt, dass sie alle ihre Aussagen vorgelegt bekommt. Und wenn man ihr das zusagt, dann muss man das auch tun; das ist eine Sache der Fairness.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Es gibt nur eine Möglichkeit: Der/die Abgeordnete, der/die fragt, macht einen konkreten Vorhalt aus einer der beiden Beschuldigtenvernehmungen, und darauf wird Bezug genommen. Es ist eine Entscheidung der Mitglieder dieses Ausschusses, welchen Vorhalt sie machen. – Aus.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie haben eine Frage formuliert zu diesem vorgelegten Einvernahmeprotokoll. Können Sie die noch einmal kurz wiederholen?

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Ich zitiere jetzt aus diesem vorgelegten Protokoll vom 11. August 2011, Seite 53 von 64:

„Auf Nachfrage, ob es für die Firma Valora AG jemals wie vertraglich vereinbart Leistungen meinerseits gab, so gebe ich an, dass es nie eine Leistung meinerseits für die Valora AG gab.“

Halten Sie diese Aussage aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Diese Aussage habe ich damals so gemacht, ja.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Und Sie haben sich niemals gefragt – da zitiere ich jetzt nicht mehr daraus –, woher das Geld gekommen ist, et cetera, et cetera? (Abg. Petzner: *Das ist eine Suggestivfrage! Entschuldigen Sie!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie müssen die Frage anders formulieren, als Fragesatz formulieren.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Ich zitiere aus dem vorher erwähnten Protokoll:

„Warum von der Valora AG diese Rechnungen auch tatsächlich bezahlt wurden, wenn es nie Leistungen meiner Firma gab so gebe ich an, dass ich mich hier total auf Hubert GORBACH verlassen hatte und habe die Herkunft des Geldes nie hinterfragt.“

Halten Sie auch diese Aussage aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Über das Protokoll hinaus werde ich zu diesem Gegenstand nichts sagen. (Abg. Dr. Pilz: *Das war nicht die Frage!*)

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Ja oder nein? Das ist eigentlich eine geschlossene Frage. Das war Ihre Aussage, und ich habe Sie gefragt, ob Sie das aufrechterhalten. Das kann man nur mit einem Ja oder Nein beantworten.

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich wiederhole noch einmal: Was ich damals gesagt habe, habe ich gesagt. Darüber hinaus gibt es nichts zu sagen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Okay.

Dann würden mich noch zwei Dinge konkret interessieren. Ich zitiere wieder aus dem Einvernahmeprotokoll, Seite 51:

„Nach der ersten Überweisung der Valora AG an das von mir angegebene Konto habe ich mir selbstständig den mit GORBACH im Vorhinein vereinbarten Gehalt auf mein Konto überwiesen. Das war monatlich ein Nettobetrag in der Höhe von ca 4.500 Euro. Dieser Betrag beinhaltete ca 2.000 Euro, die ich an tatsächlichen Spesen aufzuwenden hatte. Die verbleibenden 2.500 Euro waren mein tatsächlicher Gehalt.

Der Rest des von der Valora AG überwiesenen Betrages blieb auf dem ‚Dienstkonton‘. Dieser Betrag stand schließlich für Hubert GORBACH zur Verfügung.“

Können Sie das auch so bestätigen?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Diese Formulierung ist so nicht korrekt, wurde auch von mir ergänzt. Die Ergänzung müsste Ihnen mittlerweile vorliegen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Okay. Danke, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jetzt nur die Einvernahme vom August 2011 vorliegen oder auch die zweite vom 24. Jänner 2012?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Wir haben nur eine.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann bekommen Sie von uns die zweite auch, der Fairness halber, wenn andere schon diese Fairness nicht haben.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Frau Kröll-Maier, ich habe nur eine Frage: Ist es korrekt, dass Sie in dieser zweiten Einvernahme vom Jänner 2012 für den Sachverhalt wichtige Korrekturen zu Ihrer ursprünglichen Aussage am 11. August 2011 vorgenommen haben?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ja, das habe ich gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Daher ist es auch sehr wichtig, dass diese dem Ausschuss vorliegt, weil sonst wäre es auch ein falscher Vorhalt. Die Auskunftsperson hat gerade hier mitgeteilt, dass sie entscheidende Korrekturen gegenüber ihrer ursprünglichen Beschuldigtenvernehmung vorgenommen hat. Das heißt auch für die Befrager hier im Ausschuss, dass jede falsch zitierte Aussage, die später korrigiert wurde, vom 11. August 2011 als falscher Vorhalt zu werten ist. Daher darf ich darum ersuchen, bei jeder Frage unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 11. August auch die zweite Einvernahme vom Jänner 2012 in der Fragestellung zu berücksichtigen, da wir ansonsten Gefahr laufen, der Auskunftsperson einen falschen Vorhalt zu machen.

Konkrete Frage: Sie machen eine entscheidende Korrektur, auch was die Überweisungen der Valora im Frühjahr 2009 betrifft, wo Sie in Ihrer ursprünglichen Einvernahme sagen, dass die letzte Überweisung der Valora im Frühjahr 2009 war. Sie sagen jetzt in Ihrer Klarstellung gegenüber den Behörden, dass Ihnen diese Aussage – ich zitiere aus dieser Vernehmung vom Jänner 2012, zweiter Absatz/Klarstellung –:

Diese Formulierung wurde mir in den Mund gelegt.

Bleiben Sie bei diesen Angaben?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem wurde Ihnen diese Formulierung in den Mund gelegt: von den Ermittlenden oder von den Beamten, die Sie befragt haben?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da muss ich festhalten, dass, wenn das tatsächlich so sein sollte, das eine völlig unzulässige Weise seitens der österreichischen Justiz ist. Aber das werden wir an anderer Stelle auch vielleicht durch entsprechende Aktivitäten mit der Frau Justizministerin Karl zu klären haben.

Ich habe vorerst keine weiteren Fragen und darf die Befrager noch einmal daran erinnern, keine falschen Vorhalte jetzt bei den Befragungen zu machen. Und die Frau Vorsitzende und den Herrn Verfahrensanwalt ersuche ich, genau darauf zu achten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wir haben also einen zweiten Verfahrensanwalt offensichtlich jetzt unter uns.

Frau Kröll-Maier! Wir waren eigentlich voll Stolz und Anerkennung, weil Sie doch mit Ihrer Wahrheitsoffensive sehr viel Licht ins Dunkel gebracht haben, und insofern ist es natürlich bedauerlich, aber auch teilweise verständlich, dass Sie sich heute hier doch auf die Position, die Sie hier einnehmen, zurückziehen.

Ich möchte Ihnen auf Seite 50 – und diesbezüglich gibt es keine ergänzenden Vorhalte in Ihrer letzten Einvernahme – eine Aussage vorhalten und Sie um Ihre Beurteilung ersuchen. Da sagen Sie hinsichtlich der Frage des Zusammenwirkens mit Herrn Gorbach – Sie sagen im Vorfeld dazu, Sie wollten bei Herrn Gorbach weiter tätig sein, weil Sie Ihren Lebensstil beibehalten wollten – wörtlich:

„Ich glaube Ende 2006 kam dann Hubert Gorbach auf mich zu und sagte mir, dass er eine Möglichkeit der Finanzierung für unser Vorhaben gefunden habe und mein Auftraggeber die mir damals auch bekannte Valora AG sein werde. Somit gründete ich parallel dazu das Einzelunternehmen GKM PR.“

Ist das tatsächlich gemäß? Haben Sie das bei der Polizei mitgeteilt? Was ist Ihre Stellungnahme?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Die Aussage habe ich damals so gemacht, mehr möchte ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie sagen dann weiters:

„Folglich wurde ich Ende 2006 bzw. Anfang 2007 vom Mag Günther PERGER der Valora AG telefonisch kontaktiert, welcher mit mir die weitere Vorgangsweise besprach. Bei diesem Erstkontakt gab PERGER an, dass er mir einen bereits vorgeschriftenen Werkvertrag per Mail übersenden werde, welchen ich noch entsprechend zu ergänzen hatte. Der Originalvertrag kam dann per Post, wurde von mir unterfertigt und retourniert.“

Stimmt das?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Auch das habe ich so gesagt, weil es mir so in Erinnerung war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben einen Vertrag abgeschlossen mit der Valora am 11.1.2007; das ist der, auf den Sie hier Bezug nehmen. Dort werden Tätigkeiten aufgelistet, die Sie ab dem Zeitpunkt durchführen sollen. Da wird also hier im Tätigkeitsbereich unter dem Punkt II. ausgeführt, Sie sollen SWOT-Analysen der Top Ten-Industrieunternehmen Vorarlbergs erbringen. (*Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann: Kann man der Auskunftsperson den Vertrag geben? – Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Können Sie uns sagen, welche Leistungen darunter zu verstehen waren, die Sie erbringen sollten?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich darf darauf hinweisen, dass dieser Vertrag mit dem Ermittlungsverfahren zusammenhängt und ich deshalb keine Aussage machen möchte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay. – Dann darf ich Ihnen von der Seite 51 die Passage vorhalten:

Eine der Rechnung entsprechende Leistung an die TA-Vertriebskooperation von aonAlarmServices ... gab es von meiner Seite nicht.

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Auf welcher Seite ist das?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine der Rechnung entsprechende Leistung der TA gab es von meiner Seite nicht.

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich sehe das nicht. Wo steht das auf der Seite 51?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das war jetzt ein falscher Vorhalt. Entschuldigen Sie!

So, da ist jetzt das Richtige: „Warum von der Valora AG“ – das ist Seite 52 – „diese Rechnungen auch tatsächlich bezahlt wurden, wenn es nie Leistungen meiner Firma gab so gebe ich an, dass ich mich hier total auf Hubert GORBACH verlassen hatte und habe die Herkunft des Geldes nie hinterfragt.“

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Diese Aussage habe ich damals so gemacht. Korrekt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke schön.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Magister, welche Fächer unterrichten Sie eigentlich?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: In welchem Zusammenhang steht das mit dem Thema?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht um Ihre Qualifikation.

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Deutsch, Biologie, Französisch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Deutsch, Biologie, Französisch.

Unterrichten Sie irgendetwas, was im Zusammenhang mit Wirtschaft steht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Deutsch, Biologie, Französisch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von meinem Volkswirtschaftsstudium kann ich mich noch an Instrumente erinnern wie die SWOT-Analyse, die von der Harvard Business School entwickelt worden ist. Die Wissenschaftler, die das in Harvard entwickelt haben, sind weder Germanisten noch Französischlehrer noch – was war das Dritte? –Biologen oder Biologinnen. Ich sehe darin auch nicht unbedingt die sachliche Grundlage.

Können Sie dem Ausschuss sagen, was aus Ihrer beruflichen Qualifikation Sie befähigt, SWOT-Analysen zu erstellen?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Können Sie die Frage noch einmal wiederholen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gerne: Was aus Ihrer beruflichen Qualifikation befähigt Sie, SWOT-Analysen zu erstellen?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Das Thema SWOT-Analyse steht im Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren, weshalb ich mein Recht auf Entschlagung wahrnehmen möchte. Ich bitte um Verständnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist keine Frage von Verständnis, ich nehme das einfach so zur Kenntnis. Ich kann mir die Antwort auch selbst geben: Nichts. Weder Deutsch noch Englisch noch Biologie. Das sind mit Sicherheit keine Grundlagen, keine Qualifikationen, die notwendig sind, um SWOT-Analysen zu erstellen.

Voraussetzungen für SWOT-Analysen sind nicht nur Grundkenntnisse, sondern entwickelte Kenntnisse in bestimmten Bereichen der Wirtschaft, insbesondere im

Bereich der strategischen Unternehmensplanung. Deswegen gibt es auch gesonderte Ausbildungen, deswegen hat sich darum relativ viel an wissenschaftlicher Literatur entwickelt. Wenn Sie das auf „Wikipedia“ anklicken, dann könnten Sie im Nachhinein sehen, wie kompliziert es ist, fachlich befugt und seriös SWOT-Analysen zu erstellen.

So, gehen wir jetzt chronologisch Ihre Beschuldigtenvernehmung vom 11. August 2011 durch.

Es gibt einen wichtigen Punkt in der Beschuldigtenvernehmung. Bis zur Seite 49 des Gerichtsaktes geben Sie Antworten, die wir, sagen wir einmal, als ausweichend, als durchaus das Geschehene verteidigend, aber sicherlich nicht als belastend für Hubert Gorbach oder andere bezeichnen könnten. Dann kommt plötzlich die Frage der Kriminalbeamten:

„Bleiben Sie bei Ihren bisher gemachten, vorstehenden Angabe?“

Antwort: „Nach reiflicher Überlegung gebe ich nachstehend zu Protokoll: (...)“ – Und dann kommt eine ganze Reihe von Aussagen – da sind ein paar bereits zitiert worden, die werde ich nicht wiederholen –, die Hubert Gorbach und andere, zumindest in meinen Augen, schwer belasten. Und das möchte ich jetzt mit Ihnen durchgehen, wie Sie als seine Sekretärin und als damalige Expertin für SWOT-Analysen und Ähnliches letzten Endes auf Telekom/Valora-Rechnung hier gearbeitet haben und was Sie über Ihre Tätigkeit ausgesagt haben. Ich beginne, noch einmal:

„Nach reiflicher Überlegung gebe ich“ – also Sie – „nachstehend zu Protokoll:

Ich war bis Ende 2006 beim BZÖ angestellt. Ich wollte zum damaligen Zeitpunkt meine politische Tätigkeit beenden. Ebenfalls war die vorangegangene Nationalratswahl für das BZÖ denkbar schlecht und allen war bewusst, dass das BZÖ künftig keine tragende Rolle mehr in der Politik spielen wird.

Da mir bewusst war, dass mein Arbeitsplatz gefährdet ist, ging glaublich ich zu Hubert Gorbach und erfragte mögliche Optionen, wie ich weiterhin für ihn arbeiten könnte.“

Halten Sie diese Aussage, die Sie in Ihrer Beschuldigtenvernehmung gemacht haben, im August 2006, weiterhin aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich habe sie damals so gemacht. Darüber hinaus habe ich keine weitere Aussage zu machen hier.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist Faktum, dass Sie sie damals gemacht haben. Meine Frage war aber eine andere, und der Herr Verfahrensanwalt hat Sie diesbezüglich belehrt. Es geht nicht darum, ob Sie diese Aussage damals gemacht haben, sondern, ob Sie sie in dem damals gemachten Umfang aufrechterhalten.

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann kommen ein paar Details, Lebensstil und so weiter, Idee Gorbach:

„Somit wurde von Hubert GORBACH die Idee geboren, dass ich ein Einzelunternehmen gründen solle und er die finanziellen Mittel und Aufträge für das Unternehmen bringen werde. Durch folgende Rechnungen meiner Firma sollte schließlich mein Gehalt, der in etwa meinem Letzтgehalt beim BZÖ entsprach, sowie meine ‚Sekretärinnenarbeit‘ für Hubert GORBACH abgegolten werden.“

Halten Sie diese Aussage, die Sie in ihrer Beschuldigtenvernehmung gemacht haben, aufrecht? (Abg. **Petzner:** Das ist ein falscher Vorhalt! ... Das ist ein falscher Vorhalt! Das ist ein falscher Vorhalt! Der ist unzulässig! Sie hat das in der zweiten Einvernahme korrigiert, da gibt es andere Aussagen ...!)

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, wir haben zuerst geklärt: Jeder Abgeordnete kann einen Vorhalt machen. Er muss auf Basis der Aktenlage erfolgen, und das ist hier der Fall. (Zwischenrufe bei der FPÖ. – Abg. Petzner: Ein falscher Vorhalt ist unzulässig!)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich darf Sie auf meine Ergänzung verweisen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke schön! Wir werden auf diese Ergänzung dann zurückkommen. Aber Kollege Petzner, so schaut – Sie werden es noch lernen – ein Vorhalt aus.

Ich halte weiter vor: Jetzt kommt diese Passage über Kontakt Perger/Valora AG – das ist bereits zitiert worden, da haben Sie bereits Antworten darauf gegeben. Dann schildern Sie den vernehmenden Kriminalbeamten die Rechnungslegung, die erste Überweisung – und hier zitiere ich jetzt wieder aus ihrer Beschuldigtenvernehmung wörtlich.

Ich zitiere: „Nach der ersten Überweisung der Valora AG an das von mir angegebene Konto habe ich mir selbständig den mit GORBACH im Vorhinein vereinbarten Gehalt auf mein Konto überwiesen. Das war monatlich ein Nettobetrag in der Höhe von ca 4.500 Euro. Dieser Betrag beinhaltete ca 2.000 Euro, die ich an tatsächlichen Spesen aufzuwenden hatte. Die verbleibenden 2.500 Euro waren mein tatsächlicher Gehalt. Der Rest des von der Valora AG überwiesenen Betrages, blieb auf dem“ – unter Anführungszeichen – „Dienstkonto“. Dieser Betrag stand schließlich für Hubert GORBACH zur Verfügung.“

Halten Sie diese Aussage aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Das habe ich korrigiert, habe ich ergänzt, darf ich darauf verweisen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wir kommen dann darauf zurück.

Dann kommt diese Schilderung von Geschenken und so weiter, die Geschichte mit hochpreisigen Geschenken, Schnapssammlungen und so weiter. Ich halte das in diesem Zusammenhang nicht für so bedeutend.

Für bedeutend halte ich – und dazu möchte ich Sie weiter fragen; ich zitiere wieder –:

„Wenn auf dem ‚Dienstkonto‘ ein relativ hoher Betrag vorhanden war, habe ich diesen auf ein ‚Sparkonto‘ umgebucht. Unter hohem Betrag verstehe ich eine Summe in der Höhe von ca 40.000 Euro.“

Halten Sie diese Aussage, die Sie bei Ihrer Beschuldigtenvernehmung gemacht haben, aufrecht? (**Mag. Kröll-Maier:** Ja!) – Danke!

Ich zitiere weiter: „Die letzte Überweisung der Valora AG war im Frühjahr 2009. Wir konnten noch ca 1 Jahr so weiter arbeiten, damit meine ich, dass wir, Hubert GORBACH und ich solange arbeiteten, bis der letzte Euro“ aufgebraucht war.

Das steht so in Ihrer Beschuldigtenvernehmung. Halten Sie diese Aussage vor dem Ausschuss aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Auch das wurde korrigiert. Das ist nicht korrekt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wir kommen dann bei der zweiten Einvernahme noch auf einige Punkte zurück.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sieben Minuten sind erreicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, dann machen wir in der nächsten Runde weiter, kein Problem. – Danke schön.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich möchte zunächst sagen, dass ich die Auffassung, die hier aufgeworfen wurde, im Hinblick darauf, dass die Auskunftsperson jedenfalls die Aussagen, die sie vor dem Staatsanwalt macht, bestätigen muss, nicht für korrekt halte, denn das Entschlagungsrecht gilt schon so weit, als sie natürlich diese Aussagen weder bestätigen noch dementieren muss. Und es gilt natürlich darüber hinaus ein Entschlagungsrecht für alle Fragen, wo sich eine Auskunftsperson weiter belasten kann. Also es gilt beides. Ich halte das nur der Ordnung halber für meine Fraktion fest. Unsere Auffassung im Hinblick auf die Geschäftsordnung ist ja durchaus divers zur momentanen Handhabung – das nur der Korrektheit halber.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wenn ich kurz antworten darf, Herr Abgeordneter: Das entspricht ganz meiner Rechtsmeinung, die ich zunächst dargestellt habe, wir haben dann aber versucht, einen Weg zu finden, wie man hier vorgehen kann.

Wenn man den Entscheidungen, die zu dieser Gesetzesstelle – 175 StPO – ergangen sind, folgt, wäre es so, dass die Auskunftsperson auf eine Frage von sich aus das selbst wieder sagt, was sie schon einmal gesagt hat.

Wir haben uns dann darauf verständigt, damit hier keine Unklarheiten und Ungenauigkeiten fürs Protokoll entstehen, dass eben das Protokoll genau verlesen wird und dass dazu dann die Stellungnahme kommt, ja das habe ich so gesagt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich nur entgegenhalten: Wenn ich Beschuldigter bin in einem Verfahren, und ich mache eine Aussage vor dem Staatsanwalt, dann kann ich diese Aussage revidieren – wie das ja hier auch geschehen ist. Wenn ich aber hier die Aussage bestätige, habe ich diese Möglichkeit nicht mehr. – Ich weise nur darauf hin.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Sie haben recht. Daher hat der Abgeordnete Petzner mit Recht gesagt, dass man mitberücksichtigen muss – weil ja diese Aussage letztlich als Einheit zu sehen ist –, wenn es in der späteren Aussage am 24. Jänner eine Korrektur gegeben hat. Und das ist auch der Grund, weshalb ich – was nicht allgemein hörbar ist, nehme ich an – immer wieder gesagt habe: Wenn Sie eine Korrektur angebracht haben, dann sagen Sie das bitte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich wollte das nur für das Protokoll von unserer Seite her festhalten.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Uns war das eben eine Möglichkeit, überhaupt hier in der Fragestellung irgendetwas für das Protokoll zu bekommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Mag. Kröll-Maier, darf ich Sie fragen, wann Sie Herrn Vizekanzler Gorbach kennengelernt haben?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: 2001.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und wie lange haben Sie für ihn insgesamt gearbeitet, und in welchen Themenbereichen waren Sie für ihn aktiv?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich möchte hier auf das laufende Verfahren verweisen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.)

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Dann darf ich Ihnen folgende Rechnungen vorhalten.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Ich möchte da keine inhaltliche Beurteilung, das haben wir ohnehin erörtert. Ich frage nur: Haben Sie diese Rechnungen an die Valora geschrieben?

(*Die Auskunftsperson blättert in diesen Schriftstücken und spricht sodann mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Die Rechnungen habe ich geschrieben, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Die tragen alle Ihre Unterschrift?
(*Mag. Kröll-Maier: Ja!*) – Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen damit in die zweite Runde. Vonseiten der FPÖ: Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Etwas ganz anderes jetzt, nämlich zur Frage Ihrer Entschuldigung vom letzten Mal: Da ich auch in der Bildungspolitik tätig bin, freut es mich natürlich, dass Sie als Lehrerin das Wohl der Kinder in den Vordergrund stellen – auch zu Semesterende, mit Prüfungen.

Für uns als Ausschuss hat diese Entschuldigung von Ihnen grundsätzlich plausibel geklungen, nur hat die Frau Vorsitzende gemeint, sie hätte mit Ihnen auch entsprechend Kontakt gehabt, dass quasi auch eine Bestätigung seitens Ihres Dienstgebers notwendig wäre – sprich Direktion, Bezirksschulinspektorat, Landesschulrat, Bundesministerin Schmied, was auch immer.

Haben Sie in der Zwischenzeit eine Aussage über Ihre berufliche Unabkömmlichkeit seitens Ihres Dienstgebers dem Untersuchungsausschuss vorgelegt?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich habe am Vorabend davon erfahren, habe das dann in meiner Schule abgeklärt, und mein Direktor hat meine Meinung absolut vertreten. Aber er kann mir natürlich keine Weisung geben, dass ich mich nicht aus der Schule entfernen darf.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine Frage betrifft nicht eine Weisung, sondern meine Frage ist, ob die Direktion auch Ihre Meinung teilt ...

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Er hat bestätigt, dass er meiner Argumentation absolut zustimmt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und hat er diese Zustimmung und diese Bestätigung auch dem Hohen Haus – sprich: dem Ausschuss – mitgeteilt
(*Mag. Kröll-Maier: Ja!*) oder nur Ihnen?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Das haben wir ... Ich habe das in Kopie an meinen Anwalt geschickt und an die Parlamentsdirektion, wo auch immer das ... Aber es wurde geschickt, in Kopie an den Anwalt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte nur erwähnen, ich habe kurz Rücksprache gehalten, die Parlamentsdirektion und ich haben das nicht.

(*Eine neuerliche Zusendung wird seitens der Auskunftsperson zugesagt.*) – Bitte senden Sie es noch einmal, Sie haben ja dann ein Absende-Datum. Sie können jederzeit in meinen Laptop Einblick nehmen, es ist nicht vorhanden.

Herr Abgeordneter Petzner, bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe nur konkrete Fragen zum Sachverhalt, aber eher im Rahmen eines psychologischen Moments, der mich interessieren würde. Vielleicht können Sie dazu Angaben machen.

Zu dieser Beschuldigten-Vernehmung vom 11. August 2011, Seite 49: Da gibt es eine Stelle, die Kollege Pilz schon zitiert hat, da werden Sie gefragt:

„Haben oder hatten Sie jemals eine politische Funktion (nur in Bezug auf eine eventuelle Immunität)?“ – „Antwort: Nein“

Ihre Antwort ist nein, und dann kommt plötzlich ein Bruch in dieser Einvernahme, und dann kommt eben die Frage – das ist grammatisch falsch, aber ich lese es so vor –:

„Bleiben Sie bei Ihren bisher gemachten, vorstehenden Angabe?“ – „Antwort: Nach reiflicher Überlegung gebe ich nachstehend zu Protokoll“.

Ich frage Sie dazu jetzt ganz konkret, weil das ganz entscheidend ist, weil auch diese Beschuldigten-Vernehmung entscheidender Gegenstand im Untersuchungsausschuss ist und auch in einem laufenden Ermittlungsverfahren. Das schaut so aus, als sei das von einer Sekunde auf die andere geschehen. Wie hat denn diese **reifliche Überlegung** stattgefunden? Wurden Sie seitens der vernehmenden Beamten in irgendeiner Weise unter Druck gesetzt in diesem Zusammenhang – und wenn ja: in welcher Weise?

Ich frage das deswegen auch noch einmal im Zusammenhang mit dem Sachverhalt, weil die folgenden Aussagen, die dann kommen, natürlich in dieser Causa von entscheidender Relevanz sind.

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich darf hier auf einen Aussagenotstand hinweisen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mir liegen Informationen vor, dass Sie sehr wohl unter Druck gesetzt wurden und Ihnen seitens der ermittelnden Beamten sogar mit einer Verhaftung gedroht wurde.

Können Sie das bestätigen oder nicht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Es hat Druck gegeben, ja, starken Druck.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es hat bei dieser Einvernahme starken Druck durch die Ermittlungsbeamten gegeben? (**Mag. Kröll-Maier:** Ja!) – Was können Sie konkret – ich weiß, das ist jetzt schwierig – zu diesem Druck sagen?

Ihnen kann nichts passieren; wenn ein Fehler vorliegt, dann seitens der Ermittlungsbeamten, denn dann hätte das hier vermerkt werden müssen, dass eine Vernehmungspause stattgefunden hat, dass es weitere Gespräche gegeben hat, dann ist dieses Dokument für mich nicht zulässig.

Daher muss ich Sie noch einmal fragen: Da ist scheinbar inzwischen etwas geschehen. Sie sagen, Sie wurden unter Druck gesetzt seitens der Ermittlungsbeamten, was schon höchst problematisch ist.

Ich frage Sie konkret – und es ist auch wichtig für Sie –: Wie hat dieser Druck konkret ausgesehen? Noch einmal, das kann kein Fehler von Ihnen sein, da kann Ihnen nichts passieren, aber möglicherweise jenen Beamten, die Sie unter Druck gesetzt haben. Das ist in einem Rechtsstaat sehr bedenklich, wenn dieser Druck auf unzulässige Art und Weise durchgeführt wurde.

Das heißt, ich wiederhole meine Frage: Wie hat dieser Druck ausgesehen?

(Abg. **Amon**: Zur Geschäftsbehandlung!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Kollege Petzner, das ist wieder ein Grenzbereich. Wenn jetzt die Auskunftsperson hier aussagt, dann begibt sie sich auf das Terrain eines Vorwurfs – womöglich eines Amtsmisbrauchs – gegenüber einer Person der Republik. (Zwischenruf des Abg. Dr. **Rosenkranz**.)

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich würde raten, dass man es bei der Antwort belässt, dass sie unter Druck gesetzt worden ist. Das ist ohnehin schon deutlich.

(Die Vertrauensperson stellt klar, dass die Auskunftsperson nicht gesagt hat, dass sie unter Druck gesetzt worden sei, sondern dass es **Druck gegeben habe**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es eine andere Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann halte ich nur fest: Ich verstehe die Haltung der Auskunftsperson. Mir ist wichtig, dass es Druck gegeben hat. Ich behaupte auf mein Risiko: Auf Basis meiner Informationen wurde Ihnen sogar auf völlig unzulässige Art und Weise – was seitens der befragten Beamten als **kriminell** zu bezeichnen ist – mit der Verhaftung gedroht, wenn Sie Ihre Aussage nicht ändern. Ich will, dass diese Feststellung von mir auch im Stenographischen Protokoll steht. Ich streite das gerne mit den ermittelnden Beamten aus, aber ich habe das ausführlich recherchiert, und meine Informationen gehen in diese Richtung.

Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie dazu in einer schwierigen Situation als Beschuldigte nichts sagen wollen und nichts sagen können. Das ist auch klug, es ist auch sehr lobenswert von Ihnen und ehrlich, dass Sie sagen, dass es Druck gegeben hat, denn das ist auch wichtig, weil wir solche Zustände in der Justiz – zumindest nach meinem Rechtsverständnis – nicht akzeptieren können.

Ich kann Ihnen zusagen, dass wir das auch auf Basis der Informationen, die ich zur Verfügung gestellt habe, in welcher brutalen Form dieser Druck ausgeübt wurde – noch einmal: drohende Verhaftung ohne Rechtsgrundlage ist illegal, ist hoch kriminell –, entsprechend auch ausführlich im Parlament mit der Ministerin zu diskutieren haben werden. Denn: Beschuldigten-Vernehmungen, Aufklärung, Ermittlungen der Justiz – natürlich, aber bitte im rechtsstaatlichen Rahmen, und keine Methoden die an irgendwelche arabische Staaten erinnern, die kein funktionierendes Justizsystem haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Haben Sie noch eine Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe keine Frage mehr.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie lange haben Sie dann noch für Herrn Gorbach gearbeitet? Insgesamt: Wann haben Sie Ihre Tätigkeit für Herrn Gorbach beendet? Wissen Sie das noch?

(Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Das wurde schon gefragt, und ich habe die Antwort schon gegeben, nämlich, dass ich dazu nichts sage.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe hier ein Mail von Ihnen, und zwar ist es gerichtet an Anna Bensoblowa (*phonetisch!*) vom Dienstag, den 20. April 2010, also merkbar nach dem Zeitpunkt, den Sie uns heute hier mitgeteilt haben, das Sie unterschreiben: mit besten Grüßen für den Herrn Gorbach – April 2010.

Was sagen Sie dazu – wenn Sie etwas sagen wollen?

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Das Mail habe ich offensichtlich geschrieben, aber zum Inhalt kann ich keine Angaben machen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Danke schön.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ergänzend wenige Stellen aus dem Protokoll und dann noch eine kurze Feststellung: Ich zitiere von Seite 53, Gerichtsakt, wieder wörtlich:

„Im Vorfeld war bekannt, dass ich für das Jahr 2007 Rechnungen an die Valora AG stellen könne. Als das erste Jahr zu Ende war, wurden zwischen Hubert Gorbach und Mag. Perger“ –

bei Mag. Perger handelt es sich um einen Valora-Manager –

„Gespräche über die Fortführung der Quartalszahlungen geführt. Wer mir von den beiden sagte, dass auch 2008 Quartalsrechnungen an die Valora AG vorzulegen sind, weiß ich nicht mehr. Dies wurde dann auch so durchgeführt und ich legte 2008 4 weitere Rechnungen.“

Halten Sie diese Aussage aus Ihrer Beschuldigten-Einvernahme vor dem Untersuchungsausschuss aufrecht?

(*Die Auskunftsperson spricht mit ihrer Vertrauensperson.*)

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Das habe ich damals gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wieder der Genauigkeit halber – das hatten wir bereits einmal –: Ich habe Sie nicht gefragt, ob Sie das gesagt haben, davon gehe ich aus, sondern ob Sie das vor dem Ausschuss in dieser Form aufrechterhalten?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Dazu sage ich im Moment nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt sind wir wieder am Anfang. Wir waren doch schon viel weiter. Wir waren doch schon so weit, dass Sie dann gesagt haben: Ja, das halte ich aufrecht!, und ich bin wirklich schon davon ausgegangen, dass hier die Belehrung durch den Verfahrensanwalt geholfen hat, aber das war offensichtlich nur eine kurzzeitige Besserung.

Wollen Sie das noch einmal mit dem Verfahrensanwalt besprechen? Fragezeichen!

Ich wiederhole meine Frage: Halten Sie diese Aussage, die Sie in Ihrer Beschuldigteneinvernahme gemacht haben, vor diesem Untersuchungsausschuss aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Keine weitere Ausführung hierzu.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Könnten Sie das etwas lauter sagen?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Keine weitere Ausführung hierzu.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wir halten uns strikt an die Verfahrensordnung, die Geschäftsordnung, die Strafprozessordnung, respektieren auch Ihre Rechte als Beschuldigte im laufenden Strafverfahren. Ohne eine andere Rechtsmeinung geäußert zu haben als der Verfahrensanwalt, sind Sie offensichtlich nicht bereit, sich an das vorher gewählte Verfahren weiterhin zu halten. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als das zur Kenntnis zu nehmen. Es passt gut in die ganze Geschichte.

Ich zitiere weiter – Strafakt Seite 53 – Ihre Erklärung, Ihre Aussage:

„Befragt, ob ich Hr Dr. Peter Hochegger jemals persönlich kennenlernte, gebe ich an, dass ich Hr Hochegger einmal glaublich Ende 2006 traf. Er wollte mich persönlich kennenlernen. Ich denke, das Treffen stand damals schon in direktem Zusammenhang mit meiner Firmengründung und den folgenden Zahlungen. Das Treffen wurde von Gorbach und Hochegger organisiert. Es war schließlich ein kurzes Vorstellen bei Dr. Peter Hochegger in Wien. Das Treffen war im Gebäude des BMVIT/Amt des Vizekanzlers. Meiner Erinnerung nach plädierte er bei diesem Gespräch auf meine Loyalität.“

Halten Sie diese Aussage, die Sie als Beschuldigte in Ihrer Einvernahme vor dem BAK gemacht haben, vor dem Untersuchungsausschuss aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich darf wiederholen: Ich habe diese Aussage damals gemacht. Darüber hinaus gibt es im Augenblick nichts zu sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, für Sie. Ich werde dem nachher, weil ich das in dieser Form nicht akzeptieren werde, noch kurz einiges kommentierend hinzufügen.

Letzter Satz – ich zitiere wieder wörtlich aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung –:

„Meine Assistentinnenarbeit war ausschließlich für Hubert Gorbach.“

Halten Sie diese Aussage als Beschuldigte in Ihrer Einvernahme vor dem BAK auch vor dem Untersuchungsausschuss aufrecht?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Diese Frage steht im Zusammenhang mit dem laufenden Strafverfahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, es ist offensichtlich keine Besserung absehbar. Ich bin auch am Ende der notwendigen Zitate. Ich habe Ihnen die Möglichkeit gegeben, sich dazu zu äußern. Sie haben von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht. Ich nehme das einfach so zur Kenntnis.

Ich darf ein bisschen was hinzufügen, weil ich das einfach nicht so stehen lassen möchte.

Wir haben ja nicht nur Ihre Beschuldigteneinvernahme, sondern wir haben auch die ergänzende Beschuldigteneinvernahme, auf die sich nicht nur der Abgeordnete Petzner berufen hat, sondern auf die Sie sich auch berufen haben. Da gibt es einige Korrekturen zu Ihrer Erstausage.

Wir haben im Wesentlichen drei Teile: einen Teil, wo Sie alles verteidigen; einen Teil, aus dem ich zitiert habe, wo Sie Hubert Gorbach schwer belasten; dann einen Teil, wo Sie in Ihrer zweiten Beschuldigteneinvernahme einzelne Korrekturen anbringen. Jede dieser Korrekturen – ich könnte sie auch verlesen – ist bestenfalls geringfügig. In keinem einzigen Satz ändern Sie etwas Substanzielles und Wesentliches aus Ihrer belastenden Aussage vor dem BAK aus dem August 2011.

Ich möchte Ihnen abschließend nur noch Folgendes mitteilen: Herr Gorbach wird nicht nur belastet durch Ihre Beschuldigteneinvernahme, er wird auch belastet durch die Aussage von Herrn Fischer, ehemaligem Telekom-Vorstand, der genau geschildert hat, wie sich Gorbach an ihn gewendet hat, wie er ihn weitervermittelt hat an Hochegger und wie Hochegger ihn dann informiert hat, dass es zu einer Geschäftsvereinbarung zwischen Hochegger und Gorbach gekommen sei, die offensichtlich über ein System von Scheinrechnungen über Sie abgewickelt worden ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Könnten Sie das vielleicht mit einer Frage abschließen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist in der Geschäftsordnung nicht so vorgesehen, auch nicht in der Verfahrensordnung, aber ich kann gerne, wenn es gewünscht wird ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es ist das Reglement gewesen, dass wir **Fragen** stellen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Überhaupt kein Problem! Ich habe auch kein Problem, dann mit einer Frage zu enden.

Es gibt die Belastung „Schieszler“. Es gibt, was wichtig ist, die Aussage von Herrn Perger von Valora, der uns darauf hingewiesen hat, dass es sich um Telekom-Gelder handle, wo wir bis heute nicht wissen, ob Sie gewusst haben, dass es sich um Telekom-Gelder handle. Es gibt eine Hochegger-Aussage. Es gibt auch andere Aussagen. Es gibt also eine Reihe von Belastungsaussagen, Scheinrechnungen, einen Scheinvertrag zwischen Ihnen und Valora und anderes.

Ich wollte Sie zum Abschluss nur noch eines fragen: Haben Sie irgendwann einen Hinweis darauf erhalten, dass es sich bei diesen Geldern, die über Scheinrechnungen, die Sie ausgestellt haben, letzten Endes zum großen Teil an Hubert Gorbach geflossen sind, um Gelder der Telekom AG gehandelt hat?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Ich darf Sie auf das laufende Verfahren verweisen, mein Recht auf Entschlagung wahrnehmen und keine Aussage machen. Vielleicht nehmen Sie das zur Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, in diesem Fall habe ich volles Verständnis, dass Sie sich selbst nicht belasten. Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich muss noch darauf hinweisen, dass die Bezeichnung „Scheinvertrag“ als Unterstellung zu werten ist. (Abg. Dr. **Pilz**: Als Wertung!)

Bitte diskutieren Sie das mit dem Verfahrensanwalt!

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wenn Sie es mit der Frage verbinden, ist es eine unterstellende Frage; Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Noch eine Passage aus Ihrer Einvernahme – Seite 53 –, zu der ich Sie befragen möchte, wie Sie dazu stehen. Sie sagten:

„Ich glaube, dass ich dann Anfang 2009 neuerlich eine Rechnung an die Valora AG richtete, diese aber nicht mehr ausbezahlt wurde. Mag. Perger rief mich glaublich an und sagte, dass keine Rechnungen mehr gelegt werden können.“

Auf Nachfrage des BAK:

Ich setzte mich schließlich mit Hubert GORBACH in Verbindung, wie wir nun weitermachen können. Dieser gab an, dass er aussichtsreiche Projekte eventuell an Land ziehen könne und in diesem Fall ergiebige Provisionen anstehen werden, wodurch es möglich sei, meine Tätigkeiten für ihn aufrecht zu erhalten.“

Haben Sie diese Aussage getätigt? Stehen Sie nach wie vor dazu?

Mag. Gabriele Kröll-Maier: Diese Aussage habe ich damals gemacht. Und darüber hinaus darf ich auf mein Entschlagungsrecht verweisen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich würde meinen, das reicht auch. Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser schließt, da es keine Zusatzfragen mehr gibt, die Befragung, dankt der Auskunftsperson und der Vertrauensperson für ihr Kommen und **unterbricht** die Sitzung.

16.29

*(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 16.30 Uhr **unterbrochen** und um 16.38 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

16.38

Auskunftsperson Mag. Martin Fröhlich

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Mag. Martin Fröhlich** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Fröhlich, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Martin Fröhlich. Geburtsdatum: 30. Oktober 1965. Wohnadresse: Wien. Angestellter. Sie waren im Untersuchungszeitraum nicht öffentlich Bediensteter, allerdings vor 2001, haben Sie uns mitgeteilt.

Herr Mag. Fröhlich, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um ihre Personaldaten ersuchen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Norbert Wess**. Geburtsdatum: 19.7.1975. Anschrift: Wien.

Ich frage nun wie üblich die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Norbert Wess als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, laut § 14 Abs. 2 lit. a, b der Verfahrensordnung. – Das ist nicht der Fall.

Daher setze ich mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort. Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Fröhlich! Wir können nun mit Ihrer Befragung beginnen. Sie haben die Möglichkeit, in einer 10-minütigen Erzählung Ihre Darlegung dem Ausschuss mitzuteilen. Wir können aber aus Zeitgründen auch gleich zur Fragestellung übergehen. Was bevorzugen Sie?

Mag. Martin Fröhlich: Gleich zur Befragung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte. – Nach unserer Abmachung beginnt nun das BZÖ. Abgeordneter Petzner, bitte die Fragen an Herrn Mag. Fröhlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Fröhlich, Grüß Gott! Zu Ihrer Rolle: Sie sind bei der Telekom Austria, und Sie sind für uns als Auskunftsperson auch insofern wichtig, als Sie eine ganz zentrale Rolle beim Entstehen der Universaldienstverordnung, der Novelle der Universaldienstverordnung im Jahr 2006 gespielt haben. Da steht ja der Vorwurf im Raum, dass es für diese Novelle der Universaldienstverordnung durch das damalige Bundesministerium für Verkehr und Innovation, Minister Gorbach, finanzielle Gegenleistungen der Telekom an Gorbach beziehungsweise an die Partei BZÖ gegeben hat.

Daher gleich meine erste Frage an Sie als Hauptzuständigen in der Telekom für diesen Novellenbereich, was die fachliche Sicht der Dinge betrifft: Gab es Schmiergeldzahlungen an das Gorbach oder das BZÖ für eine Novelle der Universaldienstverordnung?

Mag. Martin Fröhlich: Grüß Gott! Wie gesagt, ich bin der fachlich-sachlich Zuständige bei der Telekom Austria für diese Thema, ich bin das Vis-à-vis der Regulierungsbehörde. – Geht es so, hören Sie mich?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ein bisschen lauter.

Mag. Martin Fröhlich: Okay. – Ich bin fachlich-sachlich zuständig für regulatorische Themen, unter anderem auch für das Thema des Universaldienstes, das ja, wie Sie wissen, ursprünglich von der Regulierungsbehörde behandelt wurde. Es hat einen Bescheid gegeben, dieser Bescheid wurde aufgehoben, und es war dann das Thema: Wie löst man die Frage, die dahintersteht? Wie löst man das Thema Universaldienst beziehungsweise Finanzierung des Universaldienstes?

Da ist im Wesentlichen die Zuständigkeit des Ministeriums aufgetaucht, weil wir per Gesetz für den Universaldienst zuständig sind. Ich habe in diesem Zusammenhang, den Sie vorhin gemeint haben, keinerlei Wahrnehmungen und kann das auch nicht nachvollziehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also keine Wahrnehmungen über Schmiergeldzahlungen?

Mag. Martin Fröhlich: Mit Sicherheit: Nein!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem ist die Initiative zur Änderung der Universaldienstverordnung nach dieser Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes und der Aufhebung eines entsprechenden Bescheides der Regulierungsbehörde im Dezember 2005 ausgegangen? Von wem war die Idee, von wem ging die Initiative aus? Von der Telekom, von der Regulierungsbehörde oder vom Ministerium selber?

Mag. Martin Fröhlich: Ich kann das abschließend mit meinem Wissen nicht sagen. Fakt ist, dass wir uns um eine Lösung dieses Themas bemüht haben, und wir haben auch entsprechende Vorschläge gemacht. Ich schließe aber nicht aus, dass die Regulierungsbehörde selbst Vorschläge gemacht hat. Das ist ja ein Thema, das breit diskutiert wurde und, sage ich, in der Branche bekannt war. Ich denke, es gibt sicher verschiedenste Meinungen dazu, wie man das Thema angeht und wie man das Thema löst.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na ja, die Telekom hat – das wissen wir aus den Unterlagen und den bisherigen Befragungen – einen Vorschlag an das Ministerium übermittelt. Dazu halte ich Ihnen ein Mail vor, das Sie am 23. März 2006 geschrieben haben an Christian Singer, hauptverantwortlicher Beamter im Infrastrukturministerium.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

In diesem Mail schreiben Sie:

Lieber Christian, nach einigen Gesprächen mit der RTR/Parlament habe ich den Eindruck gewonnen, dass es für die Einführung einer PAC in Österreich wahrscheinlich die effizienteste Vorgehensweise (du weißt schon, was ich meine) ist, eine Änderung in der UDV zu machen. – Zitatende.

Was haben Sie gegenüber dem Herrn Singer gemeint mit „(du weißt schon, was ich meine)?“ Was haben Sie in diesem Mail an Singer gemeint?

Mag. Martin Fröhlich: Sie meinen jetzt den Klammerausdruck?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Den Klammerausdruck, ja.

Mag. Martin Fröhlich: Ich habe es natürlich mitverfolgt, dass das Thema mein Klammerausdruck ist, den ich da verwendet habe. Ich habe auch darüber nachgedacht, was das ist. Für mich ist der einzige Schluss, den ich daraus ziehen kann, dass ich das Effizienteste gemeint habe in diesem Sinne.

Es steht im vorhergehenden Satz – man muss das ja zusammen lesen –, es hat sehr viele Gespräche gegeben, wie man das löst. Es gibt da verschiedenste Möglichkeiten. Das eine wäre gewesen, dass man es per Gesetz löst. Das Zweite wäre gewesen, dass man das im Rahmen der Rufnummernverordnung adressiert. Die dritte Möglichkeit wäre eben der Universaldienst. Und die vierte Möglichkeit wäre auch gewesen, dass man einen Tarifantrag bei der Regulierungsbehörde gemacht hätte, dass man in dem Bereich sozusagen einen Mindesteinwurf definiert, dass man, auch wenn man Calling Cards verwendet, 10 Cent einwirft; das war einer der Vorschläge.

Diese Vorschläge sind alle mit einem Vorteil und mit einem Nachteil behaftet. Was ich da mit Sicherheit gemeint habe, ist: Die beste und, ich sage jetzt einmal, im Sinne der Finanzierung des Universaldienstes umsetzungseffizienteste Vorgehensweise wäre eine Novellierung der UDV, weil genau da das Thema PAC adressiert werden kann.

PAC muss ich vielleicht erklären: PAC ist die Finanzierung der Sprechstellen über eine Abgabe, wenn man 1 Minute telefoniert. Das bedeutet im Wesentlichen – ich darf das vielleicht damit erklären, dass ich ein Beispiel aus dem Tourismus verwende und nicht gerade in der Telekommunikation bleibe –: Stellen Sie sich vor, Sie haben ein Hotel, das Hotel vermieten Sie. Jemand ist im Gewerbe des Schlüsseldienstes zu Hause, er macht Nachschlüssel, vermietet dann Ihre Hotelzimmer auf seine Kosten und bezahlt Ihnen im Wesentlichen nichts außer dem Frühstückskipferl in der Früh; auch das bezahlt er Ihnen nur zum Einkaufspreis, und das ist alles, was er Ihnen bezahlt. Er bezahlt Ihnen nicht die Reinigung, er bezahlt Ihnen nicht das Instandhalten der Telefonzelle, er bezahlt Ihnen nicht die Reparaturen, die anstehen.

Insofern ist es natürlich sehr verständlich, dass solche Modelle – wie es bei Calling Cards war – dazu angetan sind, ich sage einmal, zu explodieren. Wir haben im Wesentlichen gerade bei der PAC das Thema gehabt. Sie müssen sich vorstellen, 70 Prozent des Verkehrs wurden über Calling Cards abgewickelt. Das heißt, dass 70 Prozent der Einnahmen im Bereich der Payphones nicht mehr getätigten worden wären. Die PAC hätte genau das sozusagen kompensieren sollen, dass entsprechend ein Anteil desjenigen, der eine Calling Card betreibt, für die Instandhaltung verwendet werden sollte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, zu den finanziellen Aussagen komme ich gleich.

Aber noch einmal zurück zu diesem Mail: Wenn Sie da sagen, „(du weißt schon, was ich meine)“ hat sich auf die Änderung in der UDVO bezogen, dann hätte ich ja den Klammerausdruck in dem Mail-Text logischerweise, wenn es darauf bezogen ist, so geschrieben: „eine Änderung in der UDVO zu machen (du weißt schon, was ich meine)“, aber nicht: „die effizienteste Vorgehensweise (du weißt schon, was ich meine)“. Daher ist das für mich ein bisschen unlogisch. Herr Singer konnte uns auch nicht sagen – als derjenige, an den dieses Mail gegangen ist –, was Sie damit genau gemeint haben. Ich lasse das vorerst einmal so im Raum stehen, finde aber die Anordnung der Satzteile ein bisschen widersprüchlich.

Zu den finanziellen Auswirkungen halte ich Ihnen eine Aussage des Herrn Schieszler aus einer Beschuldigtenvernehmung vor. Da spricht er davon – Zitat –:

Gegen einen Wert zwischen 40 und 60 Millionen € war uns, damit meine ich Fischer und mich, aber nichts zu teuer. Auf Nachfrage, wie viel, sagte Hochegger, dass mindestens 1 Million € nach dem Zustandekommen fließen müsse. Um den Druck zu erhöhen, vereinbarten wir diese Million auf Erfolgsbasis, an wen auch immer. – Zitatende.

Das heißt, Herr Schieszler spricht hier von einem Wert zwischen 40 und 60 Millionen € für die Telekom als Gegenwert für einen wirtschaftlichen Vorteil aus dieser Änderung der Universaldienstverordnung.

Können Sie diesen wirtschaftlichen Vorteil von 40 bis 60 Millionen € in dieser Größenordnung bestätigen oder nicht? – Ich sage gleich: Ich kann es nicht.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Mag. Martin Fröhlich: Was Herr Schieszler da ausgesagt hat, ist im Wert für mich nicht nachvollziehbar. Vom Wert her, von der Höhe her.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also diese 40 bis 60 Millionen sind nicht nachvollziehbar. (**Mag. Fröhlich:** Ja!) Sie sind der Fachexperte der Telekom. (**Mag. Fröhlich:** Ja!) Ich verweise auch auf Ihre Einvernahme, in der Sie Folgendes sagen – und das ist sehr, sehr spannend, weil Herr Pilz das mit den 40 bis 60 Millionen € immer so zelebriert, da er glaubt, dass das in sein Konstrukt passt –, Sie sagen als Fachexperte der Telekom:

Im Jahr 2011 wurden bisher zirka 13 000 € irgendwie im Zusammenhang damit verrechnet. – Zitatende.

Wie ist also Ihrer Meinung und Ihrer Facheinschätzung nach der konkrete wirtschaftliche Vorteil? Wie hoch ist der wirtschaftliche Vorteil für die Telekom aus dieser Änderung der Universaldienstverordnung? Können Sie uns da konkret eine Summe nennen: Wie viel lukriert die Telekom pro Jahr aus dieser Änderung der Universaldienstverordnung?

Wobei ich den Zusammenhang kenne, dass damit ja eigentlich entstehende Kosten aufgrund der Vertreiberverpflichtung abgedeckt werden; aber trotzdem.

Mag. Martin Fröhlich: Eine genaue Summe kann ich hier nicht nennen. Aber es ist sicher deutlich unter 50 000 € im Jahr. (*Abg. Petzner: Unter 50?*) Es ist **deutlich unter 50 000 € im Jahr.**

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich wiederhole es; Sie sagen also: deutlich unter 50 000 € pro Jahr. (*Mag. Fröhlich: Ja!*) Herr Schieszler redet von 40 bis 60 Millionen €; Sie sagen, unter 50 000 € pro Jahr. Das ist schon auch eine wichtige Feststellung.

Jetzt frage ich Sie Folgendes. Die Telekom soll über 1,2 Millionen € Schmiergeld an das BZÖ gezahlt haben für eine Änderung einer Verordnung, von der Sie selber sagen: Die bringt uns unter 50 000 € pro Jahr. Können Sie sich vorstellen, dass die Telekom so dumm ist, für 50 000 € pro Jahr 1,2 Millionen € Schmiergelder zu zahlen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich kann das jetzt nicht beurteilen, ich bin ja sozusagen nur für den fachlich-sachlichen Teil zuständig. Ich denke, wenn ich gesagt habe – und da haben wir in unseren System nachgeschaut –, 50 000 € ist die Einnahme, mehr ist dazu nicht zu sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist aber wichtig, dass wir das trotzdem festhalten: Sie sagen 50 000 €; Ministerin Bures spricht in einem Prüfbericht von 30 000 € im Jahr 2010. Das heißt, es ist ungefähr in der Größenordnung, die Sie auch hier bestätigt haben. Ich hoffe, Herr Pilz hat das nicht nur gehört, sondern auch in seinem Kastl gespeichert, dass es sich um diese geringen Beträge handelt.

Ich frage Sie: Haben Sie jemals mit Hubert Gorbach oder Rüdiger Schender konkret über die Änderung der Universaldienstverordnung gesprochen? Oder ausschließlich mit den zuständigen Fachbeamten?

Mag. Martin Fröhlich: Ich habe mit Hubert Gorbach nicht über diese Themen gesprochen. Das ist auch nicht meine Ebene, das wäre vielmehr Vorstandsebene. Meine Ebene ist die Fachebene, und im Konkreten ist es Herr Singer im Ministerium, mit dem man das Thema bespricht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals mit Klaus Wittauer über die Änderung der UDVO gesprochen? (*Mag. Fröhlich: Bitte?*) Haben Sie jemals mit der Person Klaus Wittauer, ehemaliger Telekom-Sprecher des BZÖ, über die Änderung der Universaldienstverordnung gesprochen?

Mag. Martin Fröhlich: Mit Herrn Wittauer haben wir über das Thema auch einmal gesprochen. Aber das ist, sage ich einmal, dahin gehend verlaufen: Da ist es mehr oder weniger darum gegangen, ob man das parlamentarisch adressieren kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das näher ausführen: Wann haben Sie mit Herrn Wittauer gesprochen? Wo hat dieses Treffen stattgefunden? Was war der konkrete Gesprächsinhalt? Ist Herr Wittauer von sich aus gekommen, oder ist er von irgendwem geschickt worden?

Mag. Martin Fröhlich: Schauen Sie, meine Aufgabe ist es, die Dinge sachlich-fachlich mit den zuständigen Telekom-Sprechern zu besprechen. Es war auch Herr Wittauer, mit dem man das Thema PAC besprochen hat, Herr Wittauer ist ja auch ein Telekom-Sprecher gewesen. Er war zudem in einer Regierungspartei, und dann hat man ihm dieses Thema vorgestellt. Der Fokus war im Wesentlichen dahin gehend, zu erfragen, ob man das auch parlamentarisch lösen könnte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns diese Beschreibung „ob man das auch parlamentarisch lösen kann“ näher erläutern? Wie meinen Sie das konkret?

Mag. Martin Fröhlich: Na ja, der Universaldienst ist im TKG geregelt, wie Sie sicherlich wissen. Es gibt da die Prinzipien, dass man den Universaldienst primär über Einnahmen finanzieren muss und erst in zweiter Linie über den Universaldienstausgleich. Da hätte man dann an entsprechender Stelle unter Umständen einen Zusatz machen können. Aber das war, glaube ich ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie mit den Telekom-Sprechern der anderen Parteien auch jemals persönliche Gesprächskontakte gehabt? Mit Frau Moser zum Beispiel?

Mag. Martin Fröhlich: Mit Frau Moser direkt, kann ich mich jetzt nicht erinnern. Aber wir haben auch mit anderen Telekom-Sprechern gesprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer sind diese anderen Telekom-Sprecher?

Mag. Martin Fröhlich: Frau Hakl zum Beispiel.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Worüber haben Sie mit Frau Hakl gesprochen?

Mag. Martin Fröhlich: Also mit Frau Hakl – es ist ja meine Aufgabe, Themen zu adressieren. Es gibt immer wieder Themen, die man besprechen kann, und ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gab im Jahr 2009 meines Wissens noch eine TKG-Novelle beziehungsweise Änderungen in diesem Zusammenhang.

Können Sie uns über diese Änderungen oder den Ablauf, wie das zustande gekommen ist, etwas schildern? In welchem Zusammenhang haben Sie hier Aktivitäten für die Telekom gesetzt, und mit wem haben Sie sich in diesem Zusammenhang in Verbindung gesetzt, um die Sicht der Telekom Austria zu deponieren?

Mag. Martin Fröhlich: Die Novelle 2009 zum Telekom-Gesetz befasst sich primär mit Leitungsrechten. Leitungsrechte sind nicht gerade mein Fokus. Ich erinnere mich daran, dass man damals mit den Telekom-Sprechern das Thema besprochen hat, insbesondere mit Frau Hakl. Und meine nächste Erinnerung ist, dass das als Initiativantrag eingebracht und auch einstimmig beschlossen wurde, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer hat diesen Initiativantrag eingebracht? Und basiert dieser Initiativantrag 1 : 1 auf Vorschlägen der Telekom Austria?

Mag. Martin Fröhlich: Wer ihn eingebracht hat, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich nicht derjenige bin, der das Thema per se betreut. Ich bin nicht der Leitungsrechtsspezialist. Aber ich denke, das waren ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich helfe Ihnen: Herr Gartlehner – er wird uns auch noch beschäftigen – und Frau Hakl von der ÖVP haben den Antrag eingebracht. Welche Aktivitäten in Richtung Gartlehner gab es in diesem Zusammenhang? – Er ist ja auch auf der Payroll des Herrn Högger gestanden, wie wir wissen.

Mag. Martin Fröhlich: Zu dem Vorwurf – was Sie gesagt haben – kann ich nichts sagen. Man hat natürlich auch mit Herrn Gartlehner das Thema besprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Initiativantrag für diese Novelle 2009 wurde von Gartlehner und Hakl eingebracht. Sie kennen diesen Initiativantrag. Basiert dieser auf den Vorschlägen der Telekom: ja oder nein? Sind diese Telekom-Wünsche 1 : 1 von dem Herrn Gartlehner, der auf der Payroll des Högger steht, in einen Initiativantrag gegossen worden oder nicht? Das heißt, dieser Antrag, der dann einstimmig ..., der beschlossen wurde (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz*) – ist er nicht,

Herr Pilz –, hat er den Wünschen und Vorstellungen der Telekom entsprochen? (Abg. Dr. Pilz: Zur Geschäftsordnung!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. (Abg. Petzner: Na, na na!) Gibt es noch eine Frage? – Bitte. (Abg. Petzner: Der Herr Fröhlich hat eine Frage noch nicht beantwortet, und der Herr Pilz hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet!)

Bitte, Kollege Pilz, zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Die Causa Gartlehner besprechen wir unter einem weiteren Beweisthema. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Moser, da muss *ich* mich jetzt zur Geschäftsordnung melden (Obfrau Dr. Moser: Gut!): Der Herr Mag. Fröhlich hat meine Frage, wenn ich das nur einmal zusammenfassen darf, noch nicht beantwortet, weil der Herr Pilz ihn durch einen Zwischenruf aus dem Konzept gebracht hat.

Der Herr Pilz hat den Zwischenruf getätigt, dass er meint, dieser Vorhalt sei unzulässig, weil es nicht im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand steht.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf den Untersuchungsgegenstand 1.f verweisen, der lautet: „die direkte Einflussnahme auf die Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen in Ministerien durch die Telekom Gruppe“.

So, Herr Pilz, wo ist da jetzt kein Zusammenhang? Natürlich haben wir da einen Zusammenhang! Es gibt einen Initiativantrag aus dem Jahr 2009, der den Wünschen der Telekom entspricht, und der wurde eingebracht von Gartlehner und Hakl. Also sagen Sie mir jetzt konkret, wo da der Zusammenhang nicht gegeben ist.

Gut, der Herr Pilz kann nichts mehr sagen, daher darf ich Sie noch einmal darum ersuchen – ich glaube, der Herr Verfahrensanwalt stimmt zu, dass dieser Vorhalt, dass die Frage zulässig ist –, diese Frage entsprechend zu beantworten: Wurden die Wünsche der Telekom bei dieser Novelle im Jahr 2009 umgesetzt: ja oder nein? – durch den beschlossenen Initiativantrag, eingebracht von Gartlehner, der auf der Payroll von Hochegger steht, und der Frau Kollegin Hakl von der Österreichischen Volkspartei?

Mag. Martin Fröhlich: Zum Thema Payroll, was Sie da gesagt haben, kann ich nichts sagen.

Und ich darf noch einmal darauf hinweisen: Das ist nicht mein Thema, das Thema **Leitungsrechte**, und ich kann das wirklich nicht beurteilen, ob das jetzt den Wünschen entsprechend umgesetzt wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gab es Vorschläge der Telekom dazu, und kennen Sie diese Vorschläge der Telekom: ja oder nein?

Mag. Martin Fröhlich: Ich kenne Vorschläge, aber nicht im Detail.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, die sieben Minuten sind vorbei. Möchten Sie noch weitere Fragen stellen? (Zwischenfrage des Abg. Petzner.) Ja freilich, es gibt ja sowieso eine zweite Runde.

Damit kommen wir zur Fragestellung vonseiten der SPÖ. – Bitte, Herr Abgeordneter Schickhofer.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Die effizienteste Vorgangsweise könnte natürlich bedeuten: die finanziell günstigste Vorgangsweise. Sie haben ja mehrere Varianten geschildert, die gangbar gewesen wären. Hat man diese Varianten – Gesetz, Verordnung – seitens der Telekom auch finanziell bewertet?

Mag. Martin Fröhlich: Sie meinen jetzt, in Bezug auf Erlöse Richtung PAC, wenn ich so sagen darf?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ja, beziehungsweise auch die anderen Wege, die es noch gegeben hätte. Also: Hat man sich erwartet, über den Verordnungsweg am meisten Erlöse für die Telekom zu erzielen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich darf es einmal andersherum formulieren: Wenn die RTR wieder als zuständige Behörde eingesetzt worden wäre, die das regeln kann – das ist ja ganz normal in anderen Ländern; ich darf darauf hinweisen, die Payphone Access Charge oder die PAC gibt es in ganz Europa, nur in Österreich nicht –, dann wäre das wahrscheinlich der effizienteste Zugang gewesen.

In diesem Zusammenhang, vom ... – Jetzt habe ich den Faden verloren, sorry. Was war, noch einmal, die Frage?

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ob Sie die verschiedenen Varianten sozusagen auch finanziell und wirtschaftlich bewertet haben.

Mag. Martin Fröhlich: Also konkret nein, wenn Sie mich so fragen. Das Thema Einmünzen zum Beispiel wäre damit verbunden gewesen, dass der Kunde ja eine zusätzliche Hürde hätte: Wenn er sozusagen die Calling Card verwendet, müsste er noch einmal 10 Cent oder 20 Cent einwerfen. Dann wäre der Kunde wahrscheinlich nicht mehr so gerne in die Telefonzelle gegangen, und dadurch wäre es sicher zu weniger Benutzung gekommen und damit auch zu weniger Einnahmen. – Also das wäre eine der Varianten gewesen.

Konkret in Euro bewertet haben wir das nicht, denn so etwas kann man nur schwerlich berechnen. Also: Wie viel weniger würde die Payphone da benutzt werden – das kann man da schwerlich bewerten.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also eher ein technischer Zugang als ein betriebswirtschaftlicher?

Mag. Martin Fröhlich: Es ist ein technischer Zugang, ja.

Es ist auch sozusagen im Fokus gestanden – vielleicht muss man das auch noch einmal erwähnen –: Wir wollten natürlich den Payphone-Access-Charge-Verkehr haben. Wir wollten ja, dass die Telefonhäuschen genutzt werden, nur sozusagen mit einer kleinen Abgabe für die Benutzung. Das wäre am effizientesten gegangen, wenn derjenige, der den Profit macht – das ist ja der Calling-Card-Betreiber – auch einen Teil ab liefert: weil einerseits der Kunde die Calling Card nutzen kann, wie er sie jetzt nutzt, und andererseits der Calling-Card-Betreiber einen geringen Betrag an uns weiterleiten müsste für die Instandhaltung und den Betrieb der Telefone.

Insofern wäre das in diesem Sinne immer der effizienteste Zugang. Ich darf es vielleicht anders formulieren: Der ineffizienteste Zugang wäre gewesen, wenn beim Payphone, so wie es bei manchen – entschuldigen Sie, dass ich es sage – WC-Häuschen ist, ein Sperr-Euro einzuwerfen gewesen wäre. Da wäre wahrscheinlich niemand mehr hineingegangen.

Also auch diese Überlegung, die jetzt ein bisschen ausgerissen klingt, hat es gegeben: Wie kann man so etwas lösen? Also das wäre so eine Art Eintrittsgeld, Benutzungsentgelt, wie man es bei WCs kennt. Das wäre technisch sehr schwierig umzusetzen gewesen, aber das hätte auch, sage ich jetzt einmal, wahrscheinlich niemand angenommen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also aus Ihrer Sicht wurde einmal mit der UDVO jedenfalls sozusagen die sinnvollste Variante gewählt und wurden auch die Interessen der Telekom gewahrt.

Mag. Martin Fröhlich: Die praktikabelste, wenn man es so formulieren darf, ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie sind fachlich zuständig – Sie beschreiben das ja eben auch – und nicht für das politische Lobbying.

Wer war aus Ihrer Sicht für das politische Lobbying innerhalb der Telekom zuständig?

Mag. Martin Fröhlich: Also für das politische Lobbying war meines Erachtens der Vorstand persönlich zuständig. Und der hat sich dann entsprechenden ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte etwas lauter!

Mag. Martin Fröhlich: Entschuldigung. – Es war der Vorstand persönlich zuständig, weil das ja Themen sind, die auf Augenhöhe passieren müssen – also wenn man zum Beispiel zu einem Minister geht oder dergleichen –, und der hat sich sicher dann entsprechenden Support geholt bei der Unternehmenskommunikation oder hat sich auch eines Consultings bedient.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Um politisches Lobbying zu betreiben, müssen ja die Leute auch entsprechend fachlich gebrieft werden. Das heißt: Haben Sie den Vorstand diesbezüglich gebrieft? Und wie kann es dann zu diesen hohen Auffassungsunterschieden des Nutzens der UDVO kommen, wo Sie sagen, 13 000 €, und Schieszler, 40 Millionen €. Da muss es ja auch irgendwo fachlich Diskussionen darüber gegeben haben. Ich habe ja hier auch diese Unterlage der Telekom, in der Sie 2008 noch schreiben, 223 000 €, und 2011 sind es dann 13 000 €. Das heißt, anscheinend waren die Erlösannahmen dann auch geringer von den Berechnungen her.

Das heißt: Waren es 2007/2008 höhere Werte? Und das andere ist: Wie haben Sie sozusagen die Telekom-Lobbyisten gebrieft?

Mag. Martin Fröhlich: Der Vorstand lässt sich ja regelmäßig berichten. Im Konkreten ist mein Vorstand der Rudolf Fischer gewesen. Herr Gernot Schieszler, der die Berechnungen gemacht hat, war nicht mehr im Vorstand. Er hat mich aber zu diesem Thema einmal gebeten, dass ich ihm das erkläre.

Wie er dann sozusagen zu seinen Schlüssen kommt, dass es 40 bis 60 Millionen sind, das entzieht sich leider meiner Kenntnis.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Was sich aus meiner Sicht jetzt nicht deckt, sind die Aussagen von Herrn Hochegger in seiner Einvernahme – darum möchte ich diese ganz kurz zitieren –, wo er nämlich gerade Sie sehr stark erwähnt. Da war die Frage:

Haben Sie eine Wahrnehmung bezüglich des Zustandekommens der sogenannten Universaldienstverordnung im Jahr 2007 und den entsprechenden Ablauf dazu?

Und darauf hat er gesagt – ich zitiere –:

Meiner Erinnerung nach hat die Hochegger.com zu diesem Thema für die TA gearbeitet. Verantwortlich für diese Arbeiten war aufseiten der Firma Hochegger Mag. Stefan Krenn und sein Team. Aufseiten der Telekom waren Mag. Fröhlich und Alois Schrems mit diesem Projekt befasst. Mir ist in Erinnerung, dass ich die eine oder andere politische Intervention durchgeführt habe. An Details kann ich mich heute nicht mehr erinnern. – Zitatende.

Können Sie sich da sozusagen an Abstimmungen mit Stefan Krenn erinnern?

Mag. Martin Fröhlich: Ich kann mich leider nicht erinnern an das.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Er hat dann auch noch ausgeführt:

Mir war bewusst, ... (**Mag. Fröhlich:** Ich glaube, Sie zitieren noch weiter, oder?) – Ja. (**Mag. Fröhlich:** Könnten wir es dann nur auch kurz sehen?) Ja.

Die zweite Aussage war dann – ich zitiere –:

Mir war bewusst, dass diese UDVO ein wichtiges Ziel für die Telekom Austria war. – Zitatende.

Da würde mich jetzt interessieren: Wenn Sie sagen, das ist finanziell eigentlich nicht wichtig gewesen, warum war das unter Umständen strategisch so ein wichtiges Ziel für die Telekom Austria? – Ich zitiere weiter:

Ich kann mich erinnern, dass in den Gesprächen mit Mag. Fröhlich und Alois Schrems immer wieder darauf hingewiesen wurde. Ich bin mir nicht sicher, ob die Telekom möglicherweise andere Lobbyisten mit der Aufgabenstellung betraut hat. – Zitatende.

Das heißt: Haben Sie in irgendeiner Form mit diesen Lobbyisten, mit den Teams von Hochegger zu tun gehabt, oder ist aus Ihrer Sicht die Aussage von Hochegger falsch?

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Mag. Martin Fröhlich: Das ist mir nicht erinnerlich. (*Vertrauensperson Dr. Wess: Die konkrete Frage war: Waren da andere Lobbyisten?*)

Ach so, andere Lobbyisten? – Nein, kann ich mir nicht vorstellen.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Okay, Sie können sich nicht erinnern. Das ist natürlich eine relativ schwierige Situation, gerade wenn es um den Lobbying-Bereich geht, wo Sie die fachlichen Grundlagen gemacht haben, und Hochegger sagt, es hat gerade mit Ihnen die Besprechungen gegeben.

Ich meine, ich verstehe das auch, dass man, wenn man lobbyiert, eine fachliche Grundlage braucht, und die Lobbyisten sind ja meistens nicht die Fachexperten. Aber das heißt, Sie können sich an **überhaupt** keine Gespräche erinnern? (**Mag. Fröhlich:** *Nein!*) – Haben Sie persönlich nur mit dem Herrn Singer sozusagen Kontakt gehabt oder auch mit dem politischen Büro von Herrn Gorbach?

Mag. Martin Fröhlich: Ein einziger Kontakt, an den ich mich erinnern kann, ist der mit dem Herrn Weiss. Das war sozusagen der erste Kontakt, wo der Herr Singer und der Herr Weiss, wo wir das Thema präsentiert haben. Das ist sozusagen der Termin, der mir erinnerlich ist.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Und hat der Herr Weiss Ihre fachliche Meinung bestätigt und zugesichert, dass er sich für diese UDVO in der Form, wie von der Telekom vorgelegt, einsetzen wird?

Mag. Martin Fröhlich: Ich glaube, der Herr Weiss hat das Thema, worum es gegangen ist, verstanden: Wie finanziert man Sprechstellen, oder sollen sozusagen die Gewinne bei den Payphone-Access-Charge-Betreibern bleiben?

Man darf ja eines nicht vergessen: Die Gewinne, die ein Payphone-Access-Charge-Betreiber ... – ah, ein Calling-Card-Betreiber macht, die sind ja nicht unerheblich. Und die Verluste beziehungsweise das Defizit wäre ja sozusagen vom Universaldienstfonds zu tragen gewesen.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Eine wirtschaftliche Frage noch: Wenn sozusagen bei den Telefonzellen 70 Prozent in diesen Bereich reinfallen, und dann ist eigentlich der Erlös nur bei 13 000 €, wie passt das wirtschaftlich zusammen?

Mag. Martin Fröhlich: Noch einmal, bitte.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Sie haben gesagt, bei diesen Telefonzellen – das ist auch in dem Gutachten drinnen – sind sozusagen 70 Prozent der Telefonate in diesem Bereich, Payphone Access, gewesen. (*Mag. Fröhlich: Ja!*) Sie sagen aber, die Erlöse von dieser Charge sind jetzt nur 13 000 €. Wie passt das wirtschaftlich zusammen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich sage, die Erlöse sind ja im Verlauf der Jahre weniger geworden. Es ist ja logisch. Erstens: Jeder verwendet in Österreich schon ein Handy. Also ich kenne keinen mehr, der in eine Telefonzelle geht. Und zweitens: Der zweite große Erlösstrom bei den Payphones ist zurückgegangen in dem Zuge, in dem die Roaming-Entgelte nach unten nivelliert worden sind.

Sie dürfen nicht vergessen: Mittlerweile ist das Roaming-Entgelt ungefähr bei dem Mindesteinwurf der Telefonzelle, bei 20 Cent. Und da ist es doch viel bequemer, ich nehme das Handy in die Hand, auch als Tourist, und telefoniere über das Handy nach Hause.

Das erklärt auch, warum sozusagen weniger in der Kasse geblieben ist. Und per se muss man auch sagen: Die Aktivitäten derjenigen, die Calling Cards vertreiben, die sind natürlich auch zurückgegangen. Das wird weniger beworben, und damit ist auch weniger Verkehr über diese Art der Telefonzellennutzung.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Weil er sich irgendwo als Zentralfigur herauskristallisiert: Mit dem Herrn Wittauer hat es wirklich nur einmal ein Gespräch gegeben und nicht weitere tiefere Diskussionen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich kann mich nur einmal daran erinnern, ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Nur zur Klarstellung: Mit dem TKG 2009 haben Sie einfach fachlich nichts zu tun gehabt. – Stimmt das?

Mag. Martin Fröhlich: Die Frage des Leitungsrechts ist zwar im TKG geregelt, das TKG besteht aber aus mehreren Abschnitten, und für das Leitungsrecht bin ich nur insofern zuständig, wenn es dann zu Streitigkeiten vor der Regulierungsbehörde kommt. Da geht es wieder um die fachliche, sachliche Ausgestaltung, also: Welches Entgelt ist im konkreten Fall zu zahlen für eine Mitbenützung, für ein Leerrohr, das benutzt wird, oder schlachtweg für die Verlegung von Leitungen.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das heißt, Sie haben sich nur in die fachliche Diskussion in diesem Bereich eingebracht. (*Mag. Fröhlich: Ja.*) Hat es politische Interventionen diesbezüglich in irgendeiner Weise Ihrerseits gegeben? (*Mag. Fröhlich: Nein!*) – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich gehe einmal aus von Ihrer Aussage: 13 000 € Einnahmen aufgrund dieser ganzen Geschichte – steht in Ihrer Befragung – bis zur Befragung im Jahr 2011, also bis in den September. Sagen wir einmal, bis Dezember werden es dann 16 000, 17 000. Wesentlich mehr wird es nicht werden.

Erklären Sie mir einmal die Unternehmenskultur der Telekom AG, die für Mehreinnahmen von jährlich – jetzt legen wir etwas dazu – 20 000 € zum Verwaltungsgerichtshof geht, auf allen Ebenen interveniert, versucht, eine Novellierung zur Universaldienstverordnung zu erreichen. Einer nach dem anderen ist unterwegs. – Ich lasse jetzt die ganzen Schmiergelder und das ganze Zeug noch weg, zu dem kommen wir später.

Wie viele Fälle in der Telekom kennen Sie, wo für 20 000 € im Jahr ein derartiger Aufwand getrieben wird? (*Mag. Fröhlich: Bitte?*) – Wie viele Fälle in der Telekom

kennen Sie, wo für mögliche maximal 20 000 € Mehreinnahmen ein derartiger Aufwand getrieben wird?

Mag. Martin Fröhlich: Wir führen sehr viele Verfahren vor der Regulierungsbehörde, die auch zu deutlich weniger Entgelten führen. Also da gibt es ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Könnten Sie ein bisschen näher zum Mikrofon rücken? – Das wäre für uns alle sehr gut.

Mag. Martin Fröhlich: Also wir führen sehr viele Verfahren vor der Regulierungsbehörde, und da geht es auch um weniger Entgelte.

Es sind ja oft auch ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich suche schon die dazupassende Frage zu Ihrer Antwort. Trotzdem, noch einmal, das war etwas anderes. Ich habe Sie gefragt: Für 20 000 € maximal Mehreinnahmen pro Jahr ist das ein beträchtlicher Aufwand. Würden wir das nachrechnen, würden wir draufkommen: So schaut ein klassisches – wenn auch nicht wahnsinnig teures, wenn wir jetzt die Schmiergelder weglassen – Verlustgeschäft aus. Das ist ganz offensichtlich unwirtschaftlich, diese Vorgangsweise – wenn die 20 000 € stimmen, wenn nicht der Herr Schieszler recht hat.

Nennen Sie mir vergleichbare Fälle, wo sich die Telekom AG ähnlich verhält: massiv interveniert, sich unglaublich bemüht, auf allen Ebenen Leute in Gang setzt, zum Höchstgericht geht – wegen maximal 20 000 €.

Mag. Martin Fröhlich: Ich meine, da muss man verstehen, wie der Universalienkostenersatz erfolgt. Das ist ja das Wesentliche. Ich kann ja einen Universalienkostenersatz nur dann machen, wenn ich mich um die wirtschaftliche Betriebsführung der Sprechstellen bemüht habe. Das ist einerseits, dass ich meine Entgelte, die ich in einer Telefonzelle selbst verlange, entsprechend hoch ansetze, sodass sie die Verluste möglichst ausgleichen, was auch im Sinne der Verbraucherelastizität ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Habe ich Sie das gefragt?

Mag. Martin Fröhlich: Und das Zweite ist natürlich auch auf der Vorleistungsebene ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas anderes gefragt.

Mag. Martin Fröhlich: Haben Sie etwas anderes gefragt?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich an meine Frage erinnern? – Ich habe vorher aufmerksam zugehört, und habe immer gemerkt, dass Sie auf durchaus konkrete Fragen von Abgeordneten mit sehr langen Erklärungen über das, was man eben da getan hat, antworten. Da bin ich unzufrieden. Ich stelle immer möglichst konkrete Fragen. Ich möchte konkrete Antworten.

Können Sie sich noch daran erinnern? Sonst werde ich meine Frage wiederholen. Können Sie sich an meine Frage noch erinnern?

Mag. Martin Fröhlich: Ich probiere es noch einmal. Also im Wesentlichen, wenn wir sozusagen uns nicht bemüht hätten, eine Payphone Access Charge einzuführen, dann wäre das sozusagen im Sinne eines Universalienkostenersatzantrages, den wir ja, sage ich, dann jährlich gemacht hätten, nicht tauglich gewesen, dass wir einen Antrag formulieren hätten können. – Ist das jetzt klar?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Letzter Versuch – dann frage ich Sie etwas anderes –:

Maximal 20 000 € Mehrerlös, Aufwand wesentlich höher. – Warum? Vergleichbare Fälle?

Mag. Martin Fröhlich: Noch einmal: Ich muss mich gesetzlich darum bemühen, die entsprechenden Bedingungen zu erfüllen. Ohne das funktioniert ein Antrag auf Kostenersatz im Universaldienst nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, das wird nichts. Ist auch nicht so wichtig. Im Großen und Ganzen, in wesentlichen Sachen gehe ich davon aus, dass wir ein relativ klares Bild haben. Kollege Petzner hat Sie bereits zu dem einen E-Mail befragt. Es sind da ein paar kleine Fragen in den Fragestellungen vom Kollegen Petzner noch offengeblieben. Da möchte ich ein bissel ergänzen.

Sie haben es, glaube ich, vor sich liegen. Das ist das nämliche E-Mail von Fröhlich Martin, 23. März 2006 an Singer Christian, Cc: Mersich Norbert.

Haben Sie das vor sich liegen?

Mag. Martin Fröhlich: Ja, wir haben es sogar doppelt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Noch einmal – das ist Ihnen schon vorgehalten worden –:

Lieber Christian! Nach einigen Gesprächen mit der RTR/Parlament ...

Bleiben wir hier einmal stehen: Welche Gespräche Parlament?

Mag. Martin Fröhlich: Das Thema Payphone Access Charge ist ein Thema, das sozusagen von uns betreut wird, und mit den zuständigen Telekom-Sprechern, die in der Regierung gesessen sind, wurde das besprochen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas ganz Einfaches gefragt. Und ich werde jetzt demnächst einmal ersuchen, die Sitzung zu unterbrechen, damit wir darüber reden, wie wir damit umgehen, dass Sie einfach Fragen nicht beantworten, die, glaube ich, Ihnen durchaus zugänglich sind.

So, ich wiederhole diese Frage: Ich halte Ihnen noch einmal vor:

nach einigen Gesprächen mit der RTR/Parlament, und so weiter ...

Mit wem **namentlich** im Parlament?

Mag. Martin Fröhlich: Mit dem Abgeordneten Wittauer zum Beispiel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mit dem Abgeordneten Wittauer. Ich bitte – das sollten ja alle hören –, das laut und deutlich zu sagen. Sonst niemanden?

Mag. Martin Fröhlich: Ich denke, wir haben das Thema auch mit der Abgeordneten Hakl besprochen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mit der Abgeordneten Hakl. Wittauer und Hakl.

Mit wem haben Sie dieses Thema mit dem Bezug, den Sie hier im E-Mail nennen, noch besprochen, in Bezug auf Parlament?

Mag. Martin Fröhlich: Sonst ist mir nichts erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ihnen ist nichts erinnerlich. Okay. Mit dem Abgeordneten Wittauer und mit der Abgeordneten Hakl. Gut.

Dann steht vorne: Gesprächen mit der RTR.

Frage: Mit wem?

Mag. Martin Fröhlich: Vornehmlich mit der Fachebene. Das ist der Dr. Feiel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mit Serentschy?

Mag. Martin Fröhlich: Mit Serentschy nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wäre auch eine Ebene darüber gewesen.
(**Mag. Fröhlich:** Das wäre eine Ebene darüber! Ja!) – Richtig. Okay.

Weiter: Habe ich den Eindruck gewonnen, dass es für die Einführung einer PR 10 Österreich wahrscheinlich die effizienteste Vorgangsweise ist, eine Änderung in der UDV zu machen.

Aus welchem dieser drei Gespräche, aus dem Gespräch mit dem RTR-Vertreter, aus dem Gespräch mit dem Herrn Wittauer oder aus dem Gespräch mit der Frau Abgeordneten Hakl, haben Sie diesen Eindruck gewonnen?

Mag. Martin Fröhlich: Vor allem aus dem Gespräch mit der RTR, weil es wären auch Rechtsmaterien der RTR betroffen gewesen, die Nummerierungsverordnung zum Beispiel. Hätte man das lösen können, das wäre ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich wollte nur wissen, ob es vor allem mit der RTR war. – Danke.

Haben Sie diesen Eindruck auch aus dem Gespräch mit dem Abgeordneten Wittauer gewonnen? (**Mag. Fröhlich:** Ja!) – Haben Sie diesen Eindruck auch aus dem Gespräch mit der Frau Abgeordneten Hakl gewonnen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich denke schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie sich bei der Abgeordneten Hakl sicher, dass Sie diesen Eindruck gewonnen haben?

Mag. Martin Fröhlich: Soweit man sich sicher sein kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Beim Abgeordneten Wittauer sind Sie sich offensichtlich sicher.

Und jetzt kommen wir zu diesem schon zitierten Klammerausdruck, zum „lieben Christian“; das ist der Dr. Singer im Verkehrministerium – und jetzt Klammerausdruck: nach effizientester Vorgangsweise (du weißt schon, was ich meine).

Was weiß der liebe Christian? Na, was weiß er?

Mag. Martin Fröhlich: Da müssen Sie den Herrn Singer fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich muss nicht den Herrn Singer fragen, weil das haben **Sie** geschrieben: Du weißt schon, was ich meine, lieber Christian.

Mag. Martin Fröhlich: Na ja, dem Herrn Singer ist sicher bekannt gewesen, die Gespräche, die wir geführt haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mit wem?

Mag. Martin Fröhlich: Mit der RTR zum Beispiel.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und? Die Gespräche: Mit wem noch?

Mag. Martin Fröhlich: Ich weiß jetzt nicht, ob ihm bekannt war, dass ich auch mit dem Herrn Wittauer gesprochen habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wissen Sie nicht.

Mag. Martin Fröhlich: Das weiß ich nicht. Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, was ist die effizienteste Vorgangsweise?

Mag. Martin Fröhlich: Die effizienteste Vorgangsweise ist, dass man das im Universaldienst regelt, indem man eine Payphone Access Charge ermöglicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): „Du weißt schon, was ich meine, lieber Christian“, heißt also, dass Sie ihn darauf hingewiesen haben, dass Sie mit der RTR gesprochen haben?

Mag. Martin Fröhlich: Nein. Das deutet für mich auf die effizienteste Vorgehensweise hin, wie man das regeln kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Jetzt sitzen Sie da, jetzt gibt es dieses Treffen bei Ihnen. Wir haben den Dr. Singer dazu befragt, den Dr. Weiss dazu befragt. Da ist dann das Treffen bei Ihnen.

Ist es richtig, dass dieses Treffen mit Singer und Weiss auf Ihre Einladung hin stattgefunden hat?

Mag. Martin Fröhlich: Das ist richtig. Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist richtig. Okay. War das Ihre Idee, zu diesem Treffen einzuladen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich bin ja fachlich-sachlich für diese Themen zuständig und insofern habe ich das Gespräch mit Dr. Singer gesucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben es gesucht, aber haben Sie sich mit einem Vorgesetzten vorher darüber besprochen?

Mag. Martin Fröhlich: Das ist mir nicht erinnerlich. Ich glaube, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie glauben, nein.

Es findet dieses Gespräch statt. Es haben der Dr. Singer und der Dr. Weiss einiges über dieses Gespräch berichtet.

Haben Sie da einen konkreten Vorschlag für diese Novellierung gemacht?

Mag. Martin Fröhlich: Einen konkreten Vorschlag im Sinne von einer Formulierung, wie man das lösen kann, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wozu schicken Sie das dann Cc an Norbert Mersich?

Mag. Martin Fröhlich: Herr Dr. Norbert Mersich ist bei uns in der Rechtsabteilung zuständig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich weiß. – Ich habe Sie aber nicht gefragt, wofür er zuständig ist. Ich habe Sie gefragt, **warum** Sie das Cc an ihn schicken.

Mag. Martin Fröhlich: Dass Herr Dr. Mersich sozusagen den Vorschlag, den die Rechtsabteilung ausgearbeitet hat ... Wurde er Cc gesetzt, dass er gesehen hat, dass das an das Ministerium geschickt wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also hat es schon einen Vorschlag gegeben zu dem Zeitpunkt?

Mag. Martin Fröhlich: Nein, der war ja als Anhang dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wann ist dieser Vorschlag erarbeitet worden? Nach dem Gespräch mit Weiss und Singer oder vorher?

Mag. Martin Fröhlich: Also es muss natürlich vor dem Mail gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na, vor dem Mail natürlich.

Mag. Martin Fröhlich: Aber wann genau, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das wissen Sie nicht. (**Mag. Fröhlich:** Nein!) – Dieser Vorschlag hat bekanntlich aus vier Wörtern bestanden. Ist Ihnen das erinnerlich? (**Mag. Fröhlich:** Ja!) – Er ist dann an Frau Dr. Weissenberger gegangen, dann Dr. Singer und so weiter hinauf, und ist auch dann im Kabinett behandelt worden. Und genau das ist auch so umgesetzt worden. Dazu haben wir den Dr. Weiss befragt. Der hat uns auch vieles davon erklärt und bestätigt.

Ich habe eigentlich sonst dazu keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Mag. Fröhlich! Ich möchte ganz gerne von Ihnen einmal wissen, wer in Ihrer Abteilung oder wer Ihr Vorgesetzter oder Ihre Vorgesetzte ist.

Mag. Martin Fröhlich: Mein Vorgesetzter war der Vorstand Rudolf Fischer.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und an wen haben Sie zu berichten über Ihre Tätigkeit?

Mag. Martin Fröhlich: An den Vorstand Rudolf Fischer. Das ist meine Berichtslinie.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer arbeitet noch in Ihrer Abteilung?

Mag. Martin Fröhlich: In meiner Abteilung sind – ich kann Ihnen nur zurzeit sagen – 16 Mitarbeiter, die vornehmlich technische, ökonomische und rechtliche Expertisen machen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Mag. Fröhlich, wie agieren Sie normalerweise, wenn Sie logistischen Änderungsbedarf bei für die Telekom Austria relevanten Gesetzen ausfindig machen? Wen informieren Sie? Und wie werden Sie da tätig?

Mag. Martin Fröhlich: Jetzt meinen Sie hausintern?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, wie zum Beispiel bei der Universaldienstverordnung. Da ist offenbar ein Bedarf da gewesen. Man wollte hier etwas erreichen. Wie agieren Sie gewöhnlich, wenn so ein Änderungsbedarf, der für die Telekom Austria Relevanz hat, ersichtlich ist, wo eine gesetzliche Änderung notwendig ist, wie gehen Sie da vor? Wen informieren Sie darüber? Und wie gehen Sie vor?

Mag. Martin Fröhlich: Also zu den Themen wird in der Berichtslinie das Thema berichtet, und wenn das sozusagen im Sinne des Vorstands ist, dann wird man auch entsprechend das Thema, sage ich, den entsprechenden Stellen vorlegen, also einen Antrag stellen oder mit jemandem darüber sprechen, welche Meinungen da vorherrschen. Unter Umständen ist es auch möglich, dass man mit den Mitbewerbern spricht oder der Wirtschaftskammer oder mit der Arbeiterkammer.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wie war das jetzt bei der Universaldienstverordnung? Wer hat da die Initialzündung gegeben? Ist das genauso in dieser Berichtslinie verlaufen? Oder wer hat da die Initiative ergriffen und mit wem als erster geredet?

Mag. Martin Fröhlich: Wie das genau entstanden ist, kann ich Ihnen nachträglich nicht mehr sagen. Das Thema – Sie müssen mich verstehen –, das geht schon seit 2001. Das ist ein Thema, das die verschiedensten Facetten schon gehabt hat, und da merkt man sich natürlich nicht alles. Klar ist, dass man nach der Aufhebung durch den Verwaltungsgerichtshof die Entscheidung gehabt hat, macht man auf privatrechtlicher Basis weiter oder versucht man, eine logistische Lösung in diesem Bereich zu erreichen.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer sind denn da beispielsweise Ihre Ansprechpartner im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie für Änderungswünsche der Telekom Austria?

Mag. Martin Fröhlich: Mein Ansprechpartner ist – und ich betreue das Thema Universaldienst – Herr Dr. Singer.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wer sind Ihre Ansprechpartner in der Regulierungsbehörde?

Mag. Martin Fröhlich: In der Regulierungsbehörde sind für rechtliche Fragen die Ansprechpartner Dr. Feiel und die Juristen, die zuständig sind.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Gibt es regelmäßige Treffen zwischen Vertretern des Ministeriums und Ihnen? (**Mag. Fröhlich:** Nein!) – Gibt es Ihres Wissens nach regelmäßige Treffen zwischen dem Ministerium und der Regulierungsbehörde?

Mag. Martin Fröhlich: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wissen Sie darüber Bescheid, ob auch regelmäßig externe Berater zum Beispiel Rechtsanwälte den Beratungen zwischen dem Ministerium und der Telekom Austria beigezogen werden, weil Sie besondere Kenntnis haben zu diesen Bereich.

Mag. Martin Fröhlich: Meinen Sie jetzt, ob wir Rechtsanwälte beschäftigen, oder was meinen Sie jetzt?

Gabriele Tamandl (ÖVP): Ja, ob generell für solche Gespräche oder irgendwelche Vorbereitungen von irgendwelchen Vorgängen Rechtsanwälte als Berater zugezogen werden? Und ob Sie das wissen, ob es so etwas gibt?

Mag. Martin Fröhlich: Also der Normalfall: Wir haben eine große Rechtsabteilung, es gibt die Hausjuristen, und für allfällige Spezialfragen holt man sich ein Spezialwissen, das man entsprechend dann verwertet, und entsprechend dann die Formulierung verwendet.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer sind diese Berater? Oder wer sind diese Rechtsberater?

Mag. Martin Fröhlich: Ich bin ja nicht in der Rechtsabteilung.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber immer nur hausinterne Berater? Sie sagen, es sind immer nur hausinterne Berater?

Mag. Martin Fröhlich: Nein, vornehmlich ist es eine große Rechtsabteilung, vornehmlich ist ja das Wissen bei der Telekom Austria vorhanden, und wenn es irgendein Spezialthema gäbe, würde man auf einen Rechtsanwalt oder auf einen Universitätsprofessor zurückgreifen. Wer das im Konkreten ist, weiß ich nicht, weil ich diese Beauftragungen nicht mache.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie kennen keine Namen von externen Beratern oder Rechtsanwälten, die jemals, beispielsweise auch bei der Änderung des Telekommunikationsgesetzes im Jahr 2009, da involviert gewesen wären?

Mag. Martin Fröhlich: Das ist nicht mein Thema. Ich glaube, da muss man dann die entsprechende Rechtsabteilung fragen und da gibt es sicher sozusagen Haus- und Hof-Anwälte, die das Thema betreuen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir haben jetzt sehr viele Details gehört über diese Universaldienstverordnung und es steht ja da der Verdacht im Raum – und das wird ja immer wieder geäußert –, dass diese

Universaldienstverordnung im Zusammenhang mit einem Gegengeschäft mit einer politischen Partei war, das die Telekom hier bezahlt hat. Sie haben konkret gesagt, Sie haben keine Wahrnehmungen dazu, dass dieses Geld geflossen ist, dass haben Sie bereits ausgeführt.

Mir geht es jetzt ein bisschen um das Atmosphärische, die Telekom, und Sie sind ja doch in einer durchaus gehobeneren Position in diesem Unternehmen, nicht der Vorstand. Sie haben auch gesagt, den Vorstand würden Sie für das politische Lobbying auch als zuständig ansehen, dass das die Geeigneten sind, die auf der Augenhöhe mit einem Minister oder ähnlichen hier verhandeln würden, sprechen würden. Die Telekom bewegt sich ja jetzt am Markt, die ist ja kein Monopolist. Ein Mitbewerber ist zum Beispiel UPC in Wien. Können Sie das bestätigen, dass das ein Mitbewerber ist, ein direkter? (Mag. Fröhlich: Ja!) – Jetzt zum Atmosphärischen: Ich nehme ja nicht an, dass Sie in einem Büro drinnen sind, in einem kleinen Kammerl, wo sie Scheuklappen aufhaben, sondern dass Sie ja mit anderen Kollegen auf den unterschiedlichsten Ebenen ins Gespräch kommen, über die Lage des Unternehmens, und ähnliches.

Ist das so, dass Sie auch mit anderen Personen in der Telekom über die Lage des Unternehmens sprechen, freundschaftlich, kollegial?

Mag. Martin Fröhlich: Es werden viele Themen besprochen im Unternehmen, das könnte auch so ein Thema sein. Im Konkreten fällt mir jetzt aber da nichts ein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt habe ich da eine Passage, es ist eine Einvernahme vom Herrn Hochegger vom 26. September 2011. Die beginnt folgendermaßen – ich zitiere –:

Im Jahr 2006 vor den Nationalratswahlen sprach mich Ali Rahimi an, ob es denn nicht möglich sei, seitens der Telekom Austria den Wahlkampf der SPÖ zu unterstützen. Ich erklärte ihm, ich werden die Anfrage prüfen und schlug dann der Telekom Austria vor, 20 000 € zu spenden. Bescheid wussten wahrscheinlich Fischer, auf jeden Fall Schieszler. Ich habe Schieszler auch empfohlen, zu einer Veranstaltung in den Räumlichkeiten von Ali Rahimi mitzukommen und diese Spende von 20 000 € anzubieten. – Ende.

Es geht da an sich noch ein bisschen weiter, ich möchte mich da gar nicht verbreitern darüber.

Hochegger sagt aber dann weiter – ich zitiere –:

Der Vorteil für die Telekom war, gute Stimmung seitens der SPÖ. Ich teilte der Telekom mit, dass damit das Umfeld der Stadt Wien, wo die Stimmung für die Telekom nicht so gut war (Stichwort UPC als Marktführer), verbessert werden könnte.

Wer da dabei war, ist momentan auch nicht wichtig, und auf die ergänzende Frage: Gegenleistung war quasi das Wohlwollen der SPÖ.

Zunächst einmal die Frage: Haben Sie konkret eine Wahrnehmung, dass für die SPÖ etwas finanziert wurde seitens der Telekom? (Mag. Fröhlich: Nein!) – Sie haben zuerst gesagt, der Herr Abgeordnete Wittauer war da, hat sich da als Telekomsprecher einer Regierungspartei breit gemacht, die Frau Abgeordnete Hakl seitens der ÖVP war dort, und es wurde etwas gesprochen, und eine andere Regierungspartei.

War das in irgendeiner Form ein atmosphärisches Thema im Unternehmen? Mit der SPÖ in Wien tun wir uns nicht so leicht, weil die setzen eher auf UPC. Gibt es da atmosphärisch etwas, was Sie so gehört haben?

Mag. Martin Fröhlich: Da habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Keine weiteren Fragen. Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, damit kommen wir in die zweite Runde. Ich weise darauf hin, dass wir um 18 Uhr schließen wollen. Wir haben noch ungefähr 23 Minuten. Herr Abgeordneter Petzner – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme zurück zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes im Jahr 2009. Da haben wir zwei vorhin geendet. Sie sagen, Sie können sich nicht im Detail an die Vorschläge erinnern, das heißt für mich im Umkehrschluss, Sie können sich grob erinnern. Also können Sie über Ihre groben Wahrnehmungen etwas sagen?

Mag. Martin Fröhlich: Ja, das kann ich. Im Wesentlichen ist es um eine Beschleunigung bei den Leitungsrechten gegangen. Es ist ja wesentlich für den Ausbau. Ich kann mich erinnern, das steht im Zusammenhang mit dem Wunsch der Regierung, nach forcierten Glasfaserausbau, und eines der Themen, das man ja im operativen Bereich bei uns hat, ist, man muss ja Grundstücke benutzen, auf Grundstücken Leitungen verlegen, und da war – sofern ich mich noch richtig erinnere – ein großes Thema die Leitungsverlegung zu beschleunigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen dazu vor, die Zeugenvernehmung von Frau Mag. Marielouise Gregory. Die nimmt dort Bezug und gibt an, in ihrer Vernehmung, es ist eine Vernehmung als Zeugin, aber es steht oben:

Hier wird zur Kenntnis gebracht, dass das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung im Auftrag der StA Wien Ermittlungen gegen Dr. Ametsreiter wegen Verdacht der Bestechlichkeit führt, und zwar im Zusammenhang mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes 2009.

Das heißt, da läuft offensichtlich ein Ermittlungsverfahren gegen Ametsreiter. Und Gregory sagt:

Der Initiativantrag kam von Gartlehner und Hakl, das sei schon im Regierungsübereinkommen von 2008 festgelegt gewesen, dass hier Änderungsbedarf besteht. Zwischenbemerkung meinerseits: Es gibt Hochegger-Rechnungen dafür, dass Hochegger im Auftrag der Telekom Lobbying bei der neuen Regierungsmannschaft betrieben hat, um die Wünsche der Telekom gleich im Regierungsabkommen formuliert zu haben; auch das werden wir noch extra untersuchen.

Weiters sagt Gregory:

Vorerst wurden vonseiten der Telekom Austria Ideen eingebracht. Diese wurden für gut befunden. – Zitatende.

Auf die Frage, wer damit im Haus befasst war, gibt sie unter anderem Sie an, als Leiter der Abteilung – ich zitiere –:

Der Chef dieser Abteilung ist Herr Mag. Fröhlich. – Zitatende.

Und jetzt wird es spannend. Das heißt, da gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen Ametsreiter, wir haben den Herrn Hochegger mit seinen Lobbying-Versuchen schon beim Regierungsübereinkommen 2008, und dann gibt es diese Vorschläge, wie Frau Gregory sagt, die dann übermittelt wurden.

Jetzt lege ich Ihnen dazu ein E-Mail vor, nämlich von der Telekom, im Auftrag dieser Frau Gregory an Stratil, Singer und Weissenburger, wo die Telekom dem Bures-Ministerium in diesem Fall ... Dokumenttitel: TKG 2003 Novelle 2009 Endversion22.pdf. Ich zitiere:

Sehr geehrter Herr Stratil! Sehr geehrte Frau Weissenburger! Lieber Christian! Wie vereinbart, erlauben wir uns den nach unseren Gesprächen überarbeiteten Entwurf zu übermitteln. Wir haben Anregungen und Input so weit aufgenommen, als sie für uns – also die Telekom –

wirtschaftlich vertretbar sind. Darüber hinaus sind wir bei der ursprünglichen Konzeption verblieben. Der Entwurf wurde mittlerweile dem BMF zur Verfügung gestellt. – Zitatende.

Das heißt: Die Telekom macht Vorschläge ans Ministerium. Die Vorschläge werden abgeändert, und dann übermittelt die Telekom eine Endversion der Novelle, die ihren Wünschen entspricht, und schreibt noch in diesem Mail:

(...) nach unseren Gesprächen – Zitatende,

also mit dem Ministerium, erlauben sie sich nun, die Endversion zu übermitteln. Sie haben ohnehin alles aufgenommen, soweit es für sie wirtschaftlich von Vorteil ist, und sie haben das alles bereits übermittelt. Und am Ende des Tages steht dann darunter, als Ergebnis, dieser Initiativantrag der Abgeordneten Hakl und Gartlehner, der auf der Hocheggers Payroll steht, wo genau diese Endversion in den wesentlichen Grundzügen dann auch per Gesetzeskraft als Initiativantrag beschlossen wurde.

Dazu gibt es dann noch ein Mail, auch wieder von Herrn Singer. Er schreibt dann sogar, dass die Intervention zu spät gekommen sei, man es aber trotzdem umgesetzt habe. Bezuglich der Wünsche der Telekom schreibt er dann:

(...) ist daher meiner Ansicht nach erfüllt. Liebe Grüße, Christian. – Zitatende.

Das ist der Sachverhalt dazu.

Was können Sie uns zu diesem Sachverhalt sagen, dass offensichtlich von der Telekom ein Gesetz bestellt und seitens des Bures-Ministeriums und durch die Abgeordneten Hakl und Gartlehner 1 : 1 so beschlossen wurde?

Ich lege Ihnen jetzt die ganzen Unterlagen und den Mail-Verkehr dazu vor.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Mag. Martin Fröhlich: Ich habe mir das Mail angeschaut. Ich bin da nicht einmal angeführt. Ich habe dazu keine Wahrnehmung, die ich Ihnen mitteilen könnte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben keine Wahrnehmung, obwohl die Frau Gregory in ihrer Einvernahme sagt, dass Sie Chef der zuständigen Abteilung waren? Sie waren Chef der Abteilung, die dafür zuständig ist – und haben dazu trotzdem keine Wahrnehmung? Bleiben Sie dabei?

Mag. Martin Fröhlich: Das ist nicht korrekt. Ich bin Chef der Abteilung für Regulierung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie sich die Aussage der Frau Gregory an. Sie nennt Sie direkt und antwortet auf die Frage:

Wer war im Haus Telekom damit befasst?, Folgendes:

(...) Die Leute der Regulierungsabteilung waren auch einbezogen und der Chef dieser Abteilung ist Herr Mag. Fröhlich. Seitens der Kommunikation mit den Behörden war Mag. Jungwirth –

den Herrn kennen wir auch schon –

eingesetzt. – Zitatende.

Das heißt, sie nennt Sie explizit, namentlich.

Mag. Martin Fröhlich: Darf ich noch etwas sagen: Da ist die Unterstützung von Herrn Bammer gekommen, wenn man es genau liest, und von Herrn Gutheil, das ist in der Rechtsabteilung, und ich bin Chef der Regulierung. Ich habe mit dem Leitungsrecht nur insofern zu tun, als ich, wenn die Verfahren vor der Behörde geführt werden, sozusagen im Wesentlichen das Interface zur Behörde bin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie bleiben dabei, dass Sie keine Wahrnehmung haben zur von der Telekom über die Abgeordneten Gartlehner und Hakl und das Bures-Ministerium umgesetzte TKG-Novelle im Jahr 2009, als die Vorschläge seitens der Telekom übermittelt wurden und, wie der Mail-Verkehr beweist, dann vollständig umgesetzt wurden, wobei sich Herr Singer im BMVIT sogar noch röhmt, dass die Telekom ihre Meinung zwar zu spät eingebracht hat, man aber trotzdem alle Wünsche der Telekom umgesetzt hat?

Bleiben Sie dabei, dass Sie keine Wahrnehmungen dazu haben? (***Mag. Fröhlich: Ja!***) – Gut, dann werden wir das irgendwann weiter erfragen.

Wir sehen, dass es offensichtlich auch im Umfeld der großen Koalition Gesetzesbestellungen durch die Telekom gegeben hat.

Wir gehen zurück zur Universaldienstverordnung des Jahres 2006. Ich lege Ihnen vor: den Entwurf, der seitens der Telekom übermittelt wurde als Dokument 1, als Dokument 2 den vom Ministerium ausgesendeten Begutachtungsentwurf, als Dokument 3 die von der Telekom eingebrachten Vorschläge im Begutachtungsverfahren, und das Dokument 4 die erlassene Novelle seitens des Gorbach-Ministeriums damals.

Sie haben gerade vorher eingangs betont, Sie waren für diese UDVO fachlich zuständig, da kennen Sie sich voll aus. Ich sehe auch aus Ihrer Einvernahme, dass Sie da ein echter Fachmann sind. Das heißt, ich gehe davon aus, dass Sie jetzt meine konkrete Frage beantworten können, die wie folgt lautet:

Wurde der Vorschlag der Telekom Austria betreffend die Änderung der Universaldienstverordnung 1 : 1 vom Ministerium umgesetzt: ja oder nein?

Zweite Frage: Wurden die Wünsche der Telekom im Begutachtungsverfahren des vom Ministerium ausgesendeten Begutachtungsentwurfes in der am Ende des Tages erlassenen Verordnung umgesetzt: ja oder nein?

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Sie können sich ruhig Zeit nehmen und sich das in Ruhe durchschauen.

Mag. Martin Fröhlich (*nach der Durchsicht von Schriftstücken*): Das ist mit der Endversion nicht identisch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nicht identisch? Das heißt die Vorschläge der Telekom wurden nicht übernommen? (***Mag. Fröhlich: Nicht 1 : 1!***) – Können Sie genau schildern, was nicht 1 : 1 übernommen wurde? Das ist wichtig für Herrn Pilz, denn er glaubt bis heute, dass das 1 : 1 übernommen wurde. Er irrt sich nicht nur in Bezug auf Summen, sondern auch in Bezug auf Gesetzestexte.

Mag. Martin Fröhlich: Die Themen 810, 820, 0900 sind nicht Teil des ursprünglichen Vorschlags.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe das jetzt akustisch nicht verstanden. Ich frage Sie konkreter. Ist es korrekt, dass die von der Telekom gewünschten 0900-Nummern nicht in der am Ende des Tages erlassenen Verordnung beinhaltet sind?

Mag. Martin Fröhlich: So ist das.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hoch wäre der wirtschaftliche Vorteil für die Telekom gewesen, würden diese 0900-Nummern drinnen stehen? Sie sind Fachmann, Sie kennen sich aus. Wie hoch wäre der wirtschaftliche Gewinn gewesen, wenn Gorbach den Wunsch der Telekom betreffend diese 0900-Nummern umgesetzt hätte – was er nicht getan hat, wie die erlassene Novelle, die bis heute in Kraft ist, zeigt –?

Mag. Martin Fröhlich: Dazu habe ich leider keine konkreten Zahlen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine grobe Schätzung? Sie sind Fachmann für diesen Bereich und können nicht einmal eine grobe Schätzung abgeben?

Mag. Martin Fröhlich: Schwierig.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ich möchte ganz kurz noch auf die wirtschaftliche Ausgangssituation eingehen, weil die Differenzen zwischen Schieszler und Ihnen doch massiv sind.

Bei Ihren Einvernahmeprotokollen sind noch Unterlagen dabei, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stellen möchte.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Worum handelt es sich bei der Payphone Access Charge? Da sind auch die 13 000 € 2011 drinnen.

Haben Sie das Dokument erstellt oder woher ist das? Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Martin Fröhlich: Das hat ein Mitarbeiter von mir erstellt.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ist da nicht vielleicht ein Missverständnis? 2005 mussten somit 30 Prozent der Endkunden neben ihren eigenen Kosten auch noch die Kosten der 70 Prozent Calling-Card-Nutzer tragen, da diese keinerlei Beitrag zu den Kosten öffentlicher Sprechstellen leisteten.

Kann man sagen, wie hoch die Kosten der öffentlichen Sprechstellen für die Telekom sind?

Mag. Martin Fröhlich: Die Kosten kann ich Ihnen ad hoc nicht sagen, aber das Defizit liegt bei ungefähr 10 Millionen €, jetzt tendenziell höher.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das heißt, man könnte unter Umständen sagen, es wäre Intention gewesen, dass man diese Kosten auf die 70 Prozent der Nutzer umwälzt (**Mag. Fröhlich: Nein!**), was wahrscheinlich aus Ihrer fachlichen Sicht unrealistisch ist.

Könnte das unter Umständen betriebswirtschaftlich ein Missverständnis zwischen Ihnen und den Vorständen gewesen sein?

Mag. Martin Fröhlich: Fachlich, sachlich macht es keinen Sinn, das ganze Defizit auf die Calling Cards umzulegen. Dann würde mit den Calling Cards keiner mehr telefonieren. Das war nie unsere Intention, sondern es war immer ein verträglicher Beitrag zu leisten, damit möglichst viel telefoniert wird und möglichst viele Erlöse kommen. Wenn man das anders sieht, ja ...

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Mir geht es darum, wie man auf 40 Millionen € in vier Jahren kommt. Das heißt, für öffentliche Sprechstellen hat man Kosten von jährlich etwa 10 Millionen €, wie Sie es jetzt gesagt haben, und Nutzer sind eigentlich zu 70 Prozent diese Calling-Card-Nutzer. Würde man das sozusagen nutzergerecht verteilen, dann wäre es ein relativ hohes Millionenvolumen?

Mag. Martin Fröhlich: Ich möchte da nicht mutmaßen, aber das könnte eine mögliche Erklärung sein.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): In der Unterlage sind dann auch die Erlöse der Payphone Access Charge 2008 vermerkt, mit 223 112 €. Es war also in der Anfangsphase monetär schon eine höhere Auswirkung als 20 000 €, nämlich das Zehnfache, nach der von Ihrer Abteilung erstellten Unterlage?

Mag. Martin Fröhlich: So ist es.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Und dann – ich glaube, das ist auch noch wichtig, sozusagen im Gesamtkonvolut zu schätzen – schreiben Sie:

Eine Abschätzung der zu erwartenden Erlöse war selbst zum Einführungszeitpunkt praktisch unmöglich, da der zu erwartende Umsatz einerseits von der PAC pro Minute sowie andererseits davon abhängig war, wie alternative Netzbetreiber mit den Kosten gegenüber den Endkunden umgehen. – Zitatende.

Das heißt, das könnte ein Motiv sein, dass unter Umständen die Vorstände den Wert dieser UDVO höher eingeschätzt haben, als Sie fachlich. Beziehungsweise: Sie haben ja auch gesagt, Sie haben den Vorständen keine Zahlen genannt, wie hoch der Vorteil durch diese Access Charge ist. Oder?

Mag. Martin Fröhlich: Das kann durchaus eine Erklärung sein, ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Dann eine letzte Frage noch: Gibt es irgendwelche anderen großen Gesetzesvorhaben, die in der Ära Gorbach waren, an denen die Telekom ein massives Interesse gehabt hat?

Mag. Martin Fröhlich: Dazu ist mir jetzt nichts in Erinnerung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da es keine Zusatzfragen mehr gibt, der Auskunftsperson Mag. **Fröhlich** für ihr Kommen, verabschiedet diese – und leitet sodann über zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung.

17.52

(Fortsetzung: 17.53 Uhr bis 18 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit; gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“.**)

A N H A N G

Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Christian Singer gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Protokoll der 6. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 26. Jänner 2012

Auf Seite 57 sind die Wortmeldungen von Abg. Kuzdas und mir den falschen Personen zugeordnet. Abs 2 ("Die RTR schreibt..") stammt von Abg. Kuzdas. von mir stammt der Absatz 3 ("Das war dann ein anderer Punkt...") die nächsten beiden Absätze ("Es gibt aber nicht nur..." und "Wurden diese Einwände...") stammen wieder von Abg. Kuzdas. Danach ist wieder alles korrekt wiedergegeben.

6.2.2012 .
Ort, Datum

Christian Singer e. h.
Unterschrift

Einwendungen der Auskunftsperson Mag. Günther PERGER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA
zum Wortprotokoll der 7. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von
Korruptionsvorwürfen
am 31. Jänner 2012

- Auf Seite 118, ganz oben meine 1. Antwort, muss es statt „Rechnungsnachweis“ richtig „Rechnungskreis“ lauten.

9.2.2012

Dieter Neubold

Ort, Datum

Günther Perger

e. h.

Unterschrift

**Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Georg SERENTSCHY gem. § 23 Abs. 4 VO-UA
zum Wortprotokoll der 7. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von
Korruptionsvorwürfen
am 31. Jänner 2012**

- Auf Seite 10, 3. Absatz muss es statt „....dass man in meiner Tätigkeit keine beruflichen Freunde hat.“ richtig „....dass man sich in meiner Tätigkeit keine beruflichen Freunde macht.“ lauten.
- Auf Seite 14, letzter Absatz muss es statt „ Sie ist von der Telekom Kontrollkommission....“ richtig „Sie ist von der Telekom Control Kommission...“ lauten.
- Auf Seite 15, 5. Absatz muss es statt „Es hat schon damals ganz massiv die Fixed Mobile Conversion.....“ richtig „Es hat schon damals ganz massiv die Fixed Mobile Substitution.....“ lauten.
- Auf Seite 20, 9. Absatz muss es statt „..Regulierung nicht eine Elfenbein-Tätigkeit ist.....“ richtig „...Regulierung nicht eine „Elfenbein-Turm“ Tätigkeit ist,...“ lauten.
- Auf Seite 21, 11. Absatz muss es statt „....ich glaube, Ganser war das.“ richtig „....ich glaube, Brand war das.“ lauten.
- Auf Seite 24, 2. Absatz muss es statt „.....nämlich zehn Unternehmen zahlen zum Geschäft das wir machen.“ richtig „.....nämlich **zehn** Unternehmen zahlen für das Geschäft das **vier** (Unternehmen) machen.“ lauten.

Wien, 1.2.2012

Ort, Datum


e. h.
Unterschrift